Grüne gegen Fremde S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 10 – 12. März 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

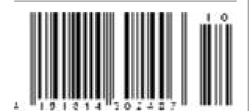




Bild: T. Heinemann/dapd

Erst in den letzten Jahren in den Himmel gewachsen: Minarette gehören keineswegs zum typisch deutschen Stadtbild.

Es geht ums Fundament

Islamdebatte: Friedrichs Kritiker ignorieren den Kern des Problems

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat mit seiner Äußerung, der Islam gehöre nicht zum historischen Erbe Deutschlands, heftige Reaktionen ausgelöst. In der Debatte mischen sich grundlegende Gegensätze mit gewollten Missverständnissen.

SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz nannte Friedrichs Äußerung schlicht „Blödsinn", Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sprach von „zerbrochenem Porzellan". Wie zur Bestätigung bezweifelten Islam-Organisationen, dass der neue Innenminister den Dialog mit den Moslems überhaupt wolle. Am 29. März findet die nächste „Islamkonferenz" statt. Kenan Kolat, Chef der „Türkischen Gemeinde", rüstet bereits gegen Friedrich, der die Konferenz leiten wird: „Wenn der Minister Streit sucht, wird er ihn bekommen."

Indes hatte Friedrich nicht bezweifelt, dass deutsche Staatsbürger natürlich auch dann zu Deutschland gehören, wenn sie islamisch sind. Er war dabei sogar über die vorherrschende Auffassung im konservativen Lager hinausgegangen und hatte die Zugehörigkeit zu Deutschland auch auf nichtdeutsche Muslime ausgedehnt, die bloß „in unserem Land leben".

> Mit dem Islam gehörte auch die »Scharia« zu uns

Worum also dreht sich der Zank? Im Vordergrund stehen parteipolitische Motive: Die nach dem Guttenberg-Abgang erneut um ihren Rückhalt im Volk besorgte CSU will konservatives Profil zeigen. Die Opposition und der linke Flügel der FDP wollen ihr das vermasseln – daher der Widerstand gegen Friedrich.

Dahinter jedoch entfaltet sich ein Disput, der weitaus ernster ist: Es geht um das historisch-kulturelle Fundament Deutschlands. Für Friedrich und die Seinen ist dies christlich-abendländisch, worin auch die vorchristlichen Quellen integriert sind.

Seine Widersacher erweitern das Fundament auf islamische Einflüsse wie die arabischen Zahlen oder die Leistungen muslimischer Gelehrter des Mittelalters bei der Überlieferung antiker Schriften. Daraus folgern sie, dass der Islam nicht nur heute in Deutschland anwesend sei, sondern auch zu den Grundlagen unserer Kultur zähle.

Dabei geht es um weit mehr als nur Geschichtsdeutung. Mancher Friedrich-Kritiker ist sich der Dimension dessen, was hier in Rede steht, womöglich gar nicht bewusst: Wird der Islam in den historisch-kulturellen Kanon Deutschlands aufgenommen, dann wird damit auch die elementare Basis unseres Gemeinwesens neu sortiert.

Schon jetzt erregen Gerichtsurteile Aufsehen, in denen die Scharia Eingang in die deutsche Rechtsprechung gefunden hat, etwa beim Zuspruch von Witwenrenten an sogenannte „Zweitfrauen" (die *PAZ* berichtete). Noch sind solche Urteile die Ausnahme und heftig umstritten. Sollte der Islam jedoch zum „Erbe Deutschlands" erhoben werden, fehlt den Kritikern der Scharia-Urteile bald ihr zentrales Argument: Nämlich, dass unser Rechtsverständnis auf abendländischen Traditionen beruht, in denen das gewachsene islamische Rechtsverständnis der Scharia nicht zählt. *Hans Heckel*

WILHELM V. GOTTBERG:

Gorbi wurde 80

Die geschätzten Leser der *PAZ* wollen mir nachsehen, dass ich den ehemaligen Staatschef der Sowjetunion (SU) und Friedensnobelpreisträger, Michail Gorbaschow, in der Überschrift mit „Gorbi" bezeichne. Das ist nicht respektlos, sondern der Tatsache geschuldet, dass er in Deutschland hohes Ansehen genießt und bei Gorbi jeder weiß, wer gemeint ist. Michail Gorbatschow – der Sohn eines Kolchosbauern aus dem Nordkaukasus – absolvierte eine Ausbildung zum Agrarbetriebswirt. Er stieg in der Parteihierarchie rasch auf. 1986 wurde er Generalsekretär der KPdSU, weil die „alten Männer" der Partei, Leonid Breschnew, Jurij Andropow und Konstantin Tschernenko rasch hintereinander starben.

Gorbatschow öffnete mit Glasnost und Perestroika die Schleusen der Freiheit in der Sowjetunion. 1989 ermöglichte er den Fall der Berliner Mauer und 1990 die kleine Wiedervereinigung Deutschlands. Ebenfalls 1990 bot er der Bundesregierung das Königsberger Gebiet zum Kauf an. Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher haben dieses Angebot geheim gehalten und verworfen. Die Zeitzeugen zu diesem Vorgang leben noch. Der „Spiegel" berichtete mit 20-jähriger Verspätung diesen Sachverhalt wenig präzise 2010. Die Ostpreußen kennen den Vorgang seit 1991. Gorbatschow überführte Kohl der Lüge, als er klarstellte, dass die Fortdauer der Enteignungsmaßnahmen in der DDR zwischen 1945 und 1949 keine Auflage der SU war, um der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zuzustimmen. Er ist heute in der westlichen Welt anerkannt und wertgeschätzt. In Russland ist die Stimmung ihm gegenüber (noch) eher negativ.

Am Bürger vorbei

Brüderle und Röttgen halten an E10 fest

Im Zentrum des „Benzin-Gipfels" stand der Umstand, dass die Bevölkerung nicht genügend informiert worden war. Und so hält die Regierung an der Einführung des „Biosprits" E10 fest und hofft, dass Informationen über die Verträglichkeit des Benzingemisches mit zehn Prozent Ethanol die Autofahrer umstimmen werden.

Dass viele Bürger auch wegen der umstrittenen Umweltfreundlichkeit diesen im Vergleich zu Super-Benzin künstlich verbilligten neuen Kraftstoff bewusst an der Zapfsäule boykottiert hätten, kam weder Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) noch Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) in den Sinn. Röttgen betonte sogar, dass man an der Einführung von E10 aus Gründen des Umweltschutzes, des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung festhalten wolle, ohne auf die Bedenken der Kritiker einzugehen. Anlässlich der Debatte wurde publik, dass die Biosprit-Richtlinie der EU keineswegs zwingend die Einführung des Biosprits vorgeschrieben hat. Bis 2020 sollen aber zehn Prozent der vom Verkehrssektor verbrauchten Energie aus erneuerbaren Quellen stammen (s. Seite 2 und 24). *Bel*

> EU schreibt »Biosprit« keineswegs vor

Risiko Militärintervention

Libyen: Eingreifen des Auslands würde zu blutigem Krieg führen

Entsetzt und ratlos blickt der Westen nach Libyen. Der schon totgesagte Muammar al-Gaddafi hält eisern an der Macht fest und holt zum militärischen Gegenschlag gegen das eigene Volk aus. Die internationale Gemeinschaft steht vor der Frage, wie sie reagieren soll. Die USA demonstrieren bereits ihre Entschlossenheit, indem sie Kriegsschiffe vor der libyschen Küste auffahren lassen. Über die Frage, ob militärische Aktionen folgen sollen, sind die Regierungen gespalten. Und auch die libysche Opposition ist uneinig, inwieweit Hilfe von außen gewünscht ist. Das wahrscheinlichste Szenario wäre die Einrichtung einer Flugverbotszone – möglichst mit UN-Mandat, für das allerdings die Zustimmung Russlands und Chinas fehlt. Die USA wären dazu bereit, Großbritannien würde mitmachen, Frankreich und Deutschland sind skeptisch, die Türkei ist dagegen. Das Flugverbot müsste militärisch durchgesetzt und dazu Gaddafis Flugabwehr gewaltsam ausgeschaltet und seine Luftwaffe am Boden gehalten werden. Der nächste Schritt auf der Eskalationsleiter wären Luftschläge gegen die militärische Infrastruktur, denen bald der Einsatz von Bodentruppen folgen müsste. Ein solches Kriegsszenario ist indes kaum realistisch, denn die USA und ihre Verbündeten sind bereits in Afghanistan und im Irak bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit engagiert. Und niemand kann den schnellen Erfolg garantieren, denn Gaddafi wird sich erbittert wehren. Das hat er schon 1986 nach US-amerikanischen Luftangriffen getan und Raketen auf die italienische Insel Lampedusa abfeuern lassen. Eine Militärintervention würde ein Blutbad heraufbeschwören. Das Eingreifen von außen könnte zudem als Aktion gegen die arabische Welt angesehen werden und die gesamte Region destabilisieren. *Jan Heitmann*

> Gaddafi wird sich erbittert wehren

Frankfurt M. und zurück über Chicago?

Den scheidenden Bundesbankpräsidenten Axel Weber zieht es vorerst an die Universität Chicago. Dort, laut Weber eine der ersten Adressen auf dem Gebiet der Geldmarktforschung, will er ein Jahr das Doktoranden- und Masterprogramm betreuen, bevor er an die Universität Köln zurückkehrt, die ihn für seine Tätigkeit bei der Bundesbank beurlaubt hatte.

Weber war vorgeworfen worden, dass er die Bundesbank in einer Zeit der Krise verlasse, um sich für den mit Millionengagen dotierten, in zwei Jahren frei werdenden Vorstandsposten bei der Deutschen Bank zu bewerben. Diese Absichten hat der oberste deutsche Währungshüter bisher weder direkt bestritten noch bestätigt. *Bel*

MELDUNGEN

Serbien und Kosovo reden

Brüssel – Erstmals seit der Abspaltung des Kosovo von Serbien im Februar 2008 wollen beide Länder Gespräche führen. Bei den durch Vermittlung der EU zustande gekommenen Verhandlungen in Brüssel stehen praktische Fragen wie Telekommunikation und Verkehr im Vordergrund. Die Regierung des Kosovo hofft durch die Annäherung auf Impulse für die angeschlagene Wirtschaft, denn Belgrad, das die Unabhängigkeit seiner ehemaligen Provinz nicht anerkennt, behindert noch immer deren Handel und Verkehr. Kein Thema sollen dagegen Fragen der Unabhängigkeit, Souveränität und der Gebietseinheit des Kosovo sein. *J. H.*

Schluss mit der Basarmentalität

Berlin – In der Union wächst der Widerstand gegen die Euro-Rettungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung. Sowohl der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Josef Schlarmann, als auch der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, kritisierten den drohenden Übergang in eine „Transferunion" mit unübersehbaren Belastungen für die Deutschen. Schlarmann fordert, der Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB müsse „sofort eingestellt werden". Stieger gibt sich entsetzt darüber, dass Schuldner Irland die Bedingungen seiner Hilfskredite nachträglich ändern will. Das schlage dem Fass den Boden aus. „Mit dieser Basarmentalität muss Schluss sein", so der CDU-Politiker, der prophezeit: „Die Währungsunion steht vor den Wochen der Wahrheit." *H. H.*

Die Schulden-Uhr: Förderblödsinn

Wer sich leicht aufregt, sollte lieber nicht die „Aktion Frühjahrsputz" des Bundes der Steuerzahler (BdST) verfolgen. Im März stellt dieser Tag für Tag auf seiner Internetseite eine aus seiner Sicht absurde Fördermassnahme des Bundes vor, die komplett gestrichen werden könnte. So stellt das Bundesforschungsministerium knapp 260 000 Euro für die Entwicklung eines neuartigen Lippenpflegestifts auf Torf-Basis zur Verfügung. Das Bundesbildungsministerium fördert mit 1,4 Millionen Euro ein Projekt, das „spielerisch IT-Kompetenzen" vermitteln soll. „SpITKom" zielt dabei auf junge Azubis im Baugewerbe. Das Bundesforschungsministerium hilft mit 1,4 Millionen Euro auch bei der Erforschung von mehrfach ungesättigten Fettsäuren. Der BdST hierzu: „Das ist Planwirtschaft. In einer Marktwirtschaft sollten nicht die Steuerzahler die Forschung bezahlen, sondern jene, die die verbesserten Lebensmittel kaufen." *Bel*

1.939.091.673.654 €

Vorwoche: 1.937.723.786.084 €
Verschuldung pro Kopf: 23 734 €
Vorwoche: 23 718 €

(Dienstag, 8. März 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Raumschiff Berlin

Blumige Ziele und symbolische Taten der Politik lassen Bürger am Verstand der Regierenden zweifeln

Die Debatte um den „Biokraftstoff" E10 und den Euro offenbaren, wie oft Politik nicht auf Basis der Sachargumente gemacht wird. Die Folgen tragen stets die Bürger, deren Kritik oft im Vorfeld der Entscheidungen als unpassend abgetan wurde.

Der große Protest auf der Straße ist ausgeblieben. Nur wenige Tausend Menschen versammelten sich, um die Rückkehr Karl-Theodor zu Guttenbergs in die Politik zu fordern. Vielerorts gaben gar spöttelnde Guttenberg-Gegner den Ton an.

Medienfachleute hat das nicht überrascht: Eine massenhafte Beteiligung an den Pro-Guttenberg-Kundgebungen vergangenen Sonnabend wäre eine Sensation gewesen. Die ist ausgeblieben. Dennoch, so warnen sie: Allein die Tatsache, dass sich weit über eine halbe Million Menschen im Internet hinter den zurückgetretenen Minister gestellt haben, sollte die Politik alarmieren.

Woher diese Anhänglichkeit? „Trauer um den Verlust eines Polit-Popstars"? Damit versuchen solche Beobachter, die den glamourösen Auftritt des CSU-Politikers von Anfang an nicht leiden konnten, die Mobilisierung der Massen im Netz kleinzureden. Hier aber spiegelt sich sichtbar mehr wider als ein unpolitischer Fan-Kult.

Die Berliner Politik hat nicht nur dramatisch an Glanz und Charisma verloren. Sie hat sich gleichzeitig in immer sichtbarerer Weise vom Volk entfernt. Hier wies einer wie „KTG" erstmals in die entgegengesetzte Richtung: Sein Charisma war unbestritten. Gleichzeitig schwappten die Nachrichten in die Bevölkerung, wie gut der Verteidigungsminister bei den Soldaten, vor allem bei denen an der Front, ankam. So vereinten sich Ausstrahlung und Volksnähe in einem.

Ganz anders im Rest der Berliner Polit-Szene. Die Akteure scheinen immer volksferner und werden dabei als graumäusige Parteiapparatschiks wahrgenommen. Und was das schlechte Bild abrundet: Die Deutschen haben kaum das Gefühl, dass gute, kompetente Politik gemacht wird, wie Umfragen zum sinkenden Vertrauen Monat für Monat belegen.

Das Treiben um den „Biokraftstoff" E 10 weitet das schlechte Bild ins Groteske: Um selbstgesteckter „Klimaziele" willen boxt der Bundestag mit den Stimmen von Regierungsparteien und Opposition die Einführung des neuen Kraftstoffs einfach durch. Offensichtlich hatten die Parlamentarier keine Ahnung von dem, worüber sie befanden. Allein das blumige Ziel „Klimaschutz" reichte ihnen. Es ging ihnen wie so oft um eine symbolische Tat, darum, „etwas fürs Klima zu tun". Die Wirklichkeit spielte keine Rolle.

Nun endet das zweifelhafte Experiment in absurdem Theater. Was aber macht die Politik? Tritt wenigstens der verantwortliche Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) zurück? Nichts davon: Es hagelt Schuldzuweisungen an Mineralölwirtschaft und Autoindustrie, sie hätten den Berliner Beschluss nicht hinreichend beworben. Wie so häufig wird das Scheitern falscher Politik darauf zurückgeführt, das sie „falsch kommuniziert" worden sei.

Dabei hätten die Mängel von E10 bei sachgerechter Prüfung lange vor der Einführung bekannt sein können. Berlin interessierte sich nicht dafür, sondern drohte schließlich mit Strafen. Die sollten zwar vordergründig die Ölkonzerne bezahlen, in Wahrheit aber hätten sie die Verbraucher getroffen. Diese Mischung aus Anmaßung, Inkompetenz und Dreistigkeit kann im Volk nur Wut und Verachtung erzeugen.

Mit erheblichem Unbehagen beobachten die Deutschen auch die Entwicklung der Euro-Debatte. Verträge und Politiker-Versprechen sind reihenweise gebrochen worden. Alles deutet derzeit darauf hin, dass die Deutschen in seit den Weltkriegen nicht mehr dagewesenem Maße um ihren Wohlstand gebracht werden. Dafür machen sie selbstverständlich vor allem die eigenen Politiker verantwortlich, die das Land in diese Lage gebracht haben.

Vor allem wurmt viele Deutsche, dass sie, das „unwissende" Volk, es von Anfang an gewusst haben, die Politik aber stur und ohne, nach links oder rechts zu schauen, weitermarschiert ist. Nie war eine Mehrheit der Deutschen für die Abschaffung der D-Mark. Sämtliche Parteien des Bundestages kanzelten diese Ablehnung ab als Ausdruck „unbegründeter Ängste". „Irrationaler D-Mark-Nostalgie" oder von „europafeindlichem Nationalismus" war die Rede. Heute erweist sich: Das Volk hatte den wirtschaftlichen und politischen Sachverstand auf seiner Seite, die Politik hat auf ganzer Linie geirrt. Doch wie reagieren die Gescheiterten: Sie machen einfach weiter, weisen alle Einwände zurück.

Heikel wird es für die Politik aber wohl erst, wenn die Folgen ihrer Irrtümer real spürbar werden, wenn also die „Kredite", Bürgschaften" und EZB-Verbindlichkeiten in unüberschaubarer Milliardenhöhe als reale Kosten zu Buche schlagen, was immer wahrscheinlicher wird. Wenn also Leistungen und Investitionen in Deutschland massiv gekürzt werden, wenn dennoch Schulden, Steuern und Abgaben in die Höhe schnellen, um die von Berlin eingegangenen Verpflichtungen in der Euro-Zone zu erfüllen.

Für diesen Fall fürchten selbst erfahrene Kenner der politischen Szene der Bundesrepublik mit einem Zerbrechen unseres bekannten Parteiensystems. Dann erst dürfte auch die in Jahren angewachsene Kluft zwischen Politik und Volk brutal zutage treten.

Einen lauen Vorgeschmack von der Entfremdung zwischen Volk und Establishment lieferte die Sarrazin-Debatte von 2010. Damals reagierte die Politik völlig überrascht, wie sehr sich die Deutschen von ihren Vorstellungen in Sachen Immigration entfernt hatte. Im Unterschied zur Euro-Debatte hatten die Deutschen die Folgen einer illusionären Ausländerpolitik aber längst am eigenen Leibe erfahren, während die Politik noch in ihren Phrasen schwelgte. Beim Euro steht der Durchschlag einer abgehobenen Politik auf die Wirklichkeit noch aus. Dem „Raumschiff Berlin" steht dann eine harte Landung bevor, vielleicht wird es auch ein Absturz. *Hans Heckel*



Eigenwillige Prioritäten: Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) betonte zum „Weltklimagipfel" in Kopenhagen 2009, dass es oberstes Umweltziel der schwarz-gelben Regierung sei, die Erderwärmung auf zwei Grad gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen. Bild: M. Kappeler/dapd

... und bald rollen die ersten Züge

Auch in der Schweiz geht die Bahn unter die Erde: Was »Zürich 14« von »Stuttgart 21« trennt

Die einen demonstrieren, die anderen bauen – so einfach lässt sich der Unterschied zwischen Stuttgart und Zürich beschreiben. Zunächst aber zu dem, was sie verbindet. Beide haben im Zentrum einen gigantischen Kopfbahnhof, der längst an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angekommen ist und in Spitzenzeiten den Bahnreiseverkehr nicht mehr aufnehmen kann. Beide planen seit langem, die Kapazitäten zu steigern und die Anbindung an das großflächige Eisenbahnnetz zu verbessern, also von Kopf- auf Durchgangsbahnhof umzustellen. Beide sehen die vernünftigste Lösung darin, zumindest zu Teilen in den Untergrund zu gehen.

Und beide haben eine Bevölkerung, die mitreden und mitentscheiden will, die sich nicht von oben herab etwas vorsetzen lassen will. Damit aber genug der Gemeinsamkeiten. Wer verstehen will, warum in der Schwabenmetropole so vieles rund um „Stuttgart 21" schief läuft, sollte darauf achten, was die Schweizer Nachbarn mit ihrem „Zürich 14" alles anders, nämlich besser machen.

Der entscheidende Unterschied: Das Volk der Schweizer ist seit eh und je daran gewöhnt, in wichtigen Fragen (und manchmal auch in unwichtigen) das letzte Wort zu haben. Die direkte Demokratie funktioniert, man kennt die Spielregeln und hält sich daran.

So auch beim Großprojekt Hauptbahnhof Zürich, in der Schweiz eher bekannt unter den Stichworten „Bahnhof Löwenstraße" und „Durchmesserlinie". Die ersten Planungsschritte erfolgten noch Ende des vorigen Jahrhunderts, also wenig später als in Stuttgart. Als erstes wurde ein einigermaßen konkreter Kostenrahmen entwickelt, was angesichts des benachbarten Großbankenviertels rund um die Bahnhofstrasse nicht ganz überraschte.

> Bürger stimmten 2001 dem Bauprojekt zu 80 Prozent zu

Bald stand fest: Die Erweiterung des Kopfbahnhofs um eine unterirdische Durchfahrtstrecke würde um die zwei Milliarden Franken (1,5 Milliarden Euro) kosten, aufgeteilt zu je einem Drittel auf Bund, Bahn und Kanton. Über solche Summen aber können in Felix Helvetia Parlamente und Regierungen nicht eigenmächtig entscheiden, und so wurde im Jahre 2001 dem Stimmvolk des Kantons Zürich das Bahnhofsprojekt zur Abstimmung vorgelegt. Das erstaunliche – und aus Stuttgarter Sicht heute völlig unerklärliche – Ergebnis: über 80 Prozent Zustimmung.

Das ist selbst für Schweizer Verhältnisse viel, wenngleich der Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Beispiel Gotthardtunnel) traditionell Mehrheiten um die 70 Prozent findet.

Doch ruhten die Schweizer Bundesbahn und die beteiligten Behörden sich nicht auf den 80-Prozent-Lorbeeren aus. Sie taten und tun bis heute alles, um die Bevölkerung auf dem Laufenden zu halten: Wie ist der Planungs- beziehungsweise Baufortschritt, wo treten Probleme auf, wie werden sie gelöst, wie entwickeln sich die Kosten, wird der Zeitplan eingehalten?

So sind die Zürcher stets bestens informiert, obwohl sie in den ersten Jahren seit dem Baubeginn im September 2007 oberirdisch kaum mitbekamen, was sich da im Untergrund tat. Erst jetzt merken auch Reisende, die beispielsweise mit dem Railjet, Österreichs neuem Paradezug auf der Strecke Wien–Zürich, eintreffen, dass sie sich direkt über einer Großbaustelle befinden. Und wer es genauer wissen will, kann per Fahrstuhl direkt an den Tatort 16 Meter unter der altehrwürdigen Bahnhofshalle herabschweben; eine gut inszenierte Ausstellung lässt keine Info-Wünsche offen.

Anders als die Stuttgarter wollen die Zürcher nicht den ganzen alten Bahnhof unter der Erde verschwinden lassen. Sie unterfüttern ihn mit einem viergleisigen neuen Bahnhof, der den Durchgangsverkehr auf der Nord-Süd-Achse in Richtung Bern/Genf, Südfrankreich und Italien aufnehmen und durch den fast fünf Kilometer langen Weinbergtunnel unter der Stadt ableiten soll. Ein Projekt, das überzeugt, jedenfalls gibt es keinerlei Proteste. Das Volk war eben von Anfang an eingebunden, immer gut informiert – und daran gewöhnt, demokratische Entscheidungen zu respektieren. Fertiggestellt werden soll der neue erweiterte Bahnhof bereits 2014 – in Stuttgart wird dann vielleicht immer noch demonstriert. *Hans-Jürgen Mahlitz*

China muss Züge ausbremsen

Beim Betrieb der Hochgeschwindigkeitszüge in China ist zukünftig mit massiven Problemen zu rechnen. Nach einem Bericht der „South China Morning Post" wurden beim Bau der Bahntrassen minderwertige Materialien verwendet. Im Durchschnitt wurden auf dem chinesischen Festland pro Jahr 1500 Kilometer neue Trassen errichtet. Nach einer Untersuchung des „First Survey and Design Institute of China Railways" hätte die Menge der vorhandenen hochwertigen Betonzusätze zur Erhöhung der Stabilität allerdings nur für die Errichtung von 100 Kilometern jährlich gereicht. Mit dem Erreichen der geplanten Nutzungsdauer von 100 Jahren ist nach Ansicht von Wissenschaftlern nicht zu rechnen. Die Berechnungen gehen von nötigen Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 250 Stundenkilometer und einer herabgesetzten Nutzungsdauer von nur noch 50 Jahren aus. An der „Southwest Jiaotong University's School of Civil Engineering" nimmt man an, dass es bereits in fünf Jahren zu massiven Problemen kommen wird, die zu wochenlangen Streckensperrungen führen werden. Bis 2020 will China 300 Milliarden Dollar in das Streckennetz für Hochgeschwindigkeitszüge investieren. *N. Hanert*

Das Braune

Von THEO MAASS

Eine immer noch horrende Arbeitslosigkeit, randalierende Autonome, Hausbesetzer, Punker, Ausländerquartiere als „No Go Areas“ für Polizisten und jetzt jugendliche Ausländer, die in den vergangenen Wochen scheinbar gezielt auf U- und S-Bahnhöfen gegen Deutsche vorgehen – Berlin hat Probleme. Probleme, welche die Existenz bedrohen. Ernsthafte Debatten führt die politische Klasse aber nicht so gern, wie die Reaktionen auf Thilo Sarrazin oder Kirsten Heisig gezeigt haben.

Nun fürchten Politiker kaum etwas so sehr wie den Vorwurf, „untätig“ zu sein. Also sind sie stets auf der Suche nach Ersatzthemen, mit denen sie sich selbst und ihre Wähler von den allzu heißen Eisen ablenken können.

Hundekot auf der Straße ist solch ein Thema. In Berlin leben mindestens 150000 Hunde, die Stadtreinigungsbetriebe schätzen ihre Zahl sogar auf 300000. Allerdings zahlen nur 107355 Herrchen und Frauchen Hundesteuer. Beispiele für die Zehntausenden von Steuerverweigerern gibt es in den Hausbesetzer-Kiezen im Umfeld der Liebigstraße zu sehen. Bettelnde, nach Alkohol müffelnde Punker kampieren mit ihren Hunden auf den Bürgersteigen. Weit und breit ist kein Mitarbeiter des Ordnungsamtes zu sehen, der die Vertreter der alternativen Lebenskultur nach der Hundesteuermarke fragt oder gar ein Bußgeld verhängt.

Die Politik nimmt lieber den steuerzahlenden Spießer aufs Korn. Der SPD-Abgeordnete Michael Arndt wollte schon eine DNS-Datei für die Vierbeiner einrichten. Kostenpunkt: 200 Euro pro Tier, zahlbar durch den Halter. Mühelos ließe sich dann jeder Hundehaufen im Labor zuordnen und das Bußgeld eintreiben.

Auch das Bezirksamt Berlin-Mitte will gegen die Haufen angehen und plant zusammen mit der Initiative „Stadt und Hund“ sogar eine Fachtagung. Motto: „Berlin häufchenfrei“. Dazu hat die Hamburger Werbeagentur „draftfcb“ den Slogan für neue Tütenspender kreiert: „Das Braune muss weg.“ Die Verbindung von Rechtsextremismus mit Hundekot soll öffentliche Aufmerksamkeit bringen. Nazis und „Waldis“ auf Augenhöhe – das fetzt. Alle Hundebesitzer werden politisch in der ultrarechten Ecke abgeladen, die Nachbarn zeigen mit Fingern auf die „rechtsextremen“ Halter und schon bald ist Berlin nicht nur häufchen- sondern sogar hundefrei – oder die NPD im Abgeordnetenhaus.

Hundesteuerverweigerer haben hingegen keine staatlichen Maßnahmen zu erwarten.

Grüne und Linkspartei wollen es sich nicht mit den Autonomen, Hausbesetzern und Punkern verscherzen. Kassiert wird – und das ist nichts Neues mehr – nur bei denen, bei denen noch etwas zu holen ist und die keine Sperenzchen machen, wenn Vater Staat ihnen in die Brieftasche greift.

Grüne gegen Fremde

Berliner Linksalternative mobilisieren gegen Touristen: Kreuzberg will seine »Ruhe«



Bringen Milliarden in die Stadt: Touristen, hier am historischen „Checkpoint Charlie“, sind für Berlins Wirtschaft unverzichtbar

Bild: pa

Die Industrie spielt in der Berliner Wirtschaft kaum noch eine Rolle. Dafür umso mehr der Fremdenverkehr. Doch nun entwickeln ausgerechnet linksalternative Kreise und die Grünen eine skurrile Form von „Fremdenfeindlichkeit“ – es geht gegen Touristen.

Die Stadt Berlin hat sich zum Touristen-Magneten entwickelt – 21 Millionen Übernachtungen wurden im Jahr 2010 in der Stadt gezählt. Doch die Besucher, die der Stadt Milliarden-Einnahmen bescheren, sind nicht bei allen willkommen. In einigen Teilen der Stadt schlägt ihnen mittlerweile sogar blanker Hass entgegen. Es sind ausgerechnet jene Viertel, deren Bewohner sich ansonsten eher als Weltbürger fühlen und Toleranz und das multikulturelle Miteinander einfordern.

„Kampf gegen Rollkoffer “ – mit solchen Parolen sehen sich neuerdings Berlinbesucher im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg konfrontiert. Das Viertel in der Berliner Innenstadt ist eine linksalternative Hochburg – der Grüne Hans-Christian Ströbele erringt hier regelmäßig ein Direktmandat für den Bundestag, zuletzt mit 46 Prozent. Jedes Jahr zum 1. Mai macht Kreuzberg durch Straßenkämpfe Schlagzeilen, die sich Linksextremisten mit der Polizei liefern. Seit den 70er Jahren vor allem von Ausländern bewohnt, machten in den 1980ern zahlreiche Hausbesetzungen durch Linksalternative den Bezirk Kreuzberg bundesweit bekannt.

Doch ein großer Teil der alten Kommunarden ist inzwischen wohlsituiert und wünscht sich die Ruhe und vermeintliche Idylle zurück, die hier vor 30 Jahren im Schatten der Mauer herrschte. Derzeit macht sich, unter der sich gern betont fremdenfreundlich gebenden Fassade, eine besondere Form des Ressentiments breit. Das neue Feindbild heißt diesmal nicht Polizist, Hausbesitzer oder Autofahrer – das Übel der Welt sind neuerdings die fremden Besucher, die den Bezirk bevölkern, um die Kreuzberger Atmosphäre zu genießen.

Unter dem Motto „Hilfe, die Touris kommen“ hatten Ende Februar die traditionell weit links stehenden Kreuzberger Grünen zu einer Veranstaltung geladen. Gastgeber des Abends war Dirk Behrendt, Abgeordneter der Partei in der Bezirksversammlung.

> Aufstand gegen einen Wachstumsmotor in der Hauptstadt

Gekommen waren 200 Einwohner des in Kreuzberg gelegenen sogenannten Wrangelkiezes. Die Stimmung in der Veranstaltung war gereizt – selbst Schlachtrufe wie: „Warum kann man das denn nicht verbieten?“ fanden lebhafte Zustimmung. Manch einer wollte sogar die sonst verhasste Polizei ins Spiel bringen, um die weitere „Touristifizierung“ des Viertels zu verhindern. Was in anderem Zusammenhang als Populismus und Fremdenfeindlichkeit verteufelt worden wäre und die Tugendwächter der Politischen Korrektheit auf den Plan gerufen hätte, war hier, als es um die Verteidigung des eigenen Lebensbereichs ging, auf einmal erlaubt.

Gefordert wurden von den Grünen die Beschränkung des Baus weiterer Hotels und die Erhebung einer Tourismussteuer, die den Bezirken zugutekommen soll. Lokalpolitiker Behrendt räsonierte, der Anstieg auf über 20 Millionen Touristen pro Jahr dürfe nicht zulasten der Einwohnerschaft in den betroffenen Gebieten gehen. Dass der Fremdenverkehr dem mit 60 Milliarden Euro hoch verschuldeten Berlin bereits jetzt schätzungsweise 1,85 Milliarden Euro Steuereinnahmen sowie eine zusätzliche Kaufkraft von fast neun Milliarden Euro beschert, spielte bei der Diskussion keine Rolle. In Friedrichshain, dem anderen Teil des Stadtbezirks, entsteht an der Spree derzeit die größte Jugendherberge Deutschlands, weitere Hotels sind geplant. Hier hat man schon Beschränkungen beim Bau weiterer Hotels beschlossen.

Zurzeit gibt es in Berlin 112000 Hotelbetten, in Planung sind weitere 15000. Für die Stadt, die kaum noch eine industrielle Basis hat, ist der wachsende Fremdenverkehr zu einem unverzichtbaren Wirtschaftsfaktor geworden. Ob die Grünen mit der Thematisierung des Tourismus im Berliner Wahlkampf bei der Mehrheit der Berliner Pluspunkte sammeln, ist daher fraglich. Schon die Aussagen von Renate Künast, Spitzenkandidatin bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, zum neuen Großflughafen waren umstritten und hatten einen Anteil beim Einbruch ihrer Popularitätswerte – derzeit 20 Prozent hinter dem Regierenden Bürgermeister. Sie hatte die zukünftige Nutzung des Neubaus als internationales Drehkreuz in Frage gestellt und wollte den Flughafen, der für fast drei Milliarden Euro gebaut wird, zu einem europäischen Regionalflughafen degradieren. Künast musste sich nach diesem Vorschlag den Vorwurf anhören, keinerlei Sachkenntnis zu besitzen.

Auch der Landesparteitag der Berliner Grünen am vergangenen Wochenende war weitgehend altem Denken verhaftet. In die traditionelle Doppelspitze wurde der Parteilinke Daniel Wesener gewählt – Mitglied der Kreuzberger Grünen, des Bezirksverbandes, der zurzeit gegen Touristen mobilmacht. Das Leitmotto des Wahlkampfs „Berlin soll Klimahauptstadt werden“ klingt nach althergebrachter Subventionswirtschaft statt nach selbsttragendem Aufschwung. Ein Vorschlag zur Einführung eines „Ökosiegels für nachhaltigen Tourismus in Berlin“ lässt die Fremdenverkehrswirtschaft der Hauptstadt nach der Kreuzberger Grünen-Debatte erschaudern. Bei Umfragen liegen die Grünen in der Stadt derzeit bei 23 Prozent – sieben Prozent hinter der SPD und mit sinkender Tendenz. Von ihrem Ziel, stärkste politische Kraft in Berlin zu werden, entfernen sich die Grünen zunehmend.

Norman Hanert

Senat contra Sicherheit

Videoaufzeichnungen von Bahnhöfen nur 24 Stunden gespeichert

Angesichts von Gewalt im öffentlichen Raum fordern die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), die Videoaufzeichnungen der Bahnhöfe und Haltestellen 48 statt wie bisher nur 24 Stunden aufbewahren zu dürfen. Innensenator Erhart Körting (SPD) ist dagegen. Er verweist auf das Datenschutzgesetz von 2007: „Ich denke nicht daran.“

Berlins Regeln für die polizeiliche Videoüberwachung sind strikter als in vielen anderen Bundesländern. Nach 24 Stunden werden die Aufzeichnungen gelöscht. Polizeiliche Anfragen an die BVG nehmen aber zu: Von 300 im Jahr 2006 auf aktuell gut das Zehnfache. Vergangenes Jahr kam die Polizei in 60 Fällen mit einer Anfrage zu spät, die Bilder waren bereits gelöscht.

Berlins Ordnungshütern ist es aufgrund der einschränkenden rot-roten Gesetze nicht gestattet, öffentlichen Raum dauernd mit Kameras in Augenschein zu nehmen. Nur „gefährdete Objekte“ wie Regierungsgebäude und Synagogen sind ausgenommen. Trotzdem verzeichnen Datenschützer eine stetige Zunahme von Kameras in der Hauptstadt – nur eben von Privaten. Wer dort was auswertet, ist weit weniger

> In 60 Fällen kam die Polizei-Anfrage 2010 zu spät

klar geregelt als bei der polizeilichen Videoüberwachung. Der rot-rote Senat lehnt die offizielle Videoüberwachung als Mittel gegen Verwahrlosung und steigende Sachbeschädigung seit langem ab – nicht nur aus Kostengründen.

Schon 2004 verhinderte laut Spandaus Bezirksbürgermeister Konrad Birkholz (CDU) der Senat die polizeiliche Bildüberwachung des Spandauer Rathauses und der Stadtbibliothek, obwohl im Bezirk auch die SPD dafür gestimmt hatte. Die Begründung des Senats laut Birkholz: Es sei „unverhältnismäßig“. Ziel des Bezirks war ausdrücklich, mit polizeilicher Überwachung gegen zunehmende Graffiti-Sachbeschädigung, wilde Urinierer und das Abladen von Müll vorzugehen.

Gegen Graffiti als Vorstufe von Gewalt durch Verwahrlosung setzt der Senat bisher auf eine polizeiliche Sonderkommission. Der fehlt jedoch Personal gegen Sprayer: Innensenator Körting schickt die Fahnder mit „priorisierten Abordnungen“ zur Jagd auf Autobrandstifter. Die Festnahmen von Sprayern gehen daher allgemein zurück. Nur die Verkehrsbetriebe verzeichnen nach eigenen Angaben weniger Schäden durch Graffiti: Letztes Jahr waren es 13 statt 14 Millionen Euro wie 2009, was die BVG direkt auf den Kameraeinsatz zurückführt.

SV

Wer stimmte mit der NPD?

Treptow-Köpenick: Skurriler Streit um Abweichler

Aktfotographie ist keines der bevorzugten Themen der NPD. Als Gabriele Schöttler, Bezirksbürgermeisterin von Treptow-Köpenick, die Bilder des Fotografen Wolfgang Hiob, nach nur zwei Tagen im Rathaus wieder abhängen ließ, änderte sich das. Das sei Zensur, schimpfte die NPD, und griff sofort nach dem Äußersten: Die Radikalnationalisten stellten einen Abwahlantrag gegen die Sozialdemokraten.

Und lösten, ohne es zu ahnen, ein kleines Erdbeben aus. Als am 26. Februar die Stimmen zum Antrag der NPD ausgezählt wurden, gab es einen Knall: Obwohl die Rechtsextremen nur über drei Mandate in der Bezirksverordnetenversammlung verfügen, stimmten sieben Abgeordnete für den Abwahlantrag – zudem gab es eine Enthaltung.

Eigentlich sei es unter den übrigen Parteien Konsens, dass mit der NPD unter keinen Umständen paktiert werde, schimpfte die Bezirksverordnete Petra Reichardt (Linke). So begann die Suche nach den „Schuldigen“. Hartmut Nemak von der Fraktion „Bündnis für sozialen Fortschritt“, der ehemaligen WASG, beschuldigte die Liberalen. FDP-Mann Joachim Schmidt war empört. Oliver

> Parteichef Voigt jubelt: »Die Einheitsfront wackelt«

Scholz, Treptower Abgeordneter der CDU, meinte, dass in solchen Situationen jeder gern jedem die Schuld in die Schuhe schiebe. „Eine komische Art von Demokratieverständnis“ sei das.

Siegfried Stock (SPD), Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, will die Angelegenheit nun nicht mehr so hoch hängen: „Wir haben die NPD-Anträge ja nicht abgelehnt, weil sie von der NPD kamen, sondern weil sie substanzlos, politisch unerwünscht oder rechtlich nicht durchsetzbar waren.“ Die Grünen sehen hier vor allem „nur die große Unzufriedenheit mit der Bürgermeisterin“. NPD-Chef Udo Voigt, gleichzeitig Fraktionschef vor Ort, zeigte sich hingegen zufrieden: „Die Einheitsfront (gegen die NPD) wackelt“ jubelt er.

Vielleicht wären derartige Vorfälle schon früher möglich gewesen. Siegfried Stock kommentierte die Fachlichkeit der NPD-Anträge: „Beispielsweise hat die NPD die Aufstellung einer Ampel in der Nähe einer bereits vorhandenen beantragt. So was funktioniert doch nicht.“ Tatsächlich scheint die kommunale Kompetenz der NPD verbesserungswürdig zu sein. So reichte die NPD-Bezirksverordnete Mandy Schmid am 27. Januar beim Bezirksamt hochoffiziell die Anfrage ein, ob in einer Straße sechs Lampen defekt seien.

Hans Lody

Zeitzeugen



Gerhard von Scharnhorst – Der 1755 geborene General gilt als der entscheidende Protagonist der preußischen Heeresreform. Nach dem Frieden von Tilsit wurde er de facto Kriegsminister und zum Vorsitzendern der Reorganisierungskommision und zum Generalstabschef ernannt. So konnte er das Heer von Grund auf erneuern.

Albrecht von Roon – Das Telegramm, mit dem der General, seit 1859 preußischer Kriegsminister, den ihm politisch nahestehenden Bismarck darüber informierte, dass König Wilhelm I. wegen des parlamentarischen Widerstandes die von ihm unterstützte Heeresreform aufgeben wolle, sollte den Gang der Geschichte beeinflussen. Bismarck eilte von seinem Pariser Botschafterposten nach Berlin und wurde 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt, um als starker Mann auf diesen Posten die Reform durchzusetzen.



Gustav Noske – Er war der erste Wehrminister der Weimarer Republik und der erste Sozialdemokrat auf diesem Posten überhaupt. Mit den Militärs teilte er die Ablehnung des Bolschewismus. So ließ er alle kommunistischen Aufstände, Streiks sowie Versuche, Räterepubliken im Reich zu errichten, durch die Reichswehr und die Freikorps gewaltsam niederschlagen. Bei seinen Gegnern brachte ihm sein entschlossenes Vorgehen zur Rettung der Republik die Bezeichnung „Blutnoske“ ein.

Werner von Blomberg – Vom Reichspräsidenten von Hindenburg 1933 nur wenige Stunden vor der Bildung von Hitlers Kabinett zum Reichswehrminister ernannt, um den neuen Kanzler „konservativ einzurahmen“, ordnete Blomberg gleichwohl sich und die Wehrmacht den neuen Machthabern unter. Als er sich 1938 deren Kriegsplänen entgegenstellte, wurde er durch eine Intrige gestürzt.



Theodor Blank – Als die Westalliierten die Forderung nach einem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik erhoben, wurde der aus der christlichen Arbeiterschaft stammende CDU-Politiker 1950 Leiter des „Amtes Blank“. Gegen starke gesellschaftliche Widerstände ebnete er den Weg zur Wiederbewaffnung und wurde 1955 erster Bundesverteidigungsminister. Von den Auseinandersetzungen zermürbt, machte er 1956 Franz-Joseph Strauß Platz.

Abschied von alten Zöpfen

Nervosität in den Amtsstuben: Jetzt trifft Bundeswehrreform auch das Ministerium

Die Transformation der Bundeswehr wird oft als „Reform an Haupt und Gliedern“ bezeichnet. Während die Glieder, nämlich die Truppe, in den vergangenen Jahren kräftig Federn hat lassen müssen, ist das Haupt, nämlich das Bundesverteidigungsministerium, bislang relativ ungeschoren davongekommen. Das soll sich jetzt ändern, denn der „Arbeitsstab Umbau der Bundeswehr“ hat der Hardthöhe eine grundlegende Schlankheitskur verordnet.

Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) ist das für die Landesverteidigung zuständige Ministerium. Es ist zugleich oberste Bundesbehörde und höchste Kommandobehörde der Streitkräfte. An der Spitze steht der Minister, der seinen Geschäftsbereich gemäss Ressortprinzip eigenständig führt. In Friedenszeiten ist er Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt und besitzt Weisungsbefugnis gegenüber allen militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr. Im Verteidigungsfall geht der Oberbefehl auf den Bundeskanzler über. Das BMVg besteht aus zivilen und militärischen Abteilungen. Dazu gehören neben dem Führungsstab der Streitkräfte unter Leitung des Generalinspekteurs die Führungsstäbe von Heer, Luftwaffe, Marine, Streitkräftebasis und Zentralem Sanitätsdienst unter der Leitung ihrer Inspekteure, die Hauptabteilung Rüstung, die Abteilung Wehrverwaltung sowie die üblichen ministeriellen Abteilungen. Der Leitung des Hauses direkt unterstellt sind der Planungsstab und der Presse- und Informationsstab. Hauptsitz des Ministeriums ist die Hardthöhe in Bonn, seit 1993 gibt es im Berliner Bendlerblock eine Außenstelle.

Mehr Effizienz durch Verschlankung und Konzentration

Eingeweihte bemängeln schon lange, dass die Arbeitsabläufe und die Effizienz durch die Größe der Mammutbehörde, Ressortegoismen und Eifersüchteleien zwischen den Abteilungen behindert würden. Von einem „Elefantenfriedhof“ für hohe Offiziere, „zu vielen Häuptlingen für nur noch wenige Indianer“ und einer „Papiermühle“ ist die Rede. Tatsächlich erlebt manch jung-dynamischer Offizier fast einen Schock, wenn er eine Stelle im BMVg, eine Voraussetzung für den weiteren Karriereweg, antritt. So wird von einer hohen Arbeitsbelastung, überflüssigem Papierkrieg und starkem Druck berichtet, ohne dass oftmals Nennenswertes dabei herauskommt.

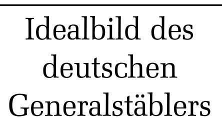
Das soll jetzt anders werden, denn das Ministerium soll bei der Umgestaltung und Reduzierung der Bundeswehr mit gutem Beispiel vorangehen. Demnach sollen das Haus auf seine wesentlichen Funktionsbereiche „Politik und Planung“, „Ressourcen“ und „militärische Auftragerfüllung“ ausgerichtet und Verantwortlichkeiten neu geregelt werden. Dazu ist eine Verkleinerung auf nur noch acht Abteilungen und vier Stäbe vorgesehen. Die Anzahl der Stellen soll von bisher 3100 auf unter 2000 reduziert werden. Ebenfalls geplant ist die Aufhebung der Abgrenzung zwischen militärischen und zivilen Dienstposten.

Eine zentrale Veränderung betrifft den Generalinspekteur, bislang eher ein primus inter pares. Er soll dem Minister zukünftig für die Führung, Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte unmittelbar verantwortlich sein. Dafür wird ihm das gesamte Ministerium zur Unterstützung zur Verfügung stehen. Außerdem werden ihm die Streitkräfte truppendienstlich unterstellt und dadurch sein Posten zur Kommandobehörde aufgewertet. Die Inspekteure sollen aus dem Ministerium ausgegliedert und als Befehlshaber ihrer Organisationsbereiche installiert werden.

Das sind viele Vorschläge, die auf Widerstand stoßen dürften, denn Veränderungen schätzt der Ministeriale nicht. *Jan Heitmann*



Blick auf die Hardthöhe in Bonn: Der Bendlerblock in der Hauptstadt Berlin gilt nur als Außenstelle. Bild: H. J. Knippertz/dapd



Idealbild des deutschen Generalstäblers

In der Pflicht“, so betitelte Ulrich de Maizière, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vater des neuen Bundesverteidigungsministers, seine Lebenserinnerungen. Als ihn sein oberster Dienstherr im August 1966 aus dem Urlaub zurückbeorderte, um ihn überraschend zum Generalinspekteur zu ernennen, war es die Pflicht, die ihn diese Berufung ohne Widerspruch hinnehmen ließ. Dabei war er kaum zwei Jahre zuvor Heeresinspekteur geworden, und auch danach hatte er sich nicht gedrängt. Der im Jahre 1912 geborene de Maizière trat 1930 in die Reichswehr ein. Seine Vorgesetzten erkannten schnell, dass hier kein charismatischer Troupier, sondern ein feinsinniger, fähiger und gewissenhafter Stabsarbeiter heranwuchs. So durchlief er nach den üblichen Truppenverwendungen die Generalstabsausbildung und diente in Stäben an der Ostfront und im Oberkommando des Heeres. Nach der Gefangenschaft arbeitete der begabte Pianist als Buch- und Musikalienhändler und glaubte, seine berufliche Erfüllung gefunden zu haben. Doch Anfang 1951 war es wieder die Pflicht, die ihn dem Ruf ins Amt Blank folgen ließ. Im Mai 1955 wurde er als Oberst reaktiviert und Abteilungsleiter im Ministerium. Es folgten ein kurzes Intermezzo im Truppendienst und Jahre als Schulkommandeur und Heeresinspekteur. Schließlich wurde er Generalinspekteur, nachdem sein Vorgänger im Streit mit dem Minister zurückgetreten war. Die Generalität verübelte ihm die schnelle und bedingungslose Amtsübernahme als übertriebene Nachgiebigkeit gegenüber der politischen Führung. Im neuen Amt erwies er sich als konservativer, aber loyaler Reformer, der darauf verzichtete, vom Minister mehr Teilhabe an der Führungsverantwortung einzufordern. *J. H.*

Selbstlos, nüchtern und stets loyal

Minister, Kaiser oder General

Das Militär und seine wechselnden Herren

Jeder Staat, der Streitkräfte unterhält, verfügt über ein Kriegs- oder Wehrministerium, das heutzutage meist euphemistisch Verteidigungsministerium genannt wird. In früherer Zeit fungierte es als oberste Staatsbehörde für das Heeres- und Kriegswesen. An seiner Spitze stand ein Minister, der zumeist ein hoher Offizier war und seine Legitimation aus der Ernennung durch das Staatsoberhaupt ableitete. In konstitutionellen Staaten war und ist der Minister außerdem dem Parlament verantwortlich.

Die preußische Heeresreform führte zu den Anfängen einer ministeriellen Leitung des Militärs in Deutschland. Das preußische Kriegsministerium wurde am 25. Dezember 1808 als zentrales Verwaltungsorgan der Armee gebildet und bündelte die Aufgaben der alten Militärbehörden. Da Friedrich Wilhelm III. jedoch keinen Kriegsminister ernennen wollte, fungierte Gerhard von Scharnhorst, Chef des Allgemeinen Kriegsdepartements im Ministerium, kommissarisch als Minister. Als unimittelbares Organ der königlichen Kommandogewalt diente das Militärkabinett, eine Unterabteilung der Ersten Abteilung des Ministeriums, die für die Verfassung und das Kommando der Armee zuständig war. Im Laufe der Jahre schufen die anderen deutschen Staaten ähnlich aufgebaute Kriegsministerien.

Preußen war auch hier Vorreiter

Mit der Gründung des Deutschen Reiches gingen die Befugnisse der einzelnen Länderministerien auf das preußische Kriegsministerium über. Daneben behielten lediglich Bayern, Württemberg und Sachsen, die weiterhin eigene Armeen besaßen, ihre Ministerien. Nunmehr fungierte der Kaiser als Oberster Kriegsherr, der über alle deutschen Militärkontingente gebot. Der Chef des Militärkabinetts, der als einziger Militär direkten Zugang zum Monarchen hatte, erhielt weitreichende Befugnisse und übte großen Einfluss auf den Kaiser aus, der während des Ersten Weltkrieges allerdings zunehmend zugunsten der Obersten Heeresleitung als der höchsten militärischen Kommandobehörde zurückgedrängt wurde.

In der Weimarer Republik wurden die einzelstaatlichen Kriegsministerien aufgelöst und das Reichswehrministerium gegründet, bei dessen Minister die oberste Befehlsgewalt konzentriert wurde. Die Kommandogewalt über Heer und Marine lag bei den Chefs der Heeres- und der Marineleitung. Ab 1929 gab es mit dem Ministeramt ein weiteres Leitungsorgan, dessen Chef als politischer Stellvertreter des Ministers fungierte. Die Aufgaben des Generalstabs übernahm das Truppenamt.

Mit der Verkündung der Wehrhoheit 1935 wurde das Reichskriegsministerium geschaffen. Die Heeres- und die Marineleitung wurden zu den Oberkommandos des Heeres und der Marine umgegliedert, das Oberkommando der Luftwaffe neu geschaffen. Aus dem Ministeramt wurde das Wehrmachtsamt. In Folge der Blomberg-Fritsch-Krise nahm Hitler selbst ab 1938 pro forma die Aufgaben des Reichskriegsministers wahr. Aus dem Wehrmachtsamt wurde das Oberkommando der Wehrmacht, das jedoch kaum eigenständig handeln durfte. *J. H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6824**

Im Tal der unechten Tränen

Zwar brachte zu Guttenberg der CSU bundesweit Glanz, doch damit überstrahlte er auch viele Parteifreunde

Nach dem Rücktritt Karl-Theodor zu Guttenbergs von allen Ämtern versucht die CSU einen Spagat: Die Rückkehr in den politischen Alltag und gleichzeitig die Einbindung der vielen aufgeregten Guttenberg-Verehrer.

Ruhe ist erste Bürgerpflicht – zumindest sieht das Horst Seehofer so, und zwar mit Blick auf seine eigene Partei, die CSU: Er will wieder Ruhe reinbringen in den Laden, wie man umgangssprachlich sagt. Doch das ist nicht leicht in diesen Zeiten – nach dem Sturz des mit Abstand beliebtesten Politikers in Deutschland, Karl-Theodor zu Guttenberg. Daher verbreitet Seehofer zum einen den Anschein von Regierungsroutine – die Nachfolgefrage im Bundeskabinett wurde reibungslos geklärt, ebenso eine Umstellung im bayerischen Kabinett, die nötig wurde, weil Staatskanzleichef Siegfried Schneider als Chef zur Landesmedienanstalt wechselt. Doch auch die Millionen Guttenberg-Anhänger streichelt Seehofer, indem er scharfe Angriffe auf die Schwesterpartei CDU, namentlich auf Bundestagspräsident Norbert Lammert und Bildungsministerin Annette Schavan, reitet – die waren Guttenberg öffentlichkeitswirksam in den Rücken gefallen. Die schwindende Unterstützung aus der Schwesterpartei dürfte denn auch der letztlich ausschlaggebende Grund für den Rücktritt gewesen sein. In dieser Doppelstrategie kann Seehofer seine ganze Erfahrung aus rund 40 Jahren aktiver Politik ausspielen, mit der er auch gern kokettiert.

Das Thema Guttenberg wird die CSU noch längere Zeit beschäftigen – zumindest unter der Oberfläche, auch wenn die unmittelbare Aufregung abflaut. So stolz waren die Christsozialen gewesen auf den eleganten Freiherrn, der rasch zum beliebtesten Politiker Deutschlands geworden war und es geschafft hatte, die CSU aus ihrem Tal der Tränen nach den schlechten Wahlergebnissen 2008 und 2009 zu holen. 46 Prozent hatte man in Bayern zeitweise wieder erreicht – das ließ auf die absolute Mehrheit hoffen, die enorm wichtig ist für das Ego der CSU.

Noch mehr: Guttenberg war es zu verdanken, dass die CSU in Berlin erstmals tatsächlich mit Beliebtheit in der Bevölkerung weit über die bayerischen Landesgrenzen hinaus wuchern konnte. Der enorme Zuspruch zeigte sich sogar nach Guttenbergs Sturz, als bei „Facebook“ in kürzester Zeit knapp 600000 Menschen (bei Redaktionsschluss) die Forderung „Wir wollen Guttenberg zurück“ unterschrieben. Fast noch schwerer wiegen die repräsentativen Umfragen, in denen mitten in der Krise 73 Prozent der Befragten Guttenberg eine gute Arbeit bescheinigten. Solche Werte hatte selbst Kanzlerin Merkel nie erreicht. Dies lässt auf ein Potenzial von zig Millionen Guttenberg-Fans im ganzen Land schließen, um deren Gunst die ganze Union nun buhlen muss. Auch so ist der Aufruhr um die Lammert- und Schavan-Äußerungen zu verstehen.

> Nur wenig CSU-Unterstützung für Pro-KTG-Demos

Sicherlich sind viele der öffentlich vergossenen Tränen um Guttenberg aus Reihen der CSU nicht echt. Sein ärgster Konkurrent, Markus Söder, etwa zeigte sich angeblich „echt geschockt“ vom Rücktritt. Doch etwa die im Internet angeleierte Pro-KTG-Demonstration in Nürnberg wurde von der Nürnberger CSU, der Söder vorsteht, in keinster Weise unterstützt. Andernorts, wie in KTGs Heimatort Guttenberg, in München, Rosenheim, sogar in Hamburg und Berlin hatte zumindest die Junge Union (JU) organisatorische Schützenhilfe geleistet. Die Nürnberger Demo aber fiel aus, nachdem niemand sie offiziell angemeldet hatte.

Doch auch Seehofer selbst kommt es zupass, dass KTG nun erst einmal eine Auszeit nehmen muss, nachdem er sich zwar öffentlich stets in Bescheidenheit geübt hatte, aber dem Parteichef durch permanente Nachfragen der Presse und die enorme Beliebtheit bereits Anflüge von Verfolgungswahn beschert hatte.

Wegen des Rücktritts wird nun Hans-Peter Friedrich in die erste Reihe gespült. Der hatte bisher als CSU-Landesgruppenchef eine solide, aber unauffällige Arbeit verrichtet. Er ist ebenfalls Oberfranke und dürfte demnächst den Vorsitz des dortigen CSU-Bezirksverbandes übernehmen. Er hat das wichtige, aber im Vergleich mit dem Verteidigungsressort ungleich komfortablere und interessantere Bundesinnenministerium übernommen – als erster Bayer seit Friedrich Zimmermann. Das öffnet der CSU die Möglichkeit, sich wieder als Partei der Inneren Sicherheit in Szene zu setzen, der eigentlichen Kernkompetenz der CSU.

Älteren Beobachtern kommen beim Stichwort Zimmermann die ausdauernden Kämpfe mit den FDP-Linksauslegern Gerhardt Baum und Burkhard Hirsch um die Kronzeugenregelung und die akustische Wohnraum-Überwachung in den Sinn. Nun heißt die FDP-Kontrahentin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (bei der CSU auch gern „Schmarrenberger“ genannt), und man dürfte sich ebenso erbittert streiten, diesmal über Sicherungsverwahrung für gefährliche Gewaltverbrecher und vor allem über die Vorratsdatenspeicherung, die die Polizei im Kampf gegen islamische Terroristen und schwere Internetkriminalität wie Kinderpornographie einsetzen will.

Eine erste Duftmarke hat Friedrich bereits gesetzt mit der ebenso simplen wie zutreffenden Feststellung, dass der Islam historisch nicht zu Deutschland gehört. Das sofortige empörte Wutgeschrei von SPD und Grünen, die sich in der Integrationsfrage nach wie vor in die Tasche lügen und vor der bitteren Wahrheit drücken, muss Friedrich wie Musik in den Ohren geklungen haben.

Anton Heinrich



Vom Jungstar durch Guttenberg (l.) zur zweiten Geige degradiert: Markus Söder (M.) dürfte vom Sturz des Freiherrn persönlich ähnlich profitieren wie Hans-Peter Friedrich und Horst Seehofer. Bild: pa

MELDUNGEN

»Galoppierende Noteninflation«

Hamburg – Der „Spiegel“ hat sich angesichts der Diskussionen über den Doktortitel von Ex-Minister Karl-Theodor zu Guttenberg über 200000 Noten und Hunderte von Promotionen aller Studienbereiche und Abschlussarten an Universitäten im Prüfungsjahr 2009 angeschaut, mit denen des Jahres 1997 verglichen und eine „galoppierende Noteninflation“ ausgemacht. So würden 86 Prozent der Promotionsprüfungen im Bereich Pharmazie mit der Note „gut“ oder „sehr gut“ bewertet, 83 Prozent bei der Chemie, 82 Prozent bei Informatik, 76 Prozent bei Geschichte, 75 Prozent bei den Wirtschaftswissenschaften und 63 Prozent bei den Rechtswissenschaften. *Bel*

Wandel contra Tradition?

Berlin – In der katholischen Kirche Deutschlands tobt seit Wochen ein heftiger Streit um ein Reformpapier unter dem Titel „Memorandum Kirche 2011“. Darin erheben rund 250 katholische Theologen, von denen über die Hälfte bereits im Ruhestand ist, altbekannte Forderungen nach einer Priesterweihe für verheiratete Männer oder Anerkennung homosexueller Partnerschaften. In der Gegenpetition „Pro Ecclesia“ (Für die Kirche) widersprachen über 400 Theologen ihren Kollegen, darunter zahlreiche prominente Publizisten, Bischöfe und Kardinäle. Sie warnten vor einer weiteren Auszehrung des christlichen Profils der katholischen Kirche. Viele der Forderungen, wie die Wahl von Pfarrern und Bischöfen durch das Kirchenvolk, seien im Übrigen bereits in den evangelischen Landeskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erfüllt, ohne dass der Glaubensschwund aufgehalten worden wäre. Zu Beginn der österlichen Bußzeit rief Papst Benedikt XVI. zu Umkehr, zu Gebet und verstärktem Bibelstudium auf. *H. E. B*

Wackliges Tandem

Kiel: Unklare Machtverhältnisse quälen SPD

In Schleswig-Holstein tritt die SPD bei der Landtagswahl 2012 mit einem neuen Spitzenkandidaten an. Dem SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner konnte bisher niemand in seiner Partei diese Rolle streitig machen. Stegner gefällt sich in der Rolle des rücksichtslosen Polarisierers. Das hatte dazu geführt, dass Ministerpräsident Peter Harry Carstensen 2009 die schwarz-rote Regierungskoalition auflöste. Seit der vorgezogenen Neuwahl regiert nun Schwarz-Gelb im Kieler Landtag. Stegners Verhalten wurde auch in Teilen der Landes-SPD missbilligt.

Der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig, SPD, gewann 2009 bereits im ersten Wahlgang die Wahl zum Stadtoberhaupt in der Stadt an der Förde. Er kam aus Berlin und war enger Mitarbeiter des damaligen SPD-Finanzministers Peer Steinbrück.

Die Frage des Spitzenkandidaten der SPD für die kommende Landtagswahl wurde in einer Mitgliederversammlung entschieden. Deutlich setzte sich Albig mit 56 Prozent gegen seinen Mitbewerber Stegner (32 Prozent) durch. Dies war ein markanter Hinweis darauf, dass die SPD-Basis Stegner nicht mehr viel zutraut. Dennoch hat Albig Stegner empfohlen, weiter Parteivorsitzender zu bleiben und bei der Neuwahl im nächsten Jahr erneut zu kandidieren. Im Landesvorstand sitzen mehrheitlich Stegner-Sympathisanten. Diese will Albig einbinden und damit die Gefahr einer Spaltung der Partei verhindern. Stegner hat im Gegenzug seine volle Unterstützung für Albig versprochen. In der Landes-SPD wurde diese Absprache kritisiert. Der frühere SPD-Innenminister Lothar Hay verkündete, nicht wieder für den Landtag zu kandidieren. Die Absprache Albigs mit Stegner sei nicht nachvollziehbar. Albig ist in einer schwierigen Situation. Das Votum der Parteibasis ist eindeutig. Es ist auch eine Abrechnung mit Stegner, den viele für das SPD-Tief verantwortlich machen. Der eigentliche Machtkampf in der SPD-Landespartei scheint noch bevorzustehen. Die Zahl der Zweifler ist groß, die noch nicht glauben, dass Albig und Stegner zu einem Tandem zusammen finden. *W. v. Gottberg*

> Spitzenkandidat Albig will Partei nicht spalten

Skandale: Wer bietet mehr?

»Weinkönigin« fordert »König Kurt« heraus – Beide Parteien haben Dreck am Stecken

Als SPD-Bundesvorsitzender war Kurt Beck der Gehetzte, doch nun betätigte er sich als Leitwolf bei der Treibjagd auf den CSU-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Seine Waffen waren Anständigkeit, Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit. Exakt diese Waffen können sich nun gegen „König Kurt“, 16 Jahre Ministerpräsident in Mainz, richten. Er und sein Kabinett werden seit Jahren von Skandalen erschüttert. Da verstößt ein Justizminister gegen Verfassungsrecht, da begünstigt ein Innenminister seinen Schwiegersohn, da werden etliche Millionen am Nürburgring in den Sand gesetzt, da wird ein unrentables Schlosshotel in Bad Bergzabern für Millionen restauriert. Das alles sind keine einsamen Plagiatsaffären eines adligen Studenten, das sind veritable Vergehen im Amt.

Wovon die SPD jedoch in Rheinland-Pfalz profitiert und was alle Prognosen so schwierig macht, das ist die Sündenliste der CDU. Sie betrifft zwar die Zeit vor Julia Klöckner, aber sie hat dieses harte Erbe zu schultern. Da sind die Billen-Affäre, die Hebgen-Affäre und vor allem die Böhr-Affäre. Da wurden aus der Fraktionskasse 400000 Euro entnommen, um den Wahlkampf 2006 zu bestreiten. Doch viel härter war das Bußgeld für die CDU. Dieses betrug 1,2 Millionen Euro. Die CDU musste ihre Parteizentrale verkaufen und ist praktisch pleite. Julia Klöckner, ehemals Deutsche Weinkönigin, steht mittellos da, verfügt über keine professionelle Beratung, hat keine PR-Agentur, ist auf sich selbst gestellt. Und in ihrem Kompetenzteam sitzen mit Heiner Geisler, Armin Laschet und Friedrich Merz keine „Aufreißer“ und einen Sieg garantierende Wahlmagneten.




Bilder: T. Wieck/dapd, C. Bilan/dapd

Kopf-an-Kopf-Rennen: Julia Klöckner gegen Kurt Beck

Gegen den populären Landesvater Kurt Beck wirbt die CDU mit dem inhaltslosen Slogan „Politik mit Zukunft“. Origineller ist da schon das Bild mit Julia Klöckner und dem Zusatz „Regieren ohne Bart“. Was ebenso die Entscheidung zwischen CDU und SPD erschwert, sind deren Wahlprogramme. Sie unterscheiden sich nur in Kleinigkeiten, sind praktisch austauschbar. Aber eine große Koalition ist nicht angesagt, eher wird es ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben. Beide Parteien werden knapp unter 40 Prozent an Stimmen bekommen. Ein Wahlergebnis scheint nach allen Umfragen ziemlich sicher: „König Kurt“ wird nicht mehr alleiniger Herrscher sein, die SPD ihre absolute Mehrheit im Landtag verlieren.

Bei der Suche nach einem Koalitionspartner – dafür kommen die Grünen, die Liberalen und die Partei „Die Linke“ infrage – ist die SPD in der komfortableren Situation. Sie liebäugelt zwar mit der FDP, doch deren Stimmen – die Schätzungen liegen bei sechs Prozent – werden nicht für eine Mehrheit im Parlament ausreichen. „Die Linke“ ist zu unbedeutend und wird es schwer haben, überhaupt die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. Als Koalitionspartner bieten sich die „Grünen“ an, die auf etwa elf Prozent Stimmenanteil hoffen. Ihnen sitzt der Schock der Bürgerschaftswahlen in Hamburg noch tief in den Knochen, wo sie zwar ein ordentliches Wahlergebnis einfuhren, doch auf die Oppositionsbänke verwiesen wurden.

Wenn für „König Kurt“ nicht noch ein Wunder geschieht, läuft in Rheinland-Pfalz alles auf eine rot-grüne Koalition hinaus. Er wird nicht mehr unumstrittener Alleinherrscher im Lande sein und sich künftig grüner Gängeleiversuche zu erwehren haben. Die SPD wird unter der Schuldenlast schwer zu tragen haben, die sie selber verursacht hat. Derweil kann sich die noch jugendliche Julia Klöckner in den kommenden fünf Jahren in aller Ruhe auf ihre Aufgabe als erste Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz vorbereiten.

Wolfgang Thüne

MELDUNGEN

Taxi statt Tabakplantage

Havanna – Die kommunistische Regierung Kubas will durch Massenentlassungen in Staatsbetrieben die Wirtschaft reformieren. Bis zum Ende dieses Monats sollten 500 000 Stellen dem Rotstift zum Opfer fallen. Die Entlassenen könnten in Kleinbetrieben arbeiten, zum Beispiel als Taxifahrer. Dass dies in einem Land, in dem eine Privatwirtschaft erst im Entstehen ist, nicht funktionieren kann, hat Präsident Raul Castro nun eingesehen. Dem Ministerrat erklärte er, dass sich die geplante Entlassung von Angestellten im staatlichen Sektor verzögere. Man könne die Menschen nicht einfach auf die Straße setzen. Betroffen wären praktisch alle Bürger. *MRK*

China bremst sein Wachstum

Peking – China will aus seinem rasanten Wirtschaftswachstum Tempo herausnehmen. Mit Subventionen und einer Kreditflut hatte Peking solch immense Investitionen in den Aufbau des Landes gepumpt, dass die Konjunktur überdrehte. Die Folgen sind Korruption, etwa bei der Eisenbahn, verschärfte Inflation und exorbitante Immobilienpreise. Der neue Fünfjahresplan sieht eine Systemumstellung vor. In den kommenden Jahren sollen nur noch 85 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, was bei 1,35 Milliarden Chinesen längst nicht ausreicht. In den vergangenen Jahren entstanden 102 Millionen neue Stellen. Jedes Jahr strömen 15 bis 20 Millionen Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, die vorwiegend in den Städten arbeiten wollen. Während Pekings Führung nach außen mit der zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde punktet, weiß sie, dass sie die Voraussetzungen für eine binnenmarktorientierte Wirtschaft schaffen muss. Gewerkschaften wurden bei der Planung nicht einbezogen. *MRK*

Häuptling am Pranger

Trotz durchaus vorhandener Erfolge blicken die Franzosen nur auf die Fehler der Sarkozy-Regierung

Nach aktuellen Umfragen des Instituts Harris interactive würde Marine Le Pen beim ersten Wahlgang der Präsidentenwahl 23 Prozent der Stimmen erreichen, während der potenzielle Kandidat der Linken, Dominque Strauss-Kahn, bei 23 Prozent läge und der regierende Präsident Nicolas Sarkozy nur noch bei 21 Prozent. Warum wendet sich Frankreich so massiv von seiner Regierung ab?

Zwei Fakten beherrschen den politischen Horizont in Frankreich: der Aufstieg der Marine Le Pen, der frisch gekürten Vorsitzenden der konservativen und oppositionellen Nationalen Front (FN), die seit dem letzten Wochenende in der Wahlgunst der Franzosen den heutigen Staatspräsidenten Sarkozy überholt hat und damit die Fortsetzung der neogaullistischen Republik nach 2012 in Frage stellt; und die in den letzten Monaten sturmflutartige Verbreitung der Philippika des alten Diplomaten Stéphane Hessel „Empört Euch“ („Indignez-vous“), die eine verkaufte Auflage von über einer Million in Frankreich erreichte, von einem guten Absatz für die deutsche und die englische Übersetzung ganz abgesehen.

Rechts außen bringt also die erstarkte FN die neogaullistische Mehrheit ins Wanken. Links außen zersetzt die stringente Kritik eines Sonderlings die vorherrschende liberale Weltanschauung und pocht auf die soziale Ungerechtigkeit der Postkrisen-Gesellschaft. Egal, wie man dazu steht, muss man diese Vorzeichen einer Wende ernst nehmen. Das tut sicherlich auch der derzeitige Herr des Elysée-Palastes, Staatspräsident Nicolas Sarkozy. Trotz aller politischen Inszenierung und trotz aller Reformbemühungen seitens der Regierung sind die Risse an den geistigen Mauern sichtbar geworden. Was ist denn faul im Reiche Sarkozys? Die berühmte Frage Hamlets ist aktuell.

Die Krise hat Sarkozy einen Strich durch die Rechnung gemacht. Frankreich hat sie nicht so gut wie Deutschland überwunden. Das Ziel ist hin, die Produktivität der Industrie und den Arbeitsfleiß der Franzosen aufzuputschen sowie Lebensstandard und Wohlstand zu heben. Es wäre müßig, die lange Liste der Schwachstellen aufzuführen, angefangen mit dem Außenhandelsdefizit, mit der Erweiterung der Einkommensunterschiede und der Erosion des Mittelstandes, mit der in Europa höchsten Jugendarbeitslosigkeit, mit der Vermehrung der Obdachlosen und der Zunahme der Verbrechen in den vorwiegend von Migranten bewohnten Vororten sowie mit geplünderten, tief defizitären Sozialkassen. Ganz zu schweigen vom irren Höhenflug der französischen Immobilienpreise. Hinzu kommt jetzt der Verlust der Traditionspartner in den arabischen Staaten am südlichen Ufer des Mittelmeeres. Es wird für den neubestellten, wenn auch erfahrenen Altaußenminister Alain Juppé nicht einfach sein, die französische Außenpolitik neu auszurichten und die bekannte „arabische Politik“ Frankreichs fortzusetzen.

Die Staatsmacht wirkt wie abgebrannt. Keiner erinnert daran, dass Sarkozy als erster die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und andere zur Eindämmung der Krise aufgerufen hatte und das Schlimmste verhütete. Er zog keine Sympathiepunkte daraus, dass er und sein Premierminister François Fillon gegen einen anhaltenden Straßen- und Streikaufstand der Gewerkschaften und linken Parteien im letzten Herbst die Rentenreform durchsetzten. Sonstige Reformen werden verschwiegen, darunter die Einführung der Hochschulautonomie und die Rentenangleichung im Privat- und Staatssektor. Vergessen werden die Abschaffung der Körperschaftssteuer zur Entlastung der Betriebe, die drastische Reduzierung der in Europa höchsten Zahl von Staatsbediensteten, der verbesserte Stand der Opposition im Parlament, um die öffentliche Debatte zu stärken, die demokratische Erweiterung von Volksabstimmungen. Hinzu kamen Verschärfungen des Strafgesetzbuches und eine Neugestaltung der Gerichtsbarkeit. Der Wille des Volkes wird durch die Einführung von Geschworenen in Strafprozessen hörbar gemacht. Um die Jahrtausendwende erschienen in Frankreich mehrere Bücher über die Dekadenz der Grande Nation. Nach den „Bummelpräsidenten“ Francois Mitterrand und Jacques Chirac weckte der Aktivist Sarkozy neue Hoffnungen. Damit ist es jetzt vorbei. Pessimismus macht sich breit.

Egal, was der Häuptling der Franzosen tut, er steht am Pranger. Man diskutiert in Frankreich nicht mehr über Ideen und Programme, sondern über Personen, deren Missgriffe und Verfehlungen die Medien füllen und Gerichte beschäftigen (in dieser Woche steht Ex-Präsident Chirac vor Gericht), was natürlich das Vertrauen zwischen Regierenden und Regierten unterhöhlt. Zielscheibe Nummer 1 der Karikatur ist nach wie vor Sarkozy. Er hat in einem großen Fernsehinterview im letzten Herbst mit überzeugenden Beispielen von Desinformation den Journalisten die Leviten gelesen. Jetzt rechnen sie mit ihm ab. Sie beschuldigen den begnadeten Anwalt und virtuosen Redner Sarkozy, schlechtes Französisch zu sprechen, was in Frankreich als höchste Sünde gilt. Man nennt ihn „der Kleine“ – nicht etwa wegen seiner geringen Körpergröße, sondern in Anspielung auf den ewigen Verlier Napoleon III. (1852–1870), der ebenfalls als „Napoleon der Kleine“ bezeichnet wurde. Außer eben der FN und den Neomarxisten und Grünen traut sich keine Partei mehr in Frankreich, Klartext zu reden. An tradierte Werte erinnert kaum jemand aus Angst vor einem Gerichtsverfahren. Man will nicht wie der konservative Journalist Eric Zemmour deswegen verurteilt werden. So bahnt sich eine vorrevolutionäre Stimmung einen Weg. Vor einem Monat fragte der Autor dieser Zeilen Sarkozys engsten Freund Brice Hortefeux, damals noch Innenminister, ob denn der letzte moralische Wert, woran die Franzosen glauben, die „Entrüstung“ sei und ob Frankreich unregierbar werde. Er gab zu erkennen, dass das Pamphlet von Stéphane Hessel geschadet hat.

Das 30 Seiten lange Traktat von Hessel ist eine kommerzielle Glanzleistung des linken Verlagswesens. Das kleine Machwerk surft auf der Zornwelle der Wutbürger. Als Sohn des polnisch-jüdischen Grandbourgeois aus Paris, Franz Hessel, und der Berlinerin Helen Grund in Berlin 1917 geboren, von seiner versponnenen Mutter extrem antiautoritär erzogen und verwöhnt, beteiligte sich Hessel am französischen Widerstand gegen die Wehrmacht, wurde 1944 festgenommen, gefoltert und entging in Buchenwald nur knapp dem Tod. Nach dem Krieg war der Linksgaullist und Salonmarxist französischer Diplomat. Die Lösungen, die er in seinem Büchlein vorschlägt, sind dem kollektivistischen und marxistischen Programm des damaligen Widerstandes entlehnt. Genau das braucht das überzentralisierte und dirigistische Frankreich nicht. In Osteuropa führte dieses Patentrezept zur Katastrophe. *Jean-Paul Picaper*






Bilder (3): pa (2), M. Gottschalk/dapd

Noch hat Sarkozy Zeit, zu überzeugen: Le Pen (l.) und Strauss-Kahn (r.) profitieren vom Unmut der Franzosen.

»Aliens« in Europa

Baltische Minderheitenpolitik in der Kritik

Es ist beschämend“, wetterte Russlands Außenminister Sergej Lawrow auf einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrats Ende Februar in Genf. Er kritisierte scharf, dass die einschlägigen Empfehlungen des Europarats, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des UN-Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierung von Estland und Lettland in Bezug auf die Problematik der staatenlosen Menschen in ihren Ländern nicht umgesetzt wurden.

In Lettland leben knapp 400 000 Staatenlose, etwa 17 Prozent der Bevölkerung. Es sind Bürger, die seit der Unabhängigkeit Lettlands von der Sowjetunion ihre Staatsbürgerschaft verloren haben. Davon betroffen sind vor allem Kinder ethnischer Russen, die nicht automatisch die lettische Staatsbürgerschaft erhalten, auch wenn sie dort geboren wurden. Selbst wenn die Eltern bereits eingebürgert sind, können sie die lettische Staatsbürgerschaft nicht automatisch an ihre Kinder vererben. Sie muss erworben werden. An den Erwerb sind Prüfungen der Sprach- und weiterer Kenntnisse über das Land geknüpft. Weil die Sprachtests als zu schwer empfunden werden, teils aber auch aus Desinteresse oder prinzipiellem Widerwillen, bleiben viele lieber ohne Staatsbürgerschaft. Die Staatenlosen erhalten einen „grauen Pass“, mit dem sie sich inzwischen wie alle anderen EU-Bürger auch innerhalb der Europäischen Union bewegen dürfen. Ein Ärgernis bleibt allerdings: In der englischen Übersetzung werden sie als „alien“ (Fremder) bezeichnet.

Region Südtirol als positives Beispiel

Das Problem beschäftigt in Lettland vor allem russischsprachige Gemeinden, deren Situation sich verschlechtert hat. Dass eine positive Lösung nach italienischem Vorbild möglich ist, glaubt Konstantin Matwejew, Dozent an der juristischen Fakultät an der Baltischen Internationalen Akademie. Die Autonomen Provinzen Trient-Trentino und Bozen-Südtirol sind die einzigen italienischen Provinzen, die mit Gesetzgebungsfunktionen ausgestattet sind und ihre Verwaltung und Finanzierung selbst gestalten. Die deutsche Sprache gilt in dieser Region gleichberechtigt neben der italienischen, Deutsch darf in allen staatlichen Einrichtungen verwendet werden. Ruhe und Zufriedenheit waren die Folge dieser Politik. *M. Rosenthal-Kappi*

Neo-osmanische Ambitionen

Ob EU, Kaukasus, Nahost oder Balkan: Die Türkei weitet ihren Einfluss stetig aus

Erdogan ante portas – und von Berlin bis Nordrhein-Westfalen ärgerte man sich, dass der türkische Ministerpräsident bei seinem Besuch in Düsseldorf die in Deutschland lebenden Türken mit „meine Staatsbürger, meine Leute“ anredete. Seine Absage an eine echte Integration seiner Landsleute in Deutschland passt zu türkischer Abwendung von Europa. Gegen einen EU-Beitritt sind gegenwärtig 62 Prozent der Türken, 2004 waren 75 Prozent dafür. Dafür, dass die Regierung Erdogan offiziell den Beitritt noch immer verfolgt, erpresst sie die Europäische Union, die die Türkei enger an sich binden will: Ende Januar hatte die EU mit der Türkei ein Abkommen zur Rücknahme illegaler Immigranten ausgehandelt, das diese nur anwenden will, wenn die EU die Visumspflicht für Türken aufhebt.

So etwas empfindet mancher als neo-osmanische Dreistigkeit, doch ist es Reflex einer neuen Außenpolitik, die Ahmet Davutoglu, seit 2003 Erdogans Chefberater und seit Mai 2009 Außenminister, zielstrebig betreibt. Dieser charismatische Politiker hat der Türkei ein Konzept von beeindruckender Schlüssigkeit verordnet: Sie soll „in Europa europäisch und im Orient orientalisch sein, denn sie ist beides“. Als Türkei kann sie bei Turkvölkern aktiv werden, als islamischer Staat in der islamischen Welt und als Erbin des Osmanischen Imperiums in dessen einstigen Balkanprovinzen.

Der Erfolg dieses Konzepts verblüfft. Mit Russland hat die Türkei keine politischen Probleme, pflegt einen profitablen Außenhandel und projektiert gemeinsame Öl- und Gaspipelines. Die rohstoffreiche Ex-Sowjetrepublik Aserbaidschan ist längst der „kleine Bruder“ der Türkei. Selbst Armenien, den Türken wegen ihres Genozids 1915/16 noch immer spinnefeind, erkennt türkische Bemühungen um Entspannung an, die zu einem „kaukasischen Pakt für Stabilität und Zusammenarbeit“ führen könnten.



Schlaue Strategen: Davutoglu (l.) und Erdogan

Bei den Arabern hat die Türkei traditionell ein verheerendes Image. Das hat die Türkei bislang als Neid interpretiert, weil arabische Despotien den türkischen Weg zu einer laizistischen Demokratie nicht nachgehen konnten. Nur die Türkei konnte Kontakte zu Iran, Syrien, Jordanien pflegen, ohne als islamisches „Leichtgewicht“ fundamentalistisch vereinnahmt zu werden. Jetzt wanken die Des-poten, was den „Wert“ der Türkei erhöht – als Vermittler oder in anderen Rollen, die ihr niemand zugetraut hätte – stets die eigene Islaminterpretation im Gepäck.

Der Balkan ist für die Türkei ein Heimspiel. Von 1393 (Bulgarien) bis 1912 (Makedonien) waren die Osmanen dort präsent, aber mit Beifall wurde bedacht, was Minister Davutoglu 2010 in Sarajewo sagte: „In der Türkei leben mehr Bosnier als in Bosnien und mehr Albaner als in Albanien. Wir wollen eine neue Balkanregion, basierend auf gemeinsamen Werten, ökonomischer Kooperation und kultureller Harmonie. So war der ottomanische Balkan, den wir erneuern wollen.“ Von dieser Vision will selbst die EU profitieren, die ihren Hohen Bosnien-Repräsentanten nach Ankara schickte, um sich türkische Hilfe für das zerrissene, zerstrittene Bosnien zu sichern.

Der Berliner Politologe Dusan Reljic hat das neue türkisch-balkanische Verhältnis „Bündnis der Abgelehnten“ genannt – alle sind von der EU abgelehnt und proben nun den Schulterschluss. Nach wie vor kommen 80 Prozent der Hilfen und Investitionen von der EU, aber türkische Aktivitäten sind rascher, gezielter. Die Türkei investiert in „strategische Sektoren“ – Telecom, Flughäfen, Banken –, sie bevorzugt religiöse und kulturelle „Verwandte“ (Bosnien, Albanien, Kosovo), und wenn sie denen Länder wie Rumänien und Serbien vorzieht, dann mit klaren Worten: Eine Wirtschaftsruine wie das Kosovo bekommt verbalen Kredit, aber keinen monetären. Anders Makedonien, Heimat von Staatsgründer Kemal Atatürk, das großzügig unterstützt wird, ökonomisch und vor allem politisch: Makedoniens EU- und Nato-Karriere wird von Griechenland blockiert, wogegen die Türkei opponiert.

Aber auch türkische Bäume wachsen nicht in den Himmel, zumal das Land grotesk überschätzt wird: Angeblich 17. Platz in der Weltwirtschaft, zwölf Prozent Wachstum 2010, 2023 (zum 100. Staatsgeburtstag) sogar als führende Macht in Europa gepriesen. Tatsächlich ist das Land hoch verschuldet, im Außenhandel hochdefizitär, mit zu vielen Arbeitslosen und Analphabeten belastet und unfähig zu echten Reformen in Verfassung und Wirtschaft. *W. Oschlies*

Begehrtes Kapital bald teurer?

Euro-Rettung schon jetzt ein fragwürdiges Projekt – IWF empfiehlt vor allem Stärkung des Finanzsektors

Während die Euro-Staaten, allen voran Deutschland, fleißig geliehene Milliarden in die Rettung von eigentlichen Pleitestaaten wie Griechenland und Irland pumpen, droht die Ära des billigen Geldes sich auch ohne Zutun der Politik zugeneigten Zentralbanken dem Ende zuzuneigen.

„Die Experten haben uns gerade wieder attestiert, dass das Land seine Schulden tragen kann“, beruhigte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wenige Wochen vor dem Gipfeltreffen der 17 Euro-Staats- und -Regierungschefs in Brüssel die Deutschen. Wer diese Experten sind, behielt er aber für sich. Hans-Werner Sinn kann er nicht meinen, denn der ist schon lange gegen die Art und Weise der Euro-Rettung. Der Großinvestor Pimco hat bereits offen zu

Deutschland rettet Athen – und vor allem deutsche Banken

bekennen gegeben, dass er nicht glaubt, dass Griechenland um eine Teilinsolvenz herumkommt. Und die Ratingagentur Moody's hat dieser Tage erst wieder die Kreditwürdigkeit Griechenlands heruntergestuft, und zwar gleich um drei Stufen auf B1, also auf Ramsch-Niveau von Ländern wie Bolivien und Weißrussland.

Doch der deutsche Finanzminister mahnt unverdrossen die Solidarität der Deutschen an und verweist darauf, dass der deutsche Beitrag im Falle der zu erwartenden Aufstockung des Euro-Rettungsschirmes zwar ein wenig steigen würde, also noch mehr als die bereits ohnehin schon zugesagten 140 Milliarden Euro, aber „wir investieren in unsere gemeinsame Währung, die wir damit sichern. Das rechnet sich – gerade auch für Deutschland“.

Ganz Unrecht hat er mit der Aussage nicht, denn sollte sich der jetzt beschrittene Weg der Euro-Rettung als falsch erweisen, müsste man zu Plan B übergehen: einen sogenannten „Haircut“. Das würde bedeuten, dass alle Gläubiger Griechenlands auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssten und somit hätte Deutschland die Euro-Krise mitten im eigenen Land. Denn zahlreiche Bilanzen deutscher Banken und Versicherer sind voll mit noch unabgeschriebenen Anleihen der Risikoländer. Plan B bei der Euro-Rettung würde also eine Bankenrettung Teil II nach sich ziehen.

Das weiß auch der Internationale Währungsfonds (IWF), der im Vorfeld der verschiedenen Euro- und EU-Gipfel im März bereits eine beträchtliche Stärkung des Finanzsektors anlässlich der Euro-Rettung empfohlen hat.

Abgesehen von dem Umstand, dass selbst ein Verzicht der griechischen Geldgeber auf 30 Prozent ihrer Forderungen laut der Brüsseler Denkfabrik Bruegel im besten Falle dazu führen würde, dass Athen im Jahr 2034 den vom Maastricht-Vertrag erlaubten Schuldenstand von 60 Prozent erreichen würde, fragt sich, wo das Kapital für die dann erneute Bankenrettung herkommen soll. Auch Deutschlands Bonität ist irgendwann erschöpft, zumal das Land in den letzten Jahrzehnten schon selbst genug Schulden aufgehäuft und interne Probleme hat. Zwar hält die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen derzeit noch niedrig, doch die zunehmende Angst vor einer Inflation hat selbst dort zu der Einsicht geführt, dass man demnächst Zinsen erhöhen müsste, selbst wenn dies einen höheren Schuldendienst für die Staaten bedeuten würde.

Außerdem hat das McKinsey Global Institute für das „Manager Magazin“ errechnet, dass sich Kapital in den nächsten Jahren bereits unabhängig von der Politik der Notenbanken verteuern dürfte. So dürfte die Nachfrage nach Kapital in den nächsten Jahren weltweit steigen. Neben den stark überschuldeten Staaten, die Geld nachfragen, werden auch Banken weltweit wegen der 2013 schrittweise in Kraft tretenden verschärften Eigenkapitalregeln Basel III mehr Kapital benötigen. Zudem würden wachsende Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien, aber auch Russland interessante Investitionsmöglichkeiten bieten, die Gelder zu attraktiven Renditen an sich ziehen.

Gleichzeitig, so die McKinsey-Experten, würden aber die alternden Gesellschaften des Westens statt Kapital neu zu schaffen, das angesparte im Ruhestand verzehren, so dass die nationale Sparquote, so denn überhaupt vorhanden (siehe USA, Großbritannien), sinken wird. Auch für China wird davon ausgegangen, dass derzeitige gesamtwirtschaftliche Sparquoten von bis zu 50 Prozent der Vergangenheit angehören werden. Doch eine steigende Nachfrage nach Kapital bei einem gleichzeitig sinkenden Angebot hat zur Folge, dass Geld künftig teurer wird, sprich, die Zinsen unabhängig von irgendwelchen Leitzinsen steigen. So wird dann Kapital nur noch jenen zur Verfügung stehen, die attraktive Renditen bieten beziehungsweise in der Lage sind, höhere Zinsen zu zahlen.

Angesichts der jetzigen, trotz 750 Milliarden Euro schweren Ret-

Europas Steuerzahler als Pfand, um das die USA es beneiden

tungsschirms, unbewältigten Euro-Krise lässt sich vermuten, dass im nahenden Verteilungskampf ums Kapital spätestens dann Länder mit B1-Rating wie Griechenland keine Geldgeber mehr finden werden. Auch dürfte es den deutschen Steuerzahler kaum trösten, dass der US-Wirtschaftshistoriker Barry Eichengreen Europa mehr Handlungsspielraum einräumt als den ebenfalls überschuldeten USA. Zwar lägen die derzeitigen Schulden der Vereinigten Staaten mit 90 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nur knapp über dem europäischen Durchschnitt, aber die Steuereinnahmen der US-Bundesregierung seien mit 19 Prozent deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 40 Prozent. Im Gegensatz zu Europa sei keine Partei in Washington in der Lage oder überhaupt Willens, über wesentliche Steuererhöhungen nur zu reden, womit sie jegliches Vertrauen der Geldgeber bezüglich der US-Zahlungsbereitschaft verspielen würden. *Rebecca Bellano*

Bald nicht mehr so günstig zu haben?: Das McKinsey Global Institute prognostiziert für die nächsten Jahre eine steigende Nachfrage nach Kapital bei gleichzeitig sinkendem Angebot.

Foto: Bildagentur online

KURZ NOTIERT

Einstieg in die Transferunion: Im Zuge der Haushaltsplanungen für die Jahre 2014 bis 2020 hat die EU-Kommission erneut den Vorschlag vorgebracht, Infrastrukturprojekte durch eigene Anleihen der EU zu finanzieren. Der Vorschlag wird durch Kommissionspräsident José Manuel Barroso unterstützt, obwohl dies ein Verstoß gegen das Kreditaufnahmeverbot der EU wäre. Bis 2020 rechnet die Kommission allein bei den europäischen Energienetzen mit einem Bedarf von 1,1 Billionen Euro. *N. H.*

Baumwollmarkt im Aufruhr: Seit Anfang letzten Jahres ist der beliebte Textilrohstoff um 140 Prozent teurer geworden. Das hat verschiedene Gründe. Zum einen ist die Nachfrage aus China enorm, das Land hortet den knappen Rohstoff bereits, zum anderen haben schlechte Ernten in Anbauländern wie Pakistan dazu geführt, dass die Nachfrage höher ist als das Angebot. Die Verknappung ist aber auch eine Folge vergangener Jahre. Weil 2004 der Preis für Baumwolle zu niedrig war, bauten die Hersteller lieber Getreide an. *MRK*

Energie-Alarm in Spanien: Nach drei Jahren Rezession sollte Spaniens Wirtschaft im zweiten Halbjahr 2011 nach EU-Schätzung endlich minimal wachsen. Nun jedoch gefährdet der rasant gestiegene Ölpreis diese Hoffnung. Daher hat Madrid die „Energie-Alarmstufe 1“ ausgelöst. Sie beinhaltet ein Tempolimit von 110 Stundenkilometern auf den Autobahnen, Reduzierung des staatlichen Fuhrparks um 50 Prozent und Einsparungen bei der Beleuchtung und der Klimatisierung öffentlicher Gebäude. Ab Alarmstufe 2 darf der Strom zeitweise abgeschaltet werden. *H. H.*

Große Freihandelszone in Afrika? Von den 53 afrikanischen Ländern wollen sich 26 zu einer Freihandelszone zusammenschließen. Dies ist das Ergebnis einer jetzt in Namibia zu Ende gegangenen Tagung. Die bislang existierenden drei Zonen haben allerdings noch keine spürbare Anhebung des Handelsvolumens gebracht. Von dem neuen Pakt wird eine Steigerung vor allem des Binnenhandels um bis zu 50 Prozent erwartet. *J. F.*

EU-Richtlinien mit Pleitegarantie

Die Regelungen zum Verbraucherschutz sollen innerhalb der EU neu geregelt werden

Sollte ein jetzt bekannt gewordener Richtlinienentwurf des sogenannten EU-Parlaments zu geltendem Recht werden, wird sich der Versandhandel über das Internet für viele Unternehmer zu einem kaum kalkulierbaren Risiko entwickeln. Der Entwurf sieht für Internethändler die Pflicht vor, zukünftig in alle 27 EU-Länder zu liefern. In Deutschland könnte die geplante Regelung flächendeckende Geschäftsaufgaben kleinerer Unternehmer nach sich ziehen.

Der Kernpunkt des Entwurfs, über den im EU-Parlament im März abgestimmt werden soll, der Zwang für Internet-Versandhändler, ihre Ware EU-weit anzubieten, entpuppt sich bei Betrachtung der möglichen Folgen als programmiertes Desaster. Mit der Regelung wird die bisher bestehende Vertragsfreiheit völlig ausgehebelt. Da die Harmonisierung der verschiedenen nationalen Verbraucherrichtlinien gescheitert ist, werden Händler durch die geforderte Pflicht zum europaweiten Versand gezwungen, ihre Geschäftsbedingungen auf jedes der beteiligten Länder auszurichten. Diesen Aufwand – rechtssichere Geschäftsbedingungen für 27 Länder, Sprachversionen sowie Kundendienst – kann nur noch von großen Anbietern bewältigt werden. Für die Mehrzahl kleinerer Händler wird die Regelung das sichere Aus bedeuten. Das wird auch vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag so gesehen. Das Bundeswirtschaftsministerium hofft noch darauf, dass Änderungen an dem Entwurf möglich sind. Für deutsche Unternehmer liegt eine zusätzliche Gefahr erstaunlicherweise im deutschen Rechtssystem. Bei Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht kann durch Mitbewerber – demnächst aus der gesamten EU – eine Aufforderung zur Unterlassung, eine Abmahnung veranlasst werden. Der Abgemahnte hat die Anwaltskosten zu tragen, die häufig Tausende Euro betragen – eine Regelung, die es so in keinem anderen EU-Land gibt. Nur in Deutschland können Anwälte derart schnell und leicht die hiesigen Händler zur Kasse bitten, selbst bei Bagatell- und Formfehlern. Der zukünftige Wust von Geschäftsbedingungen wird dieses Risiko noch erhöhen.

Händler sollen in alle EU-Länder liefern – Aufwand unkalkulierbar

Obwohl von der Politik regelmäßig behauptet wird, dass das Internet ein rechtsfreier Raum sei, ist das Gegenteil richtig. Für viele Anbieter ist es ein juristisches Minenfeld, das Risiko unbeabsichtigt Fehler zu machen, ist hoch. Im Jahr 2007 hat zum Beispiel das Bundesjustizministerium ein Muster für Allgemeine Geschäftsbedingungen veröffentlicht. Händler, die diesen Entwurf verwendet hatten, wurden erfolgreich abgemahnt. Wenn selbst die Juristen des Bundesjustizministeriums scheitern, kann man sich die Folgen für Unternehmer vorstellen, die demnächst ihre Ware innerhalb der ganzen EU anbieten müssen. In Umfragen geben 40 Prozent der deutschen Internethändler an, sich in der wirtschaftlichen Existenz durch Abmahnungen gefährdet zu sehen.

Der Richtlinienentwurf für das EU-Parlament ist derartig unausgegoren, dass man vermuten kann, dass die Schaffung weiterer Institutionen, zum Beispiel einer EU-Verbrauchergerichtsbarkeit und damit ein weiterer Ausbau der EU in Richtung Staatlichkeit, bereits fest eingeplant ist. Wie sieht es zum Beispiel aus, wenn ein deutscher Kunde eine Zahlungsaufforderung eines auf Sizilien beheimateten Versandunternehmens erhält, oder den Mahnbescheid eines bulgarischen Gerichts für angeblich gelieferte Ware? Wie macht ein deutscher Händler Forderungen an Kunden für Lieferungen nach Rumänien geltend? Bei den Mängeln in der Korruptionsbekämpfung in einigen EU-Ländern kann man sich die absehbaren Folgen und Möglichkeiten, die sich der organisierten Kriminalität bieten, vorstellen. Die Risiken und den Mehraufwand durch das neue Verbraucherrecht werden nur noch internationale Großunternehmen schultern können – was sich langfristig auch am Preisniveau zeigen wird. Bereits die Freigabe von Verpackungsgrößen durch die EU im Jahr 2009 hat sich für die Verbraucher in teilweise drastischen Preiserhöhungen niedergeschlagen. Nach dem EU-Parlament muss den Richtlinien zum Verbraucherrecht noch der Europäische Rat zustimmen. Dass dort mehr ökonomischer Sachverstand als in Straßburg vorhanden ist, darf bezweifelt werden. *Norman Hanert*

Technologieklau

China setzt Autobauer offen unter Druck

China verspricht deutschen Firmen zwar günstige Produktion und Zugang zu den prognostizierten Märkten der Zukunft, doch die Regierung in Peking ist eigen. Während das Land bisher vor allem als Meister beim Kopieren westlicher Technologie von sich reden machte, ist Peking der Weg der Industriespionage inzwischen zu anstrengend geworden. Jetzt verlangt es ganz offen Wissen für den Zugang zu den begehrten Märkten.

Wissen gegen Zugang zum Markt

VW erhielt für seine bisher mangelnde Kooperationsbereitschaft bereits die Quittung, denn die chinesischen Behörden verweigern den Wolfsburgern eine zugesagte Lizenz für den Bau eines Werkes in der südchinesischen Stadt Foshan. 2010 sollte der Bau des Werkes beginnen, so dass ab 2013 bis zu 300 000 Autos jährlich vom Band laufen sollten. Doch derzeit passiert nichts, denn VW weigert sich auf die Forderung, der chinesischen Autoindustrie unter die Arme zu greifen, einzugehen.

Peking verlangt, dass die ausländischen Konzerne vor Ort zusammen mit chinesischen Partnern eigene Marken entwickeln und beim Aufbau der Elektromobilität helfen. Natürlich sollen die Rechte für die Ergebnisse – anders als üblich – nun in China liegen.

Während Daimler klein beigab und zusammen mit dem chinesischen Batterie- und Autohersteller BYD Elektroautos entwickelt, wehren sich VW und BMW noch. Norbert Reithofer, Vorstandsvorsitzender von BMW, fürchtet gar, dass wenn man China gewähren ließe, andere Länder wie Russland oder Indien die Masche kopieren würden. Und bei VW ist man ratlos, wie man Peking entgegenkommen kann, ohne zu viel Wissen preiszugeben. Denn wer den dreisten Technologieklau nicht mitmachen will, dem bleibt nur, um den eigenen Wissensvorsprung zu wahren, ein älteres Modell als Billigvariante in China zu produzieren. Doch das wiederum könnte die Marke VW als Anbieter von Qualitätsprodukten gefährden. Im VW-Vorstand herrscht derzeit noch Ratlosigkeit, wie man den Wünschen Pekings entgegenkommen kann, ohne seine eigenen Interessen völlig zu verraten. *Bel*

Zu viel Einheit

Von Rebecca Bellano

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) nimmt derzeit für sich in Anspruch, die Interessen von 26 000 Lokführern zu vertreten und fordert für alle einen Einheitslohn. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – egal ob bei der Deutschen Bahn (DB) oder einem privaten Konkurrenten. Klingt verlockend. „Spiegel“-Lohn auch für *PAZ*-Redakteure? Selbstredend nicht, denn die *PAZ* spielt nun mal nach Auflage und Umsatz in einer anderen Liga als der „Spiegel“, genau wie die DB und der private Konkurrent Metronom. Orientierung an den Großen wäre der finanzielle Ruin vieler Kleiner.

Die DDR hat vor Augen geführt, zu was Einheitslöhne und Einheitsgewerkschaften führen können. Und abgesehen davon, das Wettbewerb ein bestimmendes Merkmal der Sozialen Marktwirtschaft ist, kann es nicht sein, dass eine Spezialgewerkschaft eine derartige Schlüsselposition inne hat, dass sie das ganze Land lahm legen kann.

Kirche 2011

Von Hinrich E. Bues

Die Äpfel in des Nachbars Garten wirken oftmals verlockender als die im eigenen. Katholische Kirchenkritiker forderten in den letzten Wochen im „Memorandum Kirche 2011“ Reformen ein, die in den protestantischen Landeskirchen bereits seit Jahrzehnten und mit zweifelhaftem Erfolg verwirklicht sind. Es geht um demokratischere Strukturen, die Emanzipation der Geschlechter, die Priesterweihe von Verheirateten, Frauen oder Homosexuellen. Auch acht CDU-Politiker erhoben in letzter Zeit ähnliche Forderungen.

Neu ist nun, dass die sogenannten Kirchenreformer seit Wochen mit Spott und Empörung von einer breiten Front von bekannten Publizisten, jungen Theologen und prominenten Kardinälen überzogen werden. Die Kritiker der Kirchenkritiker machen zu Recht darauf aufmerksam, dass die wirklichen Probleme der Kirche und damit die Lösungen woanders liegen: Der Glaubensschwund im Kirchenvolk, der sich vor allen im dramatischen Rückgang der katholischen Gottesdienstbesucher um rund 70 Prozent in den letzten 40 Jahren zeige, müsse angegangen werden. Hier könne eine linksorientierte Reformagenda nicht helfen. Statt unsinnige Strukturdebatten zu führen, solle man sich lieber auf das eigene Profil und „Kerngeschäft“, die Vermittlung des Glaubens, besinnen.

Das geschieht zu Beginn der diesjährigen Passionszeit und der österlichen Bußzeit anscheinend mit vertauschten Rollen. Während Papst Benedikt XVI. in seiner Fastenbotschaft protestantische Ratschläge – wie Bibelstudium, Gebet, Umkehr zu Jesus – empfiehlt, werben die Kirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) dafür, es „sieben Wochen ohne Ausreden“ zu versuchen. Von der täglichen Buße, der Umkehr zum lebendigen Gott, die einst Martin Luther als zentralstes Anliegen ins Spiel brachte, ist bei der EKD offenkundig nicht mehr die Rede.

Der Job-Hopper

Von Wilhelm v. Gottberg

Man liegt gewiss nicht falsch mit der Vermutung, dass es nicht ein Wunsch des bisherigen Innenministers Thomas de Maizière war, nunmehr das Verteidigungsressort zu übernehmen. Der Inhaber dieses Amtes nimmt Platz auf einem Schleudersitz. Der neue Verteidigungsminister ist ein treu ergebener Diener der Kanzlerin, der am Beginn ihres Aufstieges zum Kanzleramt ihr den Steigbügel gehalten hat. Thomas de Maizière hat 1990 seinem Cousin Lothar – dem ersten freigewählten Ministerpräsidenten der DDR – empfohlen, Angela Merkel in sein Regierungsteam als Pressemitarbeiterin aufzunehmen. Er selbst durfte 1990 ebenfalls als Berater in engen Zirkel um den Regierungschef Lothar de Maizière Platz nehmen.

Der neue Verteidigungsminister hat bisher zahlreiche öffentliche Ämter bekleidet. Nachhaltige Wirkungen konnte er kaum hinterlassen, schon aufgrund der Tatsache, dass er fast immer nur kurzfristig ein Amt bekleidete. 1985 bis 1989 war er in der Berliner Senatskanzlei als Leiter der Grundsatzabteilung und als Pressesprecher der CDU-Fraktion tätig. 1990 wirkte er beim Aufbau des Amtes „DDR-Ministerpräsident“ mit. Im November 1990 wurde er als Staatssekretär in das Kultusministerium nach Mecklenburg-Vorpommern berufen. Ab Dezember 1994 war er Chef der Staatskanzlei ebenfalls in Schwerin. Im Dezember 1998 wurde er in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Ab Oktober 1999 übernahm er die Leitung der sächsischen Staatskanzlei unter Ministerpräsident Kurt Biedenkopf. Im Januar 2001 sahen ihn die Deutschen im Amt des sächsischen Finanzministers, 2002 wurde er Justizminister und 2004 Innenminister in Dresden. Im November 2005 machte ihn seine Förderin Merkel – nunmehr Bundeskanzlerin – zum Bundesminister für besondere Aufgaben und zum Chef des Bundeskanzleramtes. Mit Beginn der schwarz-gelben Koalition 2009 wurde er Bundesinnenminister, nunmehr ist er Verteidigungsminister.

Für die Reform Zuständigen entlassen

Es muss offen bleiben, was den promovierten Volljuristen für das Amt des Verteidigungsministers besonders qualifiziert. Thomas de Maizière hat kein Charisma, er sucht – anders als sein Vorgänger – nicht die Öffentlichkeit. Der Verteidigungsminister steht aber mehr als die anderen Kabinettsmitglieder im Blick der Öffentlichkeit. Die Bundeswehr leistet Kriegsdienst. Mit der anstehenden Bundeswehrreform hat ihm sein Vorgänger eine extrem schwierige Aufgabe hinterlassen. Es ist klar, warum andere Kandidaten für die Besetzung des Verteidigungsressorts abgewunken haben.

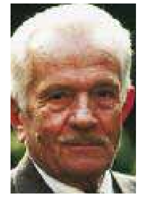
Ohne die rückhaltlose Unterstützung der Kanzlerin, der er wohl gewiss sein kann, muss de Maziére scheitern. Da hilft ihm auch nicht, dass er der Sohn des langjährigen Bundeswehrgeneralinspekteurs Ulrich de Maizière ist. Maizière ist evangelisch und Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Er gilt als intelligenter Strippenzieher, der besondere Fähigkeiten hat, hinter den Kulissen zu agieren. Die erste Amtshandlung des neuen Ministers: Entlassung des beamteten Staatssekretärs Walther Otremba. Diesem oblag der Vollzug der begonnenen Bundeswehrreform. Musste das sein?



Thomas de Maizière und der afghanische Innenminister Hanif Atmar in Kunduz im Gespräch: Immerhin ist der neue Verteidigungsminister bereits mit der Lage in Afghanistan ein wenig vertraut. Als Innenminister gehörte die Ausbildung der afghanischen Polizei mit zu seinem Aufgabenbereich.

Bild: pa

Moment mal!



Und was gehört außer dem Islam noch zu Deutschland?

Von Klaus Rainer Röhl

Ein Blick in die Geschichte lohnt sich. Ein schneller Sprung durch die Zeitmaschine ins Jahr 1957: Die von der deutschen Nachkriegsgeneration in kaum glaublicher Kraftanstrengung, mit Fleiß und Ideenreichtum im kleinen Rumpfdeutschland aus Trümmern und Schrott aufgebaute Wirtschaft brauchte billige Hilfskräfte für die groben Arbeiten beim Bergbau, in der Stahlindustrie, bei den Autofirmen. Man heuerte Gastarbeiter an: Italiener, Griechen, Spanier und Portugiesen, am Ende auch Türken, immer im Vertrauen auf deren Heimatliebe, die vor allem die türkischen Gäste zurück in ihre warme Heimat führen würde. Zeitverträge wurden geschlossen, die man irgendwann in ein Bleiberecht umwandelte (welcher Trottel war das?) und ein Recht auf Nachzug der Familie, der Omas und Opas, Onkel und Tanten und der restlichen Mitglieder der Großfamilie. Das war der Anfang vom Ende.

Es gab Leute, die warnten, aber sie wurden verspottet und von den guten Deutschen als Menschenfeinde beschimpft: „Man rief Arbeitskräfte – und es kamen Menschen!“ Uns kommen die Tränen. Klar waren die Gastarbeiter Menschen – niemand hat das bestritten. Aber die Türken waren auch Muslime.

Noch ein Sprung mit der Zeitmaschine und wir sind im Jahr 2011: 220 000 bis 300 000 türkische Muslime sitzen, mit einer hohen Wachstumsrate, bereits in Berlin und bilden in einigen Stadtteilen eigene Wohnbezirke mit eigener türkischer Infrastruktur. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, der auch betonte, der ihre zu sein, sprach denn auch vor kurzem in Düsseldorf nach seiner aufwiegelnden, desintegrierenden Rede vor drei Jahren in Köln noch deutlicher aus, was wir schon lange wussten und seit Thilo Sarrazins Buch nur noch besser und genauer schwarz auf weiß haben: Die Türken – und die arabischen Zugezogenen – denken gar nicht daran, sich zu assimilieren oder zu integrieren (beides ist gehupft wie gesprungen) wie alle bisherigen Einwanderer – Polen im Ruhrgebiet seit Ende des 19. Jahrhunderts, Italiener oder Griechen und Spanier und Portugiesen und viele andere. Die Türken sollen sich, so Erdogan, nicht anpassen, sie sollen Türken bleiben. Gerne sollen sie auf deutschem Staatsgebiet leben, wo es eine funktionierende Wirtschaft, also gute Jobs und eine vorzügliche Krankenversorgung und soziale Sicherungen gibt. Das schätzen sie sehr. Für die Unterhaltung am Abend gibt es eigene türkische Fernsehprogramme. Da freut sich Erdogan. Es sind seine Untertanen, sagte er bei seinem Staatsbesuch im erst teilweise eroberten Land.

Für Erdogan ist Deutschland auch ein erst teilweise erobertes Land

Das war nur „Wahlkampf“, möchte uns eine willfährige Presse einreden, der Mann sei etwas grob, aber meine es gut mit Europa. Erdogan, der mit Deutschland seinen viertgrößten Wahlbezirk nach Istanbul, Ankara und Antalya besuchte, machte mit seiner demonstrativ Kopftuch tragenden Frau Wahlkampf und rief seine Untertanen auf, Türkisch zu sprechen und zu denken. Und unser Bundespräsident behauptet ohne Angaben von Gründen der Islam gehöre zu Deutschland.

Finde ich aber gar nicht, sagte der neue Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und fragte den Präsidenten gleich in seiner ersten Pressekonferenz, wie er darauf komme, dass der Islam zu Deutschland gehöre? Gehört er dazu? Wir würden sagen: Noch nicht! Obwohl es immer das Ziel der türkischen Machthaber war, die Religion des Islam in Europa auszubreiten. Der Islam gehört zu Deutschland? Kurzer Geschichtsunterricht für die Redenschreiber des Bundespräsidenten: Es waren kinderreiche Nomaden im Inneren Asiens, die im 11. Jahrhundert in Kleinasien einfielen und sich dort häuslich einrichteten. Unter rivalisierenden Stämmen setzten sich schließlich die Osmanen durch. Seit dem 11. Jahrhundert Muslime geworden, suchten sie bald weitere Länder zu erobern. Im 14. Jahrhundert überschritten die Türken unter ihrem energischen Sultan Murad I. zum ersten Mal die Dardanellen. Byzanz (= Konstantinopel), nur zögerlich und mangelhaft unterstützt von Kaiser und Papst, hielt noch über ein Jahrhundert lang stand. 1453 fiel Konstantinopel.

1529 stehen die Türken vor Wien. Die Stadt wird gehalten, doch verliert Kaiser Karl V. einen großen Teil Ungarns. Europa tut sich schwer, eine gemeinsame Strategie gegen die Türken zu finden. Es dauert noch über ein Jahrhundert, bis nach der zweiten erfolglosen Belagerung Wiens 1683 und dem Sieg der vereinigten europäischen Heere am Kahlenberg im gleichen Jahr Prinz Eugen 1697 schließlich bei Zenta das türkische Heer vernichtend schlägt und den Frieden von Karlowitz (1699) erzwingt. Doch behält der Sultan alle seine balkanischen Eroberungen. Von ihnen werden Albanien und Bosnien (siehe Seite 6) zum Großteil islamisiert, in den übrigen Gebieten wird das orthodoxe Christentum geduldet, aber die türkische Besatzungsmacht regiert, teils mit geschmeidiger Diplomatie, teils mit großer Grausamkeit. Bis die Völker sich gegen die Muslime erheben. Als die Balkanländer ab 1821 eines nach dem anderen ihre Unabhängigkeit zurückerobert haben, bleibt nur der europäische Teil von Istanbul und ein vorgelagertes Stück Bauernland, Ostthrakien, türkisch. Die türkischen Anprüche, zu Europa zu gehören, gründen sich also auf den europäischen Teil der Großstadt Istanbul mit acht Millionen Einwohnern und drei ostthrakische Provinzen mit rund eineinhalb Millionen, also insgesamt rund zehn Millionen Einwohner. Der Rest der rund 72 Millionen Türken (Tendenz stark steigend) hängt an diesem europäischen Zipfel wie der Hund am Schwanz.

Kurze Geschichtsinfo: Der Islam hat mit Europa nichts zu tun!

Die Türkei in die EU? Kaum einer will das ernsthaft. Die USA aber wollen den Beitritt der Türkei zu Europa. Das Land soll ein „Bollwerk der Demokratie“ werden in einer sich radikalisierenden islamischen Welt. Eine Schnapsidee, wie viele Ideen aus den USA. Denn: Je ausgeprägter die parlamentarische Demokratie in einem islamischen Land ist, je freier die Wahlen, desto stärker wird oft der militante Islamismus. Nach den Wahlen kommen die Mullahs. Das zeigte sich im Iran und wird in den Ländern der sogenannten Facebook-Revolution nicht anders sein.

Was nun, Deutschland? Schaffen wir uns ab? Viele haben das Buch von Sarrazin gekauft, aber die Schreiber der linken Presse missverstehen Sarrazin gezielt, nachdem sein Erfolg nicht mehr aufzuhalten war. Alle reden und schreiben immer nur über Integration. Als gelte es nur, die Millionen türkischer Kinder möglichst früh in eine Kita zu bringen und Deutsch lernen zu lassen. Anstatt die Frage zu stellen, ob die Mehrheit der Deutschen die Türkei überhaupt in die EU aufnehmen will. Macht auf die Tür, die Tor macht weit? 20 Millionen arbeitslose anatolische Bauern und ihre Frauen, Mütter und Omas warten auf Europa. Wie die – integrierte oder nicht integrierte – Einwanderung zur gewaltlosen Landnahme wird, können wir in den Berliner Stadtbezirken Neukölln, Wedding und einem Teil von Kreuzberg besichtigen. Da hilft kein Prinz Eugen mehr. Aber der neue Bundesinnenminister Friedrich hat die von Sarrazin angestoßene Diskussion wieder auf den Punkt gebracht. Der islamistische Attentäter von Frankfurt, der zwei US-Soldaten ermordete und zwei weitere Menschen schwer verletzte, hat einen weiteren Beitrag zu dem Thema geliefert. Eine klare Absage der rot-rot-grünen Opposition und der türkisch-islamischen Seite an den militanten Islamismus steht aus. Stattdessen greift man den neuen Innenminister als Feind der „Migranten“ an. Doch die Frage, die er aufgeworfen hat, bleibt auf der Tagesordnung. Gehört der Islam zu Deutschland? Was noch alles?

Im Paradies der Malerei

Die Alte Pinakothek in München wird 175 Jahre alt – Große Sonderausstellungen geplant

Besser als in der Alten Pinakothek von München kann es der Kunstfreund kaum haben. Auf Schritt und Tritt begegnet er Meisterwerken der Malerei des 13. bis 18. Jahrhunderts. Es herrschen geradezu paradiesische Zustände: Die Gemälde von Dürer, Leonardo da Vinci, Rubens und vielen anderen alten Meistern vermitteln allerhöchste Kunstseligkeit.

Die auf Geheiß des bayerischen Königs Ludwig I. für den Kunstgenuss von Jedermann erbaute und am 16. Oktober 1836 eröffnete Pinakothek in München beherbergt eine der bedeutendsten Gemäldesammlungen der Welt. Zusammengetragen wurde sie im Auftrag des Königs und seiner Vorfahren aus dem Hause Wittelsbach. Nach dem Erlöschen verschiedener Familienzweige wurden deren bis dahin in den Residenzstädten Düsseldorf, Mannheim und Zweibrücken beheimateten Gemäldekollektionen um 1800 mit den kurbayerischen Beständen zu einer gewaltigen Sammlung vereint. Sie umfasst mehrere 1000 Gemälde, von denen rund 700 in der Alten Pinakothek ausgestellt sind.

> Die Sammlung umfasst mehrere 1000 Gemälde

Prachtstück der kleinen, aber feinen Abteilung altniederländischer Malerei ist Rogier van der Weydens „Columba-Altar“ (um 1455), der durch Detailrealismus in leuchtenden Farben besticht. Umfangreich wie nirgendwo sonst in Deutschland ist die Malerei von Peter Paul Rubens um sein sechs Meter hohes „Großes Jüngstes Gericht“ (1617) aufgereiht. Der Meister stellt sich mit seiner jungen Braut im grandiosen Ölbild „Rubens und Isabella Brant in der Geißblattlaube“ (1609) vor. Und in seinem Gemälde „Raub der Töchter des Leukippos“ (um 1617/18) paaren sich Dramatik und üppige Erotik. Auf Glanzstücke von Rembrandt folgen schließlich Meisterwerke der französischen und spanischen Malerei.

Im Jubiläumsjahr wartet die Alte Pinakothek mit Sonderausstellungen auf, deren Ausgangspunkt Prachtstükke der Galerie, die Geschichte der Sammlung oder ihrer Herberge sind. Das von Leo von Klenze entworfene Bauwerk ist eines der ersten in Deutschland, das als Museum konzipiert wurde. Im Zweiten Weltkrieg erlitt es schwere Bombenschäden. Der Wiederaufbau nach den Plänen von Hans Döllgast hat diese an der Fassade ablesbar belassen. Ab Juli werden historische Fotografien der Architektur gezeigt. Sie dokumentieren die einst mit Gold und Stuckreliefs geschmückten Decken der Säle und den Freskenzyklus, den Peter von Cornelius entwarf.



Jan Vermeer: Frau mit Waage (1662–1664) — Bild: Pinakotheken München

Das Museum beherbergt Hauptwerke der altdeutschen Malerei wie Stefan Lochners „Anbetung des Kindes durch Maria“ (1445) oder Albrecht Altdorfers „Alexanderschlacht“ (1529). Faszinierend ist Albrecht Dürer mit seinem „Selbstbildnis im Pelzrock“ (1500) und den beiden Tafeln der lebensgroß dargestellten „Vier Apostel“ (1526) vertreten.

Ab Juli werden unter dem Titel „Drunter und Drüber“ sechs prominente Werke der altdeutschen Malerei Seite an Seite mit Infrarotaufnahmen von ihnen präsentiert. So wird nach Jahrhunderten ans Licht gebracht, was der Künstler auf den Bildträger zeichnete, bevor er zu malen begann. Im März startet die Schau „König Max I. Joseph von Bayern (1756–1825) als Sammler alter Meister“. Der erste König von Bayern legte eine Privatsammlung von höchster Qualität an. Sein Hauptinteresse galt der holländischen Malerei des 17. Jahrhunderts, insbesondere den Landschaften und Genreszenen. Seine Kollektion wurde 1826 versteigert. Einige Werke wurden für die bayerischen Staatssammlungen erworben, andere kamen über Umwege in die Alte Pinakothek. Größter Verlust ist Jan Vermeers „Frau mit Waage“ (1662–1664). Für drei Monate wird die offenbar schwangere junge Frau, die gedankenverloren eine kleine Balkenwaage in der Rechten hält, aus Washington nach München zurückkehren.

Eine der glanzvollsten Museumsabteilungen ist die der italienischen Malkunst des 14. bis 16. Jahrhunderts. Die liebliche „Maria mit dem Kinde“ (um 1473) ist ein Frühwerk Leonardo da Vincis. Auf Sandro Botticellis „Beweinung Christi“ (um 1490) ist Maria von Trauer überwältigt in Ohnmacht gefallen. Eines der berühmtesten Gemälde der Sammlung ist Tizians packendes Spätwerk der „Dornenkrönung Christi“ (um 1570). Ebenso berühmt ist eine traute Szene im Freien: Raffaels „Heilige Familie aus dem Hause Canigiani“ (um 1505/06).

„Perugino – Raffaels Meister“ heißt der ab Oktober laufende Höhepunkt des Ausstellungsprogramms. Die Alte Pinakothek besitzt ein Hauptwerk Pietro Peruginos (wohl kurz nach 1450 bis 1523): „Die Marienvision des hl. Bernhard“ (um 1490/94). Andreas Schumacher, Kurator der ersten Perugiono-Schau außerhalb Italiens, berichtet: Das „Gemälde markiert als eine der frühen klassischen Altarbildinventionen des Meisters den Beginn seiner erfolgreichsten Schaffensperiode.“ Diese, geprägt von feierlich ernsten, von tiefer Empfindung beseelten Gestalten, steht im Mittelpunkt der Ausstellung. Die 30 kostbaren Leihgaben veranschaulichen in Malerei und Zeichnung Peruginos Schaffensspektrum: Religiöse Motive wie die „Madonna del Sacco“, das „Porträt des Franceso delle Opere“ und andere Bildnisse sowie mythologische Darstellungen.

Veit-Mario Thiede

Die Bayerische Staatsgemäldesammlungen: Alte Pinakothek, Barer Straße 27, München, ist dienstags von 10 bis 20 Uhr, mittwochs bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Sonderausstellungen 2011: „Vermeer in München: König Max I. Joseph als Sammler Alter Meister“, 17. März bis 19. Juni; „Schätze aus dem Depot, 17. März bis 15. Januar 2012; „Drunter und Drüber – Altdorfer, Cranach und Dürer auf der Spur“, 7. Juli bis 18. September; „Die Alte Pinakothek in historischen Fotografien“, 28. Juli bis 18. September; „Perugino – Raffaels Meister“, 13. Oktober bis 15. Januar 2012.

In Kürze

Tag des offenen Denkmals

Ab sofort kann man historische Baudenkmale zum Tag des offenen Denkmals am 11. September anmelden. Das teilt die Deutsche Stiftung Denkmalschutz in Bonn als bundesweite Koordinatorin der Aktion mit. In diesem Jahr steht der Denkmaltag unter dem Motto „Romantik, Realismus, Revolution – Das 19. Jahrhundert“. Gezeigt werden sollen die stilistische Vielseitigkeit, der rasante technische Fortschritt und der sich in der Architektur widerspiegelnde gesellschaftliche Wandel dieser Epoche – von der Romantik und ihrer am Mittelalter und Klassizismus orientierten Formensprache bis zum Beginn der Architektur der Moderne. Auch technische und industrielle Denkmale sowie die Anfänge der Archäologie im 19. Jahrhundert können Thema sein. Der Tag des offenen Denkmals ist der deutsche Beitrag zu den „European Heritage Days“ unter der Schirmherrschaft des Europarats. Mit ihm werden einmal im Jahr insbesondere selten oder nie zugängliche Kulturdenkmale einem breiten Publikum geöffnet. 2010 erlebten bundesweit rund 4,5 Millionen Besucher mehr als 7500 offene Denkmale. In ihrer Vielfalt zeigt die Aktion insbesondere das breite private und ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement für den Denkmalschutz. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel setzt der Tag des offenen Denkmals damit Jahr für Jahr ein wichtiges Zeichen für das starke Interesse der Menschen am gebauten Kulturerbe. Anmeldung unter www.tag-des-offenen-denkmals.de oder schriftlich bei der Stiftung. Anmeldeschluss ist der 31. Mai. Weitere Informationen zur bundesweiten Aktion und zum Motto: Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Schlegelstr. 1, 53113 Bonn, Telefon: (0228) 9091440, Fax: (0228) 9091449, E-Mail: toffd@denkmalschutz.de oder im Internet unter www.tag-des-offenen-denkmals.de.

PAZ

Vom Blitz getroffen

Martin Luther und die Stadt Erfurt

Man schrieb das Jahr 1501, als der 17-jährige Martin Luther ein Studium an der Universität in Erfurt aufnahm. Dort erwarb er vier Jahre später den Grad eines Magister Artium. „Ich war ein guter Schüler“, erinnerte er sich, „und meine Eltern machten sich viele Hoffnungen. Dann aber geschah etwas, was meinem ganzen Leben eine neue Richtung geben sollte. Am 2. Juli 1505 kam ich in ein furchtbares Gewitter. Ich hatte nur noch ein paar Stunden bis nach Erfurt zu laufen, als plötzlich ein gewaltiger Blitz so dicht neben mir in den Boden schlug, dass ich von dem Luftdruck mehrere Meter weit geschleudert wurde. Ich war so erschrocken wie noch nie und rief: Hilf, heilige Anna, ich will Mönch werden!“ Noch im selben Jahr trat Luther in das Augustinerkloster zu Erfurt ein und wurde 1507 durch den Erfurter Weihbischof Johann Bonemilch von Laasphe in der Kilianskapelle am Dom St. Marien zum Priester geweiht. 1510 hielt er nach akademischem Brauch im Auditorium coelicum, dem Festsaal der theologischen Fakultät im Erfurter Dom, seine Antrittsvorlesung. Ein Jahr später wechselte Martin Luther endgültig vom Erfurter in den Wittenberger Konvent. Er blieb der Stadt jedoch treu und kehrte auch später für kurze Aufenthalte gern zurück. Das Studium und der Klostereintritt trugen wesentlich zu seiner geistigen und geistlichen Prägung bei. „Die Erfurter Universität ist meine Mutter, der ich alles verdanke“, bekannte Luther 1513.

Martin Luther — Bild: Archiv

Wenn nun am 28. Mai, 19.30 Uhr, der Königsberger Domorganist Artyom Chatschaturow im Erfurter Dom ein Konzert gibt, zu dem auch alle Teilnehmer des Deutschlandtreffens der Ostpreußen eingeladen sind, dann wird der eine oder andere zugleich Gelegenheit finden, an den großen Reformator aus Wittenberg zu denken.

os



Schreiben gegen das Vergessen

Der Schriftsteller Siegfried Lenz begeht seinen 85. Geburtstag

Man wird den Erkenntniswert von Herders Gedanken begreifen, wenn man sieht, wie sie sich in der modernen Literaturkritik und Sprachtheorie, vielleicht mehr oder weniger umgebildet, behaupten. Sie fordern in ihrer Konsequenz, mit nicht geringerer Leuchtkraft als einst, immer von neuem, sich auf die entschlossene Suche nach dem Ursprung zu begeben, die verschütteten Schächte der Poesie gleichsam frei zu legen ...“, schrieb Siegfried Lenz 1953 in „Die Hand an der Wurzel – Gedanken eines jungen ostpreußischen Schriftstellers zu einigen Sätzen von Herder“ in *Das Ostpreußenblatt*. Bereits zwei Jahre zuvor hatte der Feuilletonredakteur der Wochenzeitung, Erwin Scharfenorth, „die zuchtvolle, klangreine Sprache“ des jungen Schriftstellers gelobt. 1966 wurde der Lycker mit dem Ostpreußischen Kulturpreis ausgezeichnet, 35 Jahre später mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Hansestadt Hamburg. Zwischen diesen Ereignissen liegen eine Fülle von Romanen, Erzählungen, Hörspielen, Schauspielen und Essays, die der Feder des Ostpreußen entflossen, mehr als 8500 Buchseiten mit einer Auflage von weltweit über 20 Millionen. Seine Bücher wurden in 22 Sprachen übersetzt. Die Werkausgabe, bei Hoffmann und Campe in Hamburg erschienen, umfasst 20 Einzelbände.

Der erste Roman „Es waren Habichte in der Luft“ erschien bereits 1951 und war ein solcher Erfolg, dass Siegfried Lenz mit seiner Frau Lieselotte (sie starb nur wenige Wochen vor seinem 80. Geburtstag) auf einem Bananendampfer nach Marokko reisen konnte. Thomas Mann, der in der Jury für den René-Schickele-Preis saß und über den Roman zu befinden hatte, notierte in seinem Tagebuch: „Nicht schlecht.“

Es folgten so bekannte Titel wie „So zärtlich war Suleyken“, „Der Mann im Strom“, „Das Feuerschiff“ – beide übrigens wundervoll mit Jan Fedder in den Hauptrollen für das Fernsehen verfilmt –, „Deutschstunde“, „Heimatmuseum“, „Der Verlust“, „Die Klangprobe“, „Arnes Nachlaß“, „Schweigeminute“. Zurzeit arbeitet Lenz an einem neuen Buch, das Hofmann und Campe im Herbst herausbringen will. Auch hier hat ihm seine neue Frau Ulla Mut gemacht. Ihr verdankt Lenz es auch, dass er nach dem Tod seiner ersten Frau die Arbeit an seiner Novelle „Schweigeminute“ vollenden konnte, die einige Wochen in der Bestsellerliste stand.

Lange Zeit waren seine ostpreußischen Landsleute allerdings nicht gut auf ihren immer berühmter werdenden Sohn zu sprechen, hatte er doch 1970 den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt mit nach Warschau begleitet und schon sehr früh vom Verzicht der Ostgebiete gesprochen. Viele werden ihm noch immer zürnen, die meisten aber zeigen sich versöhnt mit dem damaligen Querdenker, haben sich doch seine Vorstellungen von einer Partnerschaft zwischen deutschen und jetzt polnischen Städten längst auch in der landsmannschaftlichen Arbeit als Basis für ein Miteinander bewährt. Sie sehen in Lenz den Landsmann, der es „zu was gebracht“ hat und auf seine Weise von den Besonderheiten Ostpreußens kündet. Sie sehen in ihm den Schriftsteller, der mahnend das Wort gegen Totalitarismus und für mehr Humanität und Völkerverständigung erhebt. Literatur ist für Lenz „Speicher und Fundus unserer Welterfahrung. Aufbewahren, was du gesehen, erlebt, durchstanden hast: Ich habe es immer als eine Aufgabe des Schriftstellers betrachtet ... Erinnern, wenn Vergessen groß geschrieben wird: Damit möchte ich die Literatur betrauen.“



Siegfried Lenz — Bild: Frankfurter Buchmesse

Am 17. März nun begeht Siegfried Lenz seinen 85. Geburtstag.

Silke Osman

25 Jahre CeBIT: Heitere Wolken

Die Wolken, die den Schlusstag der CeBIT 2011 in düsteres Grau hüllten, dürfen durchaus auch als gutes Omen gewertet werden. Denn die „Wolke“, die sich als virtuelles Datennetz („Cloud-Computing“) über immer weitere Bereiche der Computerwelt ausbreitet, war Leitthema dieser weltweit bedeutendsten IT-Messe und bescherte zum 25. Geburtstag eine glänzende Bilanz.

Die meisten der 4200 Aussteller aus 70 Ländern konnten nach fünf Messetagen mit vollen Auftragsbüchern die Heimreise antreten. Und die Veranstalter vermeldeten mit fast 340000 Besuchern ebenfalls einen Aufwärtstrend, nachdem in den letzten Jahren die Finanzkrise und die Konzentration auf Fachbesucher für ein Minus gesorgt hatten.

Als vor 25 Jahren die CeBIT erstmals als eigenständige Messe präsentiert wurde, war das mit beträchtlichen Risiken verbunden. Kritiker befürchteten, ohne das gewohnte Umwelt der traditionellen Hannover-Messe könne die noch junge IT-Branche sich nicht recht etablieren. Gestritten wurde auch über den Namen der neuen Messe; zuletzt setzte sich CeBIT für „Centrum der Büro- und Informationstechnik“ durch.

Bald schon wurde der Mut der Hannover Messe belohnt. 1986, dem Jahr, in dem Heinz Nixdorf auf der CeBit verstarb (siehe Seite 11), konnten die Veranstalter auf über 200000 Quadratmeter Ausstellungsfläche 2142 Firmen begrüßen; 334000 Besucher stürmten die Hallen. Diese erste CeBIT war ein so durchschlagender Erfolg, dass schon im nächsten Jahr die Ausstellungsfläche erweitert werden musste. Nach zehn Jahren kam man auf 755000 Besucher. Damit waren die Kapazitätsgrenzen überschritten, auch drohte der Charakter der Fachmesse verloren zu gehen. Gesundschrumpfen hieß nun die Devise. Zum 25. Geburtstag ist dieser Prozess erfolgreich abgeschlossen: CeBIT ist und bleibt die wichtigste Computerveranstaltung weltweit. *H.J.M.*

Reichsgründung mit Hypotheken

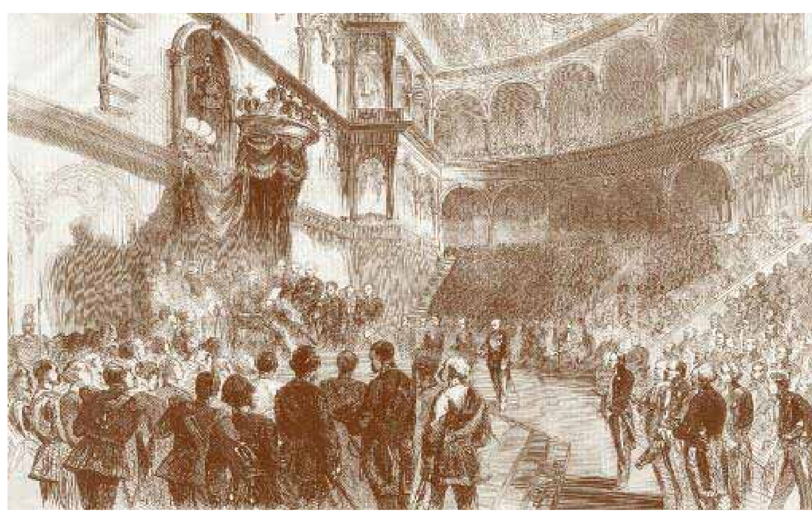
Italien ist auch 150 Jahre nach der nationalen Einigung noch immer innerlich gespalten

Italien begeht das Jubiläum seiner Staatsgründung, doch für viele ist das kein Grund zum Feiern. Die Ursachen für die innere Zerrissenheit des Landes wurzeln tief in seiner Geschichte.

„Mit kaltem Herzen“ nähere sich das Land dem großen Jubiläum, beklagte der frühere Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi. Damit meint der Verfassungspatriot weniger die italienischen Bürger, von denen laut Umfragen 80 Prozent gerne das 150-jährige Bestehen ihres Staates begehen, als vielmehr ihre Volksvertreter. Während Ministerpräsident Silvio Berlusconi mit den gegen ihn anstehenden Gerichtsverfahren beschäftigt ist, boykottieren seine Koalitionspartner von der rechtspopulistischen Lega Nord die Feierlichkeiten. „Wir feiern keinen Zentralismus“, sagte Parteichef Umberto Bossi schroff.

Die Separatisten drängen auf eine Abspaltung des wohlhabenden Nordens vom wirtschaftlich rückständigen Süden. Sie wollen den Mezzogiorno mit seinen mafiösen Strukturen nicht länger durch Milliardeninvestitionen und Subventionsprogramme unterstützen. Die regionalistische Bewegung für Autonomie (MPA) auf Sizilien wendet sich wiederum gegen eine angebliche „Kolonialisierung“ des Mezzogiorno durch den Norden. Auch in Südtirol kommt keine Festtagsstimmung auf. Der Landeshauptmann in Bozen, Luis Durnwalder, erklärte: „Es lebe Italien, das kommt mir niemals über die Lippen.“ Für die „österreichische Minderheit“ gebe es aufgrund der Vertreibung ihrer Landsmänner in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts keinen Anlass zur Freude.

Das Land ist politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich gespalten. Die innere Zerrissenheit wurzelt tief in der Geschichte. Wie Deutschland gehört Italien zu den modernen Staaten Europas, die erst spät die nationale Einheit erlangten. Bis zum Wiener Kongress 1815 war die Apenninen-Halbinsel regional zersplittert und Spielball europäischer Großmächte. Beeinflusst durch die Ideen der französischen Revolution erstarkten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung. Das gebildete Bürgertum und der fortschrittliche Adel in Norditalien zählten zu den Protagonisten der Einigungsbewegung, des Risorgimento („Wiedererstehung“). Sie teilten sich in die gemäßigten Anhänger einer konstitutionellen Monarchie rund um den Ministerpräsidenten von Sardinien-Piemont, Camillo Benso di Cavour, dem sogenannten italienischen Bismarck mit diplomatisch-taktischem Geschick, sowie in die radikalen Vertreter einer demokratischen Republik rund um den Geheimbündler Giuseppe Mazzini und den Freiheitskämpfer Giuseppe Garibaldi. Legendär ist Garibaldis „Zug der Tausend“, bei dem er im Mai 1860 mit gut tausend Freiwilligen die bourbonischen Besatzer auf Sizilien vertrieb.



Geburtsstunde der italienischen Nation: Das Parlament ruft am 17. März 1861 das Königreich aus. Bild: Getty

Am 17. März 1861 rief das Parlament in Turin das Königreich Italien aus. Der erste König, Viktor Emmanuel II. von Savoyen, gilt als Landesvater. An der Seite von Preußen führte Italien 1866 Krieg gegen Österreich und gewann trotz Niederlagen Venetien dazu. Im September 1870 zogen die französischen Truppen aufgrund des deutsch-französischen Krieges aus dem Kirchenstaat ab. Cavours Streitkräfte besetzten daraufhin Rom, das einen Monat später zur Hauptstadt Italiens wurde. Auf dem jungen Nationalstaat lasteten jedoch mehrere Hypotheken, die seine Stabilität gefährdeten.

So handelte es sich keinesfalls um einen Zusammenschluss der unterschiedlichen Landesteile auf gleicher Augenhöhe, sondern um eine Ausbreitung des Königreiches Piemont-Sardinien über den Rest der Halbinsel. Besonders der Süden empfand die Übernahme der piemontesischen Ordnung eher als erneute Kolonisation denn als Befreiung von der Fremdherrschaft. Enttäuscht über die ausgebliebene Agrarreform und die harte Steuerpolitik probte die Landbevölkerung den Aufstand. Der sogenannte Brigantenkrieg zwischen 1860 und 1870 verschärfte die Kluft zwischen dem bürgerlich-industriellen Norden und dem agrarisch-feudalistischen Süden.

Zudem scheiterten die republikanischen Bemühungen um eine verfassungsgebende Versammlung. Stattdessen setzten sich ähnlich wie in Preußen die Verfechter der Monarchie durch. Cavour wie Bismarck hatten die nationale Einigung „von oben“ durchgesetzt, nachdem die Einigung „von unten“ im Zuge der 1848er Revolution gescheitert war. Die Bürger fühlten sich von der politischen Elite überrannt. Das geflügelte Wort „Italien haben wir, jetzt müssen wir die Italiener schaffen“ brachte die Schieflage auf den Punkt.

Ferner sah sich der Vatikan durch den Einigungsprozess in seiner Machtstellung bedroht. Die Fronten zwischen der Kirche und der mehrheitlich katholischen Bevölkerung einerseits und der bürgerlich-liberalen Führungsschicht andererseits verhärteten sich. Auch die Liberalen selbst spalteten sich in ein rechtes und ein linkes Lager, die abwechselnd regierten. Allein 59 Kabinette erlebte das Königreich Italien zwischen 1861 und 1922. Zugeständnisse an einzelne Abgeordnete aus der Opposition waren zur Beschaffung parlamentarischer Mehrheiten an der Tagesordnung. Dieser Klientelismus traf vor allem im Süden auf fruchtbaren Boden, wo lokale und familiäre Bindungen staatlichen Institutionen den Rang abliefen.

Schließlich mangelte es an einem einheitlichen Sprachbewusstsein, um nationale Identität zu stiften. Aufgrund der Vielzahl regionaler Dialekte und des verbreiteten Analphabetismus setzte sich das Florentinische nur allmählich als Nationalsprache durch. Heute spricht Italien zwar formal eine Sprache. Doch die inhaltlichen Disparitäten offenbaren eine Identitätskrise, zu deren Überwindung es mehr als eines Wörterbuches bedarf. *Sophia E. Gerber*

Militärtradition in Polizeigrün

Vor 60 Jahren wurde der Bundesgrenzschutz gegründet

Kaum eine staatliche Institution hat ihre Aufgaben, ihre Organisation und ihr Selbstverständnis so häufig ändern müssen wie die heutige Bundespolizei. Aus dem vor 60 Jahren als paramilitärische Truppe aufgestellten Bundesgrenzschutz (BGS) ist mittlerweile eine Polizei des Bundes geworden.

Die Gründung des BGS geht auf die Forderung der Westalliierten nach einem westdeutschen Wehrbeitrag zurück. Da sie der Bundesrepublik zunächst noch keine Streitkräfte zugestehen wollten, wurde die Schaffung einer dem Bundesinnenministerium unterstellten Grenzschutztruppe mit spezialpolizeilichen Befugnissen beschlossen. Um genügend qualifiziertes Personal rekrutieren zu können, musste vor allem auf ehemalige Angehörige der Wehrmacht zurückgegriffen werden. Eine Voraussetzung zum personellen Aufbau des BGS war daher eine Ehrenerklärung für die deutschen Soldaten durch den Nato-Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower. Offizielles Gründungsdatum des BGS ist der 16. März 1951, an dem das BGS-Gesetz verabschiedet wurde. Am gleichen Tag begann die Aufstellung der BGS-Verbände in Stärke von zunächst 10000 Mann. Ihre Hauptaufgabe war der Sicherungseinsatz an der „Frontlinie“ des Kalten Krieges, der innerdeutschen Grenze.

Bis in die 1980er Jahre hinein war der BGS, dessen Angehörige teilweise militärische Dienstgrade führten und bis 1994 sogar Kombattantenstatus besaßen, mehr militärisch als polizeilich organisiert und ausgerüstet. Die erste Ausstattung mit Uniformen, Effekten, Ausrüstung, Gerät und Bewaffnung stammte überwiegend noch aus teils umgefärbten Altbeständen der Wehrmacht, deren symbolträchtigstes Teil, der Stahlhelm M35/42, beim BGS über 40 Jahre in Gebrauch blieb. Auch bei späteren Änderungen orientierte sich der BGS lange an bewährten Modellen und Vorbildern aus der preußisch-deutschen Militärtradition. Als die Einheiten im Frühjahr 1951 in ihre Garnisonen einzogen, wurde die „neue Wehrmacht“ freudig willkommen geheißen. Mit seinem allgemein anerkannten Auftrag, der Verwendung traditioneller nationaler Formen, Symbole und Zeremonien und einem Erscheinungsbild, mit dem sich Millionen identifizieren konnten, fand der BGS in der Bevölkerung mehr Akzeptanz als später die mit einem sicherheitspolitischen Auftrag versehene junge Bundeswehr. Auch nach deren Gründung verkörperte er noch lange die preußisch-deutsche Militärtradition in stärkerem Maße als die Streitkräfte, die zwanghaft bemüht waren, sich auch äußerlich von ihren Vorgängern abzugrenzen.



Bundesinnenminister Robert Lehr nimmt in Lübeck den ersten Vorbeimarsch von BGS-Einheiten ab. Bild: akg

Am 1. Juli 1956 wurden knapp 10000 Freiwillige der 16500 Mann starken BGS-Truppe in die Bundeswehr überführt. Nach diesem personellen Aderlass erfolgten der Aufbau einer zweiten Generation im BGS und mehrfache Umstrukturierungen. Zugleich erweiterten sich die Aufgaben des BGS, und er wurde zunehmend zu polizeilichen Großeinsätzen herangezogen. Die große BGS-Reform 1976 führte nicht nur zu einer grundlegend neuen Personal-, Organisations- und Ausbildungsstruktur, sondern auch zu einem Paradigmenwechsel. Fortan fielen dem BGS weitere schutzpolizeiliche Aufgaben zu, was auch durch die Ersetzung der militärischen Dienstgrade durch die Amtsbezeichnungen der Polizei und eine Angleichung an die einheitliche Polizeiuniform der Bundesländer unterstrichen wurde. Die größte Zäsur brachten der Wegfall der innerdeutschen Grenze und das Inkrafttreten des Schengener Abkommens vor 20 Jahren, denn damit war die Hauptaufgabe des BGS obsolet geworden. Dafür übernahm er jetzt bahnpolizeiliche und Aufgaben der Luftsicherheit. Am 1. Juli 2005 wurde der BGS in Bundespolizei umbenannt. Damit fielen auch die letzten BGS-typischen Uniformeffekten fort. Seitdem ist die Bundespolizei mit 40000 Beamten flächendeckend im Land präsent und mit vielfältigen sonderpolizeilichen Aufgaben betraut. *Jan Heitmann*

Erster Diener

Jahresseminar der SWG zum »Alten Fritz«

Friedrich der Große (1712–1786), dessen 300. Geburtsjubiläum im kommenden Jahr ansteht, war Thema des Jahresseminars der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) am 26. Februar in Hamburg. Welche Fundamente der große preußische König gelegt hat, in welchen Bereichen er Vorbild sein könnte, stand im Mittelpunkt der Tagung, die von 130 Teilnehmern besucht wurde.

Leistungsprinzip statt Privilegien

Peter Macke, ein pensionierter Bundesrichter aus Frankfurt an der Oder, beschrieb mit „Allein die Gesetze sollen herrschen“ die Wirkung des Preußischen Allgemeinen Landrechts. Dr. Rolf Straubel vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam erläuterte im Detail, wie das eingeführte Leistungsprinzip die adeligen Standesprivilegien bei der Auswahl der Beamten ablöste. Er schilderte, wie die Prozessordnung reformiert wurde, so dass es zu einer Beschleunigung der Prozesse kam und wie der Verwaltungsapparat auf kompetente und gut ausgebildete Beamte reduziert wurde. Die Staatsbeamten mussten studieren, anschließend drei Examina ablegen und als Assessoren erste unbezahlte Arbeitsjahre leisten, was es so manchen verschuldeten Gutsbesitzern nicht mehr ermöglichte, ihre Söhne zur Universität zu schicken. Viele Adelige lebten geistig in der Welt des Rokoko und bevorzugten eine schnellere Karriere beim Militär, so dass die Beamtenschaft schließlich zu drei Vierteln aus Bürgerlichen bestand.

Am Nachmittag erklärte Prof. Wolfgang Stribrny, wie praktisch der König bei der Umsetzung der staatlichen Ordnung in den Provinzen unter Achtung der dortigen regionalen Gewohnheiten und Gebräuche vorging. Zum Beispiel wurde die Abschaffung der Erbuntertänigkeit in Pommern nach 1763 wieder zurückgenommen, weil der Adel dort mit seiner Insolvenz rechnen musste.

In den 46 Jahren seiner Regierungszeit führte Friedrich elf Jahre Krieg. Er ist als großer Schlachtenlenker bekannt, der mit seinen Soldaten die Unannehmlichkeiten der Feldlager teilte und so in der Lage war, sie in den häufig aussichtslosen Situationen dennoch zum Sieg zu führen. Von einer enormen psychischen Gesundheit sei Friedrich gewesen, brauchte der „Alte Fritz“ doch nur zwei Tage des Grübelns, um über die vernichtende Niederlage bei Kunersdorf hinwegzukommen. *Marc Cremer/J.H.*

Mit alten Werten die Zukunft erobert

Vor 25 starb der Computerpionier und Vorzeigeunternehmer Heinz Nixdorf

Die CeBIT war sein Schicksal: Am 17. März 1986, dem fünften Tag des neuen Computer-Welttreffens, dessen Zustandekommen auch ein wenig sein Verdienst war, brach Heinz Nixdorf mitten im Messetrubel zusammen und verstarb wenig später. Zwei Jahrzehnte zuvor hatte er am selben Ort, auf der Hannover-Messe, seinen Universalrechner „Nixdorf System 820" präsentiert – und damit seinen bis heute andauernden Ruhm als der deutsche Computer-Pionier begründet.

Heinz Nixdorf war am 9. April 1925 in Paderborn zur Welt gekommen. Er wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf, der aus Sachsen stammende Vater war beruflich nur mäßig erfolgreich, in den 20er und 30er Jahren des öfteren arbeitslos. Der Besuch einer Höheren Schule war Heinz erst möglich, als er aufgrund seiner früh erkannten mathematischen und naturwissenschaftlichen Begabung ein Stipendium erhielt.

Bevor er sich auf das Abitur vorbereiten konnte, wurde Nixdorf 1942 zur Wehrmacht einberufen. Das Ende des Weltkriegs erlebte er in der Tschechei. Sein Vater war 1942 an der Ostfront gefallen, so musste der 20-Jährige für den Unterhalt der Familie sorgen. Das schaffte er mit Bravour, und daneben schaffte er 1946 auch das Abitur.

Ein Jahr später nimmt er an der Universität Frankfurt a. M. das Studium auf, seine Fächer sind Physik und Betriebswirtschaftslehre. Eine Fächerkombination, die seinen weiteren Lebensweg ebenso positiv prägen soll wie seine Erziehung in preußischer Tradition. Werte wie Fleiß, Disziplin, Bescheidenheit, Pflichtbewusstsein und Verantwortung für das Gemeinwohl sind ihm auch als erfolgreicher Unternehmer mit Milliarden Umsätzen und Millionengewonnen lebensbestimmend.

Ein entscheidender Schritt im Leben des Heinz Nixdorf war 1951 die zunächst kurz befristete Anstellung als Werkstudent bei dem US-Konzern Remington Rand Corp., der hier, in seiner Frankfurter Dependenz, Büromaschinen für den europäischen Markt entwickelte. Der kurz vor dem Studienabschluss stehende Nixdorf lernte hier die faszinierenden Möglichkeiten der neuen Technologien in der Praxis kennen, machte gemeinsam mit seinem Chef, dem Physiker Walter Sprick, erste eigene Erfindungen, suchte und fand einen finanziell potenten Förderer, nämlich RWE in Essen, brach das Studium ab und gründete eine eigene Firma, das „Heinz-Nixdorf-Labor für Impulstechnik" (LFS).

Zu jener Zeit wurden Bürorechner noch mit Lockarten gesteuert. Nixdorf aber setzte auf Röhren, wie sie in Rundfunkgeräten üblich waren; er leitete damit eine mittlere technische Revolution ein. Mit dem von RWE bereitgestellten Startkapital von 30 000 D-Mark baute er den ersten Elektronenrechner, der fortan in der Buchhaltung der Rheinischen Elektrizitätswerke seinen Dienst tun sollte.



Er war genialer Techniker, erfolgreicher Unternehmer und sozialer Chef: Heinz Nixdorf (Mitte) Bild: Ullstein

Unermüdlich entwickelte Nixdorf das System weiter, musste nach zwei Jahren bereits in größere Räumlichkeiten umziehen und immer mehr Personal einstellen. Anfang der 60er Jahre sehen wir ihn bereits als wichtigen Zulieferer für die Großen der Büromaschinenbranche. 1965 baute er den ersten Tischrechner auf Halbleiterbasis, 1967 folgte der inzwischen legendäre Rechner „System 820", ein Tischrechner mit Magnetspeicherkarten, den Nixdorf zunächst noch bei Wanderer und bei Kienzle produzieren ließ.

Nun erwies es sich als segensreich, dass Nixdorf nicht nur Physik, sondern auch BWL studiert hatte. Er verstand es, die Marktlücke, die er technologisch aufgetan hatte, auch geschäftlich zu nutzen. Folgerichtig übernahm er 1968 für acht Millionen Mark die Aktienmehrheit der Wanderer-Werke in Köln. Sein Unternehmen hieß nun „Nixdorf Computer AG". Aufmerksam blickte Nixdorf immer wieder über den Atlantik, beobachtete, wie die amerikanischen Konzerne sich auf immer leistungsstärkere Großrechner konzentrierten, und sah sich darin bestärkt, seiner Linie treu zu bleiben: „Computer müssen so klein sein, dass sie in die linke untere Schublade eines Buchhalter-Schreibtisches passen!" Wie richtig die Entscheidung für die gar nicht so kleine Marktlücke war, zeigte sich spätestens mit dem ersten Großauftrag des US-Konzerns Victor. Es sollte nicht lange dauern, bis Nixdorf den amerikanischen Büromaschinenhersteller übernahm.

1985 hatte das Unternehmen einen Umsatz von vier Milliarden Mark erreicht und beschäftigte über 23 000 Mitarbeiter in 44 Ländern. Heinz Nixdorf vergaß aber nie, dass er diesen Erfolg nicht nur eigenem Fleiß und Erfindergeist zu verdanken hatte. Im Verhältnis zu seinen Mitarbeitern galt stets seine Devise: „Vor dem Himmel kommt das Leben auf Erden, und da gilt es, eine soziale Gesellschaft aufzubauen."

Schon 1969 hatte er für seine Lehrlinge eine eigene Berufsschule eingerichtet. Er sorgte persönlich dafür, dass in seinen Betrieben für gute Arbeit auch gutes Geld gezahlt wurde, baute soziale Stiftungen auf, die heute, 25 Jahre nach seinem Tod, noch fortwirken.

Als deutscher Computer-Pionier steht Nixdorf auf einer Stufe mit Konrad Zuse; beide standen in engem freundschaftlichem und von größtem Respekt getragenem Kontakt. Für seine Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft wurde Nixdorf vielfach ausgezeichnet.

Nach seinem Tod ging es mit der Firma bald bergab. Der Triumphzug des PC wurde verschlafen, finanzielle Engpässe erzwangen ein Zusammengehen mit dem IT-Bereich von Siemens. Von dort landete das einstige „Musterbeispiel des deutschen Wirtschaftswunders" (so Helmut Schmidt) schließlich beim japanischen Fujitsu-Konzern. Aber sein Name lebt fort in der Heinz-Nixdorf-Stiftung – ihr Ziel: eine „solidarische Gesellschaft in Freiheit".

Hans-Jürgen Mahlitz

Besuch bei den »ersten Preußen«

Potsdamer Museumsgalerie bewahrt das prußische Erbe

Die Deutschen haben viele Väter", sagte einmal der Publizist Valentin Polcuch. Neben den Germanen, Romanen, Slawen und Kelten sei ein Volk jedoch weitestgehend wie ausgelöscht aus dem historischen Bewusstsein: die Prußen.

Damit die Erinnerung an das westbaltische Volk bewahrt und weitergegeben, seine kulturelle Hinterlassenschaft gepflegt sowie die Reste der Sprache erhalten und weiter erforscht werden, hat das aus Ostpreußen stammende Ehepaar Rutele und Gerd Kauffmann im hessischen Dieburg zuerst einen prußischen Freundeskreis gegründet, aus dem später der Verein Tolkemita hervorging, und 1980 eine Stiftung ins Leben gerufen, die ebenfalls nach der Prußenburg Tolkemita am Frischen Haff benannt wurde.

Nach dem Ableben der Gründer fand die Stiftung zusammen mit der neu etablierten Museumsgalerie „Die Ersten Preußen" in Potsdam ganz in der Nähe des Regionalmuseums „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte" eine neue Wirkungsstätte. Unscheinbar von außen, entfaltet sich in der Museumsgalerie eine neue, alte Welt. Wissenslücken und Unkenntnis kann man hier ausreichend entgegenwirken.

An den Gestaden der Ostsee von der Weichsel im Westen bis über die Memel im Osten lebten die Prusai, wie sie sich selbst nannten. Gegliedert waren sie in ein Dutzend Stämme. Da sie trotz Handelsbeziehungen mit fernen Ländern wahrscheinlich über keine Schriftsprache verfügten, haben andere ihre Geschichte geschrieben.

> Die Sprache der Prußen ist im 17. Jahrhundert weitestgehend erloschen, und auch sonst ist ihre Kultur in Vergessenheit geraten

Einen der ältesten Hinweise auf den Volksstamm findet man Ende des 1. Jahrhunderts nach Christi Geburt in der „Germania" des Tacitus. Er berichtet dort von den Völkern der Aestier, zu denen er sie sicherlich zählte.

Das naturverbundene Volk trieb schon sehr früh über drei Bernsteinstraßen einen regen Handel. Bereits in Tutanchamuns Totenmaske aus der Zeit um 1300 vor Christi Geburt lässt sich Bernstein aus dem Samland nachweisen. Auch die Römer verwendeten Unmengen des fossilen Harzes der berühmten Bernsteinküste. Unter anderem für Figuren, die den Wert eines Sklaven hatten.

In den Jahrhunderten nach der Eroberung des Landes durch den Deutschen Orden, beginnend im 13. Jahrhundert, wurden Sprache und Kultur der Prußen verdrängt. Auf das Jahr 1230 bezogen schätzte man die prußische Ur-Bevölkerung auf etwa 200 000. Diesen stellt man 130 000 Neusiedler anderer Herkunft gegenüber. 53 Jahre dauerte der Eroberungskrieg der Ordensritter, um das Volk endgültig zu beherrschen und sie als wesentlichem Auftrag des Ordens zu christianisieren.

Da der prußische Anteil der Bevölkerung groß war, ordnete der mit Martin Luther befreundete preußische Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach die Übertragung des lutherischen Katechismus und anderer kirchlicher Schriften mithilfe von Tolken (Übersetzern) ins Prußische an. Doch erfolgreich war nur, wer Deutsch sprach. Im 17. Jahrhundert ist die prußische Sprache weitestgehend erloschen, 1677 soll der letzte Sprecher des Altpreußischen auf der Kurischen Nehrung gestorben sein. Einzig der Name blieb. Und ein Treppenwitz der Geschichte sei es auch, so Valentin Polcuch, dass der Name Preußen erst dann aufstieg, als das Volk der ursprünglichen Preußen, der Prusai, seine Identität bereits verloren hatte.

Die Sammlung des Ehepaares Kauffmann ist gegenwärtig das Kernstück des Bestandes der Potsdamer Museumsgalerie der Stiftung Tolkemita. Sie wird treuhänderisch von Reinhard G. Grunenberg verwaltet. Sein Name, eine Ordensübersetzung des prußischen GrawdeCaymis, verrät den gebürtigen Königsberger von prußischer Herkunft. Er weiß also, wovon er spricht, wenn er den Besucher durch die Ausstellung führt, die aus Büchern, Karten, Zeichnungen, Skulpturen und Drucken besteht. Dabei verweist er auch gerne auf die in der Museumsgalerie zu erwerbende Tolkemita-Textreihe, die auf spannende Weise Auskunft über Geschichte und Kultur der Prußen gibt.

Grunenbergs Tätigkeit beschränkt sich jedoch nicht auf das Bewahren und Erschließen des bereits Gesammelten. Er ist vielmehr immer auf der Suche nach weiteren Fundstücken, hält Seminare ab, macht Ausstellungen, kümmert sich um die so nötigen finanziellen Mittel und ist schlichtweg als der gute Geist des Ganzen zu bezeichnen.

„Seit wir hier eingezogen sind im Jahre 2005, hatten wir jährlich zirka 2000, insgesamt also bereits 10 000 Besucher. Das ist doch eine ganze Menge", sagt er begeistert und man kann nur zustimmen. Besonders erfreut ihn, dass auch viele Menschen aus dem Ausland sehr interessiert sind an der Geschichte der Prußen. „Unter den Gästen sind sicher viele ehemalige Ost- und Westpreußen, die nach 1945 das gleiche Schicksal teilten", vermutet Grunenberg.

Wenn man die Museumsgalerie verlässt, bleibt nur eine Frage offen: Warum ist generell so wenig bekannt über dieses Volk, das dem späteren Staate Preußen seinen Namen gab?

Silvia Friedrich

Die Potsdamer Museumsgalerie „Die Ersten Preußen", Am Neuen Markt 9 d, 14467 Potsdam, Telefon und Telefax (030) 31016599, ist jedes Wochenende geöffnet: April bis Oktober von 15 bis 18 Uhr und von November bis März von 13 bis 16 Uhr.

Ein Büchermeer: 350 Jahre Staatsbibliothek

Mehr als einmal in seiner Geschichte hat Preußen bewiesen, dass es inmitten schwerer Zeiten dank seiner geistigen Stärken zu außerordentlichen Leistungen fähig war. Im Jahre 1661, inmitten des hochriskanten Nordischen Krieges, verfügte der Große Kurfürst aus dem Felde den Aufbau einer Bibliothek. Diese nahm als „Churfürstliche Bibliothek zu Cölln an der Spree" ihre Arbeit auf. Aus anfänglich 8000 sind heute fast elf Millionen Bücher in den beiden Häusern der Staatsbibliothek Unter den Linden und nahe dem Potsdamer Platz geworden.

Dieser Tage feiert die Staatsbibliothek als älteste Wissenschaftseinrichtung in Berlin ihr 350. Jubiläum. Sie tut es mit einer Ausstellung im Deutschen Historischen Museum. Berühmte Exponate wie etwa eine auf Pergament gedruckte Gutenberg-Bibel oder das „Lied der Deutschen" von Hoffmann von Fallersleben korrespondieren eindrucksvoll mit historischen Schaustücken aus der jeweiligen Zeit.

Der Große Kurfürst hatte die Bibliothek im Apothekerflügel des Berliner Stadtschlosses unterbringen lassen, jenem so altertümlich wirkenden Trakt, der den großartigen Schlüterbau zur Spree hin abschloss und in markanter Weise in die Königsstraße (heute Karl-Liebknecht-Straße) hineinragte. Aber nur gut 100 Jahre dauerte es, bis ein Neubau erforderlich wurde. Unter Friedrich dem Großen entstand 1784 nach dem Vorbild der von Fischer von Erlach errichteten Wiener Hofburg neben der heutigen Staatsoper ein reich verzierter Barockbau, die sogenannte „Kommode", der bis 1914 die Bibliothek beherbergte (heute die Juristische Fakultät der Humboldt-Universität).

Im Jahre 1914 wurde der Prachtbau Unter den Linden als „Königliche Bibliothek" eröffnet, nach 1918 firmierte sie als „Preußische Staatsbibliothek". Ihre Schätze waren ebenso legendär wie einige ihrer Direktoren, etwa Adolf von Harnack oder Richard Lepsius. Im Zweiten Weltkrieg erlitt der gewaltige quadratische Bau schwere Schäden. In den folgenden Jahren wurde das Haus wieder halbwegs funktionstüchtig gemacht. Viele Bestände waren ausgelagert, zum Teil nach Schlesien, weshalb sie heute in polnischem Besitz (Krakau) sind.

Im Westteil der Stadt war 1978 nach Plänen von Hans Scharoun eine eigene Staatsbibliothek gebaut worden. Nach der Wende wurden beide Häuser Anfang 1992 vereint. Heute ist die „Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz" eine Bibliothek in zwei Häusern. Sie ist eine der größten Bibliotheken der Welt und kann wahrlich mit imposanten Zahlen aufwarten: Fast elf Millionen Bände, zwölf Millionen Bildvorlagen, über eine Million Karten und Stadtansichten, fast 67 000 Musikerhandschriften und 3300 digitale Einheiten aller Art. Dabei gilt das traditionsreiche Haus Unter den Linden als historische Forschungsbibliothek, der Scharounbau im Westen als Bibliothek der Moderne mit regionenbezogenen Sondersammlungen.

Gerade der Prachtbau Unter den Linden erlebte und erlebt eine wahre Renaissance. Die jahrelangen Umbauten und Erneuerungen neigen sich dem Ende zu. Ein hochmodernes Digitalisierungszentrum ist fertig; ein gewaltiger quadratischer Lesesaal inmitten des Baus soll Anfang 2012 eröffnet werden; ein Bibliotheksmuseum, das dann einige der vielen Prachtstücke zeigt, wird bis 2014 eingerichtet. Fast 70 Jahre nach Kriegsende wird dann die größte deutsche Bibliothek endgültig voll funktionsfähig und auf der Höhe der Zeit sein.

Dirk Klose

Mindestlohn hilft Frauen mehr als Frauenquote

Zu: „Klein gemacht“ (Nr. 6)

Die Diskussion über die Frauenquote entbehrt jeder Realität. In den meisten Schulen, Behörden, in der Politik und in vielen Bereichen der Wirtschaft haben die Frauen längst aufgeholt. Frau Merkel, Frau Clinton und die Außenministerin der EU sind keineswegs Alibi-Frauen. Sie haben sich durchgeboxt.

Nein, die Medien, vor allem aber die Politiker, sollten sich für jene Frauen einsetzen, die als Ledige mit einem kargen Lohn ihr Leben fristen oder als Ehefrauen gemeinsam mit ihren Ehepartnern zu einem Leben in Würde beitragen. Die Durchsetzung eines gerechten Lohnes (Mindestlohn) für alle ist wichtiger als die Förderung weniger, schon privilegierter Frauen durch eine Quote.

Horst Redetzky, Delmenhorst

Sich auf seine preußischen Wurzeln besinnen

Zu: „Geburtsstunde deutscher Probleme“ (Nr. 8)

Sehr zutreffend ist der Artikel von Wilhelm v. Gottberg über das Verbot Preußens des Alliierten Kontrollrats von 1947. Hier wird allzu deutlich, dass die Demokratie, wie sie bis heute betrieben wird, nach einem Wolkenkuckscheim ausgerichtet ist. Es sollte jeder wissen, das Preußen, solange es noch einen preußischen Menschen gibt, niemals untergeht. Wenn man heute versucht, die deutsche Leitkultur durch Lügen und Unwahrheiten was die Geschichte betrifft auszulöschen, hat sich dieses perverse demokratische System getäuscht. Preußisches Denken und Handeln ist das beste der Welt gewesen und nicht dieses US-Lügensystem, was sich heute deutsche Politiker zu eigen machen. Jeder Deutsche sollte sich auf seine preußischen Wurzeln besinnen.

Eddi Göller, Malsfeld

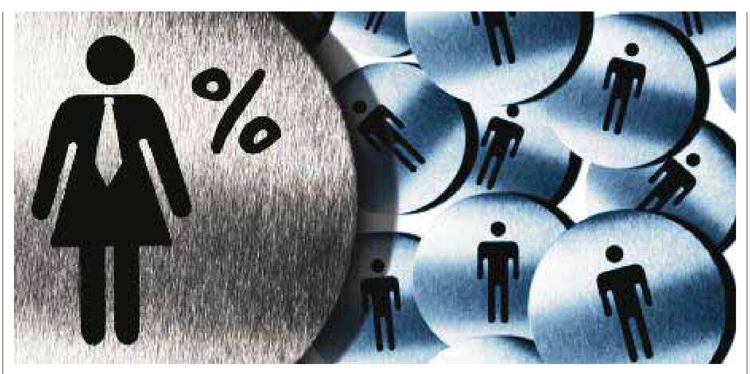
Falsches Datum?

Zu: „Versöhnung mit sich selbst“ (Nr. 7)

Bezüglich des Titelfotos möchte ich anmerken: So einen geordneten Flüchtlingszug direkt aus dem Osten kann es im Frühsommer 1945 nicht mehr gegeben haben.

Ingeborg Sebber-Döring, Lübeck

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Frauenquote: Das Thema ist zwar nach einem Machtwort der Kanzlerin erstmal aus der Tagespolitik verschwunden, aber es ist damit nicht vom Tisch. Bild: mauritius

Ausverkauf der Werte entgegentreten

Zu: Leserbrief „Dank für die Standhaftigkeit“ (Nr. 5)

Erst wenn eine politische Kraft eine gewisse Größe hat, wird sie auch von den Medien beachtet und respektiert. Nach Emnid ist ein Potenzial um 20 Prozent vorhanden. Das Programm von „Pro Deutschland“ kann richtungsweisend sein. Es gilt, dem Ausverkauf der Werte und der Alleinschuldpflege entgegenzutreten. Darum appelliere ich an Sie, Herr v. Gottberg, trennen Sie sich von der CDU und sammeln Sie alle abgekanzelten Politiker und Patrioten für „Pro Deutschland“ oder Neugründung einer Partei. Denn die Patrioten und Vertriebenen sind von der FDP/CDU-Koalition nur als Stimmgeber missbraucht und die Kanzlerin ist von der SED geprägt, sie wird unsere Demokratie nicht gegen links und Deutschlandfeinde verteidigen. Auch dem Befreiungsschwachsinn muss entgegengetreten werden, damit die Deutschen wieder so etwas wie Selbstwertgefühl entwickeln können. Die Westmächte haben nie von „Befreiung“ gefaselt, aber die Kanzlerin bedankt sich bei den Kommunisten. Ich kämpfe seit Jahrzehnten gegen diese Verdummungsmasche und habe in meiner Zeitzeugenbiografie die Thematik behandelt.

Martin Schröder, Detmold

Erfurt: Verbindung zu Köngisberg

Zu: „Wo Luther einst studierte“ (Nr. 5)

Ich möchte mich herzlich bei Caroline v. Keudell für Ihre Initiative bedanken, Erfurt, die Stadt des Deutschlandtreffens, ins rechte Licht gerückt zu haben. Vielleicht ist es möglich, dass die „Gloriosa“, stellvertretend für alle ostpreußischen Glocken, auch unsere Festtage im Mai einläutet?

Der Artikel zeigt sehr deutlich wie sich Gegenwart und Vergangenheit auf Schritt und Tritt begegnen. Unerwähnt blieben im Bericht die Erfurter Domorgeln, die aus Haupt- und Chororgel bestehen und sozusagen wie eine Mutter für das neu erbaute Orgel-Ensemble des Königsberger Doms sind. In der Anlage und Größe sind die beiden Domorgeln sehr ähnlich, denn beide wurden von der Potsdamer Orgelbaufirma Schuke geschaffen. Ob der Domorganist nach dem Gottesdienst uns eine kleine Kostprobe geben könnte? Wir wären sehr dankbar.

Margarete Ritter, Kindelbrück

Bin für Frauen- wie auch für Männerquote

Zu: „Verdrängtes Problem“ und „Schule schuld am Chefinnenmangel“ (Nr. 8)

Im Artikel wird die hohe Rate der straffälligen Ausländer thematisiert. Sie sind überwiegend in patriarchal-autoritär strukturierten Verhältnissen aufgewachsen und kommen in unserer eher auf Konsens und Gleichberechtigung der Geschlechter geprägten Gesellschaft offensichtlich nicht zurecht. Sie haben nie gelernt, Frust anders abzubauen als durch Gewalt. Es ist daher gut, wenn Jugendliche schon früh lernen, dass Konflikte auch anders gelöst werden können.

Passend dazu stellt Philip Stein in seinem Artikel „Schule schuld am Chefinnenmangel“ bedauernd fest, „weibliches Konsensdenken“ habe das „männliche Konkurrenzdenken“ der Nachkriegszeit mittlerweile völlig verdrängt. Er scheint den alten Strukturen nachzutrauern. Ich habe den „preußischen Drill“ zu Hause noch erlebt und bin froh, dass meine Kinder anders aufgewachsen sind. Was ist schädlich an Lob oder Gruppenarbeit?

Lange genug galt die männliche Wesensart als das Maß der Dinge und gilt noch heute in den sogenannten Karriereberufen. Mehr Weiblichkeit wäre hier von Vorteil. Ich war früher gegen die Quote, heute sehe ich sie als Vorteil. Damit kommen gute Frauen nach oben und müssen sich dann häufig mit mäßig begabten Männern herumschlagen. Sie werden dies jedoch nie mehrheitlich zu ihrem Lebensentwurf machen, was von Feministinnen sehr bedauert wird.

Ich bin auch für eine Männerquote in Grund- und allgemeinbildenden Schulen. Es wäre interessant zu sehen, wie sie sich auswirken würde. Es ist bekannt, dass die meisten Männer dort nicht unterrichten wollen. Sie verdienen weniger als Gymnasiallehrer und es fehlt ihnen die gewünschte Anerkennung.

Wiltraud Beckenbach, Altleiningen

Selbstablehnung ist demokratisch legitimiert

Zu: „Johann G. Fichte bleibt aktuell“ (Nr. 7)

Wilhelm v. Gottberg schreibt in seinem Artikel, dass eine absolute Mehrheit der Deutschen dem Islam beziehungsweise die schleichende Islamisierung in Deutschland durch muslimische Immigranten als existentielle Bedrohung erleben würde. Ich selbst stimme Herrn v. Gottberg zwar zu, habe aber nicht den Eindruck, dass nennenswerte Teile der Bevölkerung das auch so sehen.

Deutschland ist eine Demokratie, bei der die (wahlberechtigten) „Menschen“ durch ihre Wählerstimmen der Partei, der sie wohl am meisten Vertrauen schenken, den Regierungsauftrag erteilen. So kann man davon ausgehen, glaube ich, dass die politische Klasse von CDU bis Linke die Zustimmung der meisten Wähler zu deren politischen Aussagen besitzt, wenn das Mandat erteilt ist. Da nun aber das breite Spektrum der etablierten Parteien der einheimischen Bevölkerung unisono Misstrauen und Abscheu in jeder Hinsicht entgegen bringt, scheint diese Selbstablehnung der Deutschen doch sozusagen demokratisch legitimer zu sein. Wäre es anders, würde es doch (mehrheitsfähige) Parteien geben, die kein Problem damit hätten, auch wirklich die Interessen der Einheimischen zu vertreten.

Das Gleiche gilt auch für die Medien: Privat wie Öffentlich verbreiten sie unermüdlich immer dieselben Ansichten und verhalten sich als Hohepriester der Staatsräson. Trotzdem scheinen die „Menschen“ diese Programme zu mögen, da sie ja bekanntlich zu Millionen vor den Fernsehern sitzen, um die beliebte Tagesschau oder „Anne Will“ zu sehen.

Aus dieser Perspektive betrachtet, kann man unseren islamischen Mitbürgern – für die Toleranz nichts anderes als Schwäche bedeutet – nur noch dankbar sein. Sie unterstützen lediglich die von Deutschen gewünschten Ziele durch Anwendung von psychischer, propagandistischer und nicht zuletzt auch physischer Gewalt und betätigen sich damit als Handlanger unserer selbst gewählten Politiker.

F. Fechner, Berlin

Was treibt den »FAZ«-Bahners?

Zu: „Kampf den Islam-Kritikern“ (Nr. 8)

Wenn ich aus meinem Fenster auf die Straße gucke, dann sehe ich, dass Sarrazin recht hat. Ich weiß nicht, aus welchem Fenster der „FAZ“-Feuilletonchef Bahners guckt, dass er nicht sehen kann, was 70 Prozent der Deutschen schon wissen. Kann es sich da vielleicht nur um eine karrieregünstige Volkspädagogik handeln, die den wissenschaftlich korrekten Blick politisch trübt? Das günstige Fernsehlob für ihn könnte das nahelegen.

Vor Jahren charakterisierte ein kluger Mann die bürgerliche Presse so: überparteilich-demokratisch wie die Fahne, schwarz die Politik, gold-kapitalistisch der Wirtschaftsteil und rot, wie der Zeitgeist, das Feuilleton.

In der „Weimarer Zeit“ verglich der Volksmund die allgemeine Lage auch mit der Fahne so: Schwarz sei die Zukunft, rot die Gegenwart und gold, ja golden, das war die Vergangenheit. Ich glaube, wir brauchen eine bessere Farbenlehre.

Felix Schecke, Hannover

London bot besseres Gehalt

Zu: „Qualifizierte Lohndrücker gesucht“ (Nr. 6)

In der *PAZ* fand ich Ihren Artikel zum Thema Lohndrückerei. In der Sache habe ich einen geharnischten Brief an Ministerin Schavan geschrieben und sogar Antwort erhalten. Die *PAZ* hatte auch 2008 einen Leserbrief zu den Berufsperspektiven meines Sohnes veröffentlicht, der ins Ausland gehen musste. Dazu darf ich nachtragen, dass er nach einem Einstieg in Luxemburg jetzt Banker in London ist, mit dickem Gehalt und Bonus.

Adolf Frerk, Geldern

Ohne Drogenmoos nichts los: Bomben auf Afghanistans Mohnfelder

Zu: „„Unsere Ziele müssen realistisch sein““ (Nr. 5)

Noch-Verteidigungsminister zu Guttenberg gestand in Ihrem Interview, dass keiner von uns die Zukunft genau voraussagen kann, und nannte mit Rückblick auf den Kalten Krieg viele Ziele in der Zukunft, die er mit viel Mut und Charisma realistisch in Angriff nehmen wolle. Hierbei überging er wie ein gelernter Politiker die in Nr. 5 an ihn gestellten Fragen nach der Machbarkeit und ob er die Volontärs des Volkes in Waffen von Gneisenau aufgegeben habe.

In Afghanistan geht es nicht zuallererst um unsere eigene Sicherheit, sondern um Waffentreue zu unseren Nato-Partnern. Briten (auch Sowjets) und die USA waren dort schon mit ihren schweren Waffen gescheitert. Das droht ihnen jetzt wieder offensichtlich auch mit unseren Unterstützungen für den Wiederaufbau. So haben wir beim Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte schon zackige Bauchlandungen hingelegt sowie Drogenhandel und Korruption nicht unterbinden dürfen.

Hier muss das Problem an der Wurzel angepackt werden. Zum Beispiel mit Vernichtung mindestens 80 Prozent der Mohnfelder aus der Luft vor jeder Erntezeit und mit Lieferung von Lebensmitteln und Saatgut für die dortigen Regionen.

Ohne Drogenmoos nichts los auch bei Terroristen. Wir, die unbeliebten fremden Besatzer, sollten den vielen Völkern dort nicht mit Gewalt unsere Werte überstülpen wollen, sondern das Land dort verlassen und es im eigenen Saft braten lassen, bis es gar ist. Dann kann gegebenenfalls gezielt unterstützt werden. Das ist machbar.

Vor Terroristen schützen weder Kanonen noch Atomwaffen. Den Terroristen müssen ihre Motive genommen und Vergeltung an denen angedroht werden, für die sie morden. Aus Bekenner-„Reklamen“ nach Anschlägen lassen sich oft die zugehörigen, meist fragilen Staaten ermitteln, denen ein „asymmetrischer Krieg“ erklärt werden kann mit angemessenen Gegenschlägen aus der Luft (siehe Israel). Das ist machbar.

Gegen Selbstmordmörder helfen weder beten noch Fluchen. Sie haben jedoch Auftraggeber, die sich nach der Tat zu dieser bekennen und Forderungen stellen. Auch hier kann oft eine „asymmetrische Kriegserklärung“ erfolgen. Abschreckender wäre eine Geiselnahme von persönlichen und terroristischen Angehörigen der Selbstmörder, die nach „asymmetrischem Recht“ verurteilt und bestraft werden können.

Piraterie kann mit zeitgerechten Maßnahmen erfolgreich und preiswerter unterbunden werden. Zurzeit werden dagegen große Fregatten ohne Hubschrauber in großen Seegebieten mit sehr wenig Erfolg eingesetzt. Das ist sehr teuer. Die hohen Aufbauten dieser Fregatten werden von den Piraten schon an der Kimm erkannt, während ihre flachen Boote umgekehrt noch hinter der Kimm liegen. Und dann machen die wenigen erwischten Seeräuber uns noch vor aller Welt lächerlich. Da ist der Selbstschutz auf zivilen Dickschiffen schon erfolgreicher und weist auf einen erfolgreicheren Weg hin. Schiffe mit mittleren Geschwindigkeiten fahren in gefährdeten Gebieten im Konvoi an der Spitze und am Ende mit besonderem Selbstschutz. Schnelle und langsame Schiffe nehmen zwei bis sechs (auch a.D.) Soldaten mit ausgemusterten Waffen von Pistolen bis Panzer-Abwehrraketen an Bord. Dort bilden die Soldaten Besatzungsmitglieder mit Vorkenntnissen kurz an der für sie vorgesehenen Waffe aus. Die Versicherungen werden das mit einer deutlichen Senkung der jetzt sehr hoch gestiegenen Versicherungsbeiträge sicherlich honorieren. Das ist preisgünstiger, erfolgreicher und machbar.

Zu Guttenberg ist meiner Ansicht nach ein guter Mann, der immer noch ein erfolgreicher Politiker werden kann.

Heinz-Dietrich Koske, Köln

Man wartet, bis wir tot sind

Zu: „Recht auf Rache?“ (Nr. 7)

Wenn die ehrbare *Preußische Allgemeine Zeitung* dem SPD-Genossen, der sich Thierse nennt, schon die unverdiente Ehre erweist, sich mit seinen abstrusen Absonderungen und seinem pathologischen Hass auf alle ostdeutschen Menschen auseinanderzusetzen, dann verschonen Sie Ihre Leser bitte wenigstens vor Abbildungen dieses Kranken. Wir haben schon lange genug von diesem Zeitgenossen!

Und was das Andenken von Flucht und Vertreibung mit allen damit verbundenen Folgen für die ostdeutschen Menschen angeht, so frage ich, wie lange sich diese Betroffenen und ihre Vertretung, der Bund der Vertriebenen, das schamlose und niederträchtige Spiel der Mehrzahl der organisierten Politiker aller Parteien noch gefallen lassen wollen, seit 65 Jahren über ein angemessenes Denkmal zu beraten, zu diskutieren, zu vertagen, zu vergessen, zu prüfen, zu beleidigen, zu verletzen und zu lügen.

Es ist ganz offensichtlich, dass Zeit geschunden wird, bis der Letzte der sogenannte Erlebnisgeneration das Zeitliche gesegnet und das Problem sich erledigt hat.

In dieser Zeitung ist wiederholt angeregt worden, dass die Ostdeutschen und Ihre Vertretung unverzüglich die Initiative ergreifen mögen für die schnellstmögliche Schaffung eines Denkmals. Es gibt ganz gewiss Kunstschaffende unter den Ostdeutschen und deren Nachkommen, die sich dieser Aufgabe mit dem erforderlichen Wissen und Können und der erforderlichen Sensibilität annehmen können.

Der BDV sollte endlich die Initiative und Federführung übernehmen, um die damit verbundenen organisatorischen Aufgaben zügig zu lösen. Es macht keinen Sinn mehr, auf die Politik zu warten. Packen wir es an!

Jürgen Pucks, Marl

Das Ostpreußenblatt

Nr. 10 – 12. März 2011

E.T.A. Hoffmanns Märchen im Museum

Das Städtische Museum für Kunst und Geschichte ehrt den Schriftsteller in der ehemaligen Stadthalle

Das Königsberger Gebietsmuseum für Kunst und Geschichte widmete dem deutschen Romantiker E.T.A. Hoffmann anlässlich seines 235. Geburtstags eine Ausstellung, die großen Anklang fand.



Im Gebietsmuseum: Modell der doppelten E.T.A.-Hoffmann-Skulptur, wie sie bald vor der Stadthalle stehen soll. Bild: J.T.

Alljährlich findet im Gebietsmuseum eine internationale Ausstellung statt. Diesmal war sie dem Leben und Werk des berühmten Königsberger Schriftstellers, Komponisten, Kappelmeisters, Zeichners und Karikaturisten E.T.A. Hoffmann gewidmet. Sie stand unter dem Motto: „Spaziergänge mit E.T.A Hoffmann und 235 Fantasien“ – Letzteres in Analogie zum 235. Geburtstag des Dichters und Komponisten.

In der Ausstellung wurden 235 Werke von Künstlern aus Russland, Deutschland, der Ukraine, Litauen und sogar aus den USA gezeigt. Unter den Exponaten befanden sich Gemälde, Skulpturen, aber auch Dekorationsgegenstände, Grafiken und Fotografien. Als wichtigstes Exponat galt das Modell eines E.T.A. Hoffmann-Denkmals, das der junge Bildhauer Sergej Arischenko geschaffen hat. Der Bildhauer ist ein gebürtiger Königsberger, der die Minsker Kunstakademie absolviert hat. Die Hoffmann-Skulptur war seine Diplomarbeit. Sie besteht eigentlich aus zwei Teilen – zwei Skulpturen – des Dichters, die sich aneinander anlehnen. Die eine zeigt Hoffmann, den Beamten (der Künstler verdiente seinen Lebensunterhalt als Richter) und Hoffmann, den Schriftsteller, also seine schöpferische Persönlichkeit.

Ein Hoffmann-Denkmal soll noch in diesem Jahr in Königsberg aufgestellt werden. Als Ort ist der Platz vor dem Gebietsmuseum, der ehemaligen Stadthalle, vorgesehen. Er wurde nicht zufällig ausgewählt, denn in der Nähe stand in der Französischen Straße einst das Haus Nr. 25, in dem der Schriftsteller am 24. Januar 1776 geboren wurde. Heute erinnert eine Steintafel, die an der Stelle aufgestellt wurde, wo sich das Haus befand, an dieses Ereignis. Initiatoren für diese Steintafel waren neben dem kunstgeschichtlichen Museum auch das Deutsch-Russische Haus. Bis zur Aufstellung des Hoffmann-Denkmals müssen noch die notwendigen Dokumente besorgt und Geld für das Gießen der Skulptur gesammelt werden.

Das Werk E.T.A. Hoffmanns stellt in der Entwicklung der deutschen Romantik eine Etappe dar, in der man sich besoners intensiv mit der gedanklichen Verarbeitung der Wirklichkeit beschäftigte. Diese beinhaltete die Absage an eine Reihe romantischer Illusionen, eine Überprüfung der Beziehung zwischen Ideal und Wirklichkeit.

Russischer Bildhauer erschuf das Modell

Für viele Besucher der Ausstellung galt das Märchen „Der goldne Topf“ als beeindruckendes Beispiel dafür, wie die trostlose Alltäglichkeit in eine Märchenwelt verwandelt wird und Alltagsgegenstände in Zauberaccessoires. In der Ausstellung konnte man Kater Murr, den Nussknacker, Ritter Gluck und vielen anderen Helden aus Hoffmanns Erzählungen begegnen.

Für seine Gäste hatte das Museum ein buntes Programm vorbereitet. Auftritte der Theatergruppen „Del‘“ und „Schkaf“ sorgten für eine magische und märchenhafte Atmosphäre. Für die kleinen Hoffmann-Anhänger wurden Zeichentrickfilme gezeigt, an denen die erwachsenen Besucher ebenso großes Interesse zeigten wie die jungen. Wer wollte, konnte seine Hand in den zauberhaften „Goldenen Nussknacker“ stecken und sich wichtige Ereignisse voraussagen lassen. Durch den Ausstellungssaal des Museums zog Glühweinduft, der den Gästen gereicht wurde. Die Besucher hatten die Möglichkeit, sich in die Atmosphäre der Werke Hoffmanns hineinzubegeben und sich in Gedanken in die Gassen des alten Königsbergs zu Hoffmanns Zeiten versetzen zu lassen. Zum Abschluss des Abends konnten sich die Besucher an den Süßigkeiten von „Konfitürenburg“ laben, indem sie der Zubereitung der Geburtstagstorte erst zusahen, um sie später auch zu probieren. Am meisten freuten sich die kleinen Gäste darüber. Sie konnten es kaum erwarten, bis die Kerzen ausgeblasen und die ersten Stücke verteilt wurden.

Jurij Tscherynyschew

MELDUNGEN

Erster Besuch als LO-Sprecher

Allenstein – Der neue Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, absolvierte Anfang März seinen Antrittsbesuch beim Marschallamt (Landesregierung) von Ermland und Masuren. In Vertretung des im Urlaub weilenden Marschalls empfing der Erste Vizemarschall, Jarsoslaw Sloma, den Sprecher. An dem Gespräch nahmen auch der Leiter der Parlamentskanzlei und Minderheitenbeauftragte Wiktor Lejk und der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, Heinrich Hoch, teil. Grigat und Sloma vereinbarten eine enge Zusammenarbeit. Der Sprecher unterrichtete den Vizemarschall von der geplanten Eröffnung des LO-Verbindungsbüros in Allenstein und über den „Kommunalpolitischen Kongress“ Anfang Oktober in Allenstein.

Stephan Grigat nahm bei seinem ersten Besuch in Ostpreußen nach seiner Wahl im November 2010 auch an einer Vorstandssitzung des Dachverbands der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren teil. Grigat kündigte an, dass die LO künftig noch stärker als bisher in Ostpreußen tätig werden und die Deutsche Volksgruppe in Ostpreußen weiter unterstützen werde. Der Sprecher warb gleichzeitig für die in diesem Jahr in Ostpreußen stattfindenden LO-Veranstaltungen „Arbeitstagung der Deutschen Vereine“ und „Kommunalpolitischer Kongress“.

Ein wichtiges Thema der Gespräche war unter anderem die 2011 in Polen stattfindende Volkszählung. Für die Verbände der deutschen Bevölkerung in der Republik Polen ist es von großer Bedeutung, dass die Landsleute sich in der Befragung auch zu ihrer deutschen Volkszugehörigkeit bekennen, da an die Zahl der im Staate lebenden Deutschen etliche bedeutende Folgen geknüpft sind. *PAZ*

Ohne Wasser im Winter

Wehlau – Weil viele Menschen seit Monaten bei Minustemperaturen in Häusern ohne Wasser ausharren müssen, hat Gouverneur Nikolaj Zukanow sich mit Wehlauern getroffen. Da die alten Wasserleitungen marode geworden waren, die private Versorgungsfirma sich jedoch nicht rechtzeitig um die Reparatur gekümmert hat, wurde der Auftrag nun einer staatlichen Firma übertragen. Der Gouverneur versprach den Menschen auch, sich für eine bessere medizinische Versorgung in ländlichen Räumen einzusetzen. Vor allem soll ein flächendeckendes Notfallnetz aufgebaut werden. Krankenhäuser wie das von Wehlau, das von der Schließung bedroht war, sollen nun modernisiert werden. Moskau habe entsprechende Mittel bereits bewilligt. *MRK*

»Wahlverwandtschaften«

Polnischer Professor gedenkt Wolf Lepenies zu seinem 70.

Der Soziologe Professor Wolf Lepenies gehört in der Bundesrepublik zu den namhaftesten Vertretern der Geisteswissenschaften. Er erhielt viele Preise, unter anderem den des Deutschen Buchhandels und die Ehrendoktorwürde der Pariser Sorbonne. Der viel gerühmte Wissenschaftler wurde vor siebzig Jahren im Dorf Deuthen bei Allenstein geboren. Für die Verdienste der Verbreitung seines soziologischen Werkes hat der Posener Germanist Professor Hubert Orłowski gesorgt, indem er das Standardwerk „Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft“ im Jahre 1997 mit einer Einleitung in polnischer Sprache versah. Zuvor war in Warschau die Übersetzung des Buches „Gefährliche Wahlverwandtschaften. Essays zur Wissenschaftsgeschichte“ (1989) veröffentlicht worden. In seinen Veröffentlichungen bemühte sich Professor Orłowski seinen Landsmann, Wolf Lepenies als seinen Landsmann neben einen anderen Ostpreußen, den aus Sallewen stammenden Gerhard Szczesny (1918-2002), zu stellen. Die drei Männer Szczesny, Lepenies, Orłowski, die ein preußisches Forscher-Dreieck bilden (Sallewen-Deuthen-Podleiken), die sich jedoch durch ihre Interessensgebiete, ihre Staats- und Generationsangehörigkeit unterscheiden. Erwägt man die Tatsache, dass Mitte des 18. Jahrhunderts Johann Gottfried Herder im benachbarten Städtchen Mohrungen zur Welt kam, kann man zu dem Schluss kommen, dass der westliche Teil Ostpreußens besondere Verdienste sowohl für die Philosophie, Soziologie als auch Literaturwissenschaft erbracht hat.

2006 erstmals wieder in der Heimat unterwegs

Den ausführlichsten polnischsprachigen Artikel über Wolf Lepenies' Werk „Soziologie als eine dritte Kultur“ verfasste Dr. Krzysztof Łukaszewicz, der am Lehrstuhl für Kulturwissenschaft der Universität Breslau tätig ist.

Im Jahr 2006 besuchte Lepenies erstmals wieder seine Heimat. Er traf sich unter anderem mit Mitgliedern der Allensteiner Kulturgemeinschaft „Borussia“, die Anfang der 90-er Jahre gegründet wurde. Fast parallel dazu entstanden damals in Ermland-Masuren die Gesellschaft der Deutschen Minderheit, die sich mit der Wahrung des deutschen Kulturerbes befasste. Der Wissenschaftler war dem Ratschlag seiner Kinder gefolgt, sein Heimatdorf, einen heutigen Allensteiner Stadtteil und die Umgebung zu besuchen. Lepenies ist in seiner Geburtsstadt Allenstein wenig geachtet und beachtet worden. Deshalb wäre es wünschenswert, seine Persönlichkeit einem breiteren Publikum in Allenstein und der ganzen Region näher zu bringen, etwa durch eine Ehrendoktorwürde der Ermländisch-Masurischen Universität

Grzegorz Supady

Hoher Benzinpreis

Gebietsregierung senkt Kfz-Steuer

Um die Zusatzausgaben aufgrund der hohen Benzinpreise zu kompensieren, hat die Gebietsregierung die Kfz-Steuern für die Autofahrer der Region um die Hälfte gesenkt. Für 2012 will sie die Steuern sogar noch einmal drastisch herabsetzen. Dies soll auch für Wasserfahrzeuge gelten, weil man den Wassertourismus fördern will.

Hintergrund für diese Steuersenkungen ist zum einen die schlechte Zahlungsmoral der Fahrzeuginhaber, zum anderen die besondere Lage der Exklave Königsberg.

In Moskau kostet Sprit viel weniger als in Königsberg

Im vergangenen Jahr betrugen die Steuerausfälle 300 Millionen Rubel. Jeder dritte Autofahrer ist ein Steuerschuldner. Das Finanzamt hat nun Gerichtsvollzieher damit beauftragt, die Steuerschulden einzutreiben. Liegt gegen einen Autofahrer eine Pfändung vor, darf er die Grenzen des Königsberger Gebiets nicht mehr verlassen.

Der rasante Anstieg des Benzinpreises beunruhigt die Gebietsregierung. In diesem Jahr stieg der Spritpreis in Moskau beispielsweise um 70 Kopeken pro Liter, während im Königsberger Gebiet Teuerungen um bis zu 3 Rubel üblich waren. Dieser Trend war auch im vergangenen Jahr zu beobachten.

Die Tankstellenbetreiber berufen sich auf höhere Einkaufspreise für Brennstoff, doch die Autofahrer wollen nicht einsehen, warum sie mehr bezahlen sollen als die Hauptstädter. Gouverneur Nikolaj Zukanow hat angeordnet, die Preispolitik der Tankstellenbetreiber zu untersuchen und notfalls auch Preisänderungen zu erzwingen. Unverständlich ist den Autofahrern vor allem der hohe Preis für Diesel, dessen Herstellung weniger kostet als die von Super. Und doch sind die Dieselpreise fast annähernd so hoch wie die für Normal- und Superbenzin. *J.T.*

**Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,**

ich liebe es nun einmal, unsere Kolumne mit unverwechselbar ostpreußischen Wörtern aus unserm so reichen Vokabular zu schmücken, da viele Leserinnen und Leser sie schon lange nicht gehört und damit – fast – vergessen haben. Aber eben nur fast! Nur einmal nebenbei erwähnt – schon ist die Erinnerung da und mit dem Wort ein Stückchen Heimat. Anders sieht es da mit den nachfolgenden Generationen aus, sie haben manche Ausdrücke nie gehört, weil sie von Eltern oder Großeltern in der neuen Umgebung nicht mehr benutzt wurden, da die entsprechenden Gesprächspartner fehlten. So war es kein Wunder, dass ich sofort Fragen nach der Bedeutung des Wortes **„Kisselh“** erhielt, das ich in der letzten Folge in Zusammenhang mit der Redensart „das siebende Wasser vom Kisselh“ brachte. Es handelt sich um eine Speise aus Haferschrot oder –mehl, das nach Zugabe von Hefe - auch Buttermilch oder Schwarzbrot - und Übergießen mit lauwarmem Wasser an einem gut temperierten Platz gären muss. Der gesäuerte Teig wird mit Wasser aufgekocht und abgeseiht. Das gleiche Verfahren wendet man bei den Rückständen an, wobei der Brei immer dünner wird. (Daher der Vergleich einer sehr entfernten Verwandtschaft mit dem siebenten Wasser vom Kisselh). Die milchige Flüssigkeit wird so lange bei steifem Rühren auf schwachem Feuer gekocht, bis ein fester Brei entsteht, der gar ist, wenn er sich vom Topf löst. Eine langwierige Prozedur, aber das Ergebnis wurde in manchen Gegenden Nordostpreußens zu einem „Festessen“, weil es am Heiligabend oder zu Fastnacht auf den Tisch kam. Und sehr nahrhaft und ergiebig war, denn es konnte kalt oder warm gegessen werden, entweder mit Milch übergossen, mit Spirkeln – gebratenen Spekkwürfeln – und Zwiebeln, Gänsegrieben oder zerlassener Butter versehen, mit Sirup gesüßt oder als Beilage in Obstsuppen, kalt in Scheiben geschnitten und gebraten.

Ja, Heimat kann man schmekken! Dieser Satz hat Frau **Herta Manfraß** aus Köln die Erinnerung an jene Zeit zurückgebracht, die für sie die schwerste in ihrem Leben war: damals nach dem Russeneinfall, als sie in Gefangenschaft geriet. Herta kam in das Gefängnis Bartenstein, das für sie zum „Ort der Verzweiflung“ wurde, wie sie es in einem Gedicht formuliert, das sie damals verfasst hat. Sie kann es noch heute aufschreiben und das hat sie für uns getan. Es hört sich an wie eine ostpreußische Speisekarte, denn sie zählt die Gerichte auf, nach denen sich die Hungernden sehnen, die eingepfercht dicht an dicht auf dem Steinboden liegen. „Es knurrt uns der Magen im Schlafen und Wachen, wir träumen nur noch von leckeren Sachen: Von Kartoffelflinsen, von süß/sauren Linsen, von unserm Königsberger Fleck, Kartoffelkeilchen mit viel Speck, von Spirkeln mit Kartoffelbrei, von Sauerampfersupp´ mit Ei,“ So geht es mit all den Köstlichkeiten, die Mutter gekocht hat: „Aal grün, das war ein Gedicht, und wer kannte die Königsberger Klopse nicht?“ Es blieb dann auch bei diesem Gedicht, alle diese Gerichte waren nur Illusion, denn: „Das Klappern an der Tür lässt uns den Traum vergessen, den wir geträumt haben vom guten Essen. Hier am Ort der Verzweiflung und bittersten Not gibt es nur Wassersuppe und hartes Brot.“ Vielen Dank, liebe Frau Manfraß, dass sie uns Ihr Gedicht übermittelt haben. Es wird uns alle berühren, die wir die Hungerzeit nicht vergessen haben und uns glücklich schätzen dürfen, unsere Lieblingsgerichte genießen zu können.


Bild: privat

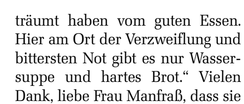
Königsberg: Im Hintergrund die Altstädtische Kirche.

Und selbst wenn man für seinen geliebten Tilsiter etwas weiter gehen muss, weil der nächste Supermarkt ihn aus der Käsetheke genommen hat. Ein Leser hat uns dies gemailt mit der Frage: Ist Tilsiter Käse zu teuer für den Discounter? Nun werden wir die Marktstrategie dieses Unternehmens nicht beeinflussen können, lieber Herr Sk., und das hat Ihnen die Firmenleitung auch bestätigt. Mit einem Schreiben, in dem darauf hingewiesen wird, dass es nur ein begrenztes Sortiment führen kann, um ihren Kunden ein äußerst günstiges Preis-Leistungsverhältnis bei den Produkten bieten zu können. Da sich der Anbieter nach dem durchschnittlichen Nachfrageverhalten seiner Kunden orientieren müsse, könne nicht jeder einzelne Wunsch erfüllt werden. Soweit das Schreiben, aus dem somit hervorgeht, dass nach dem von Ihnen bevorzugten Tilsiter – als 400g Stück angeboten – eine zu geringe Nachfrage besteht. Das muss man als Kunde, wenn man einen Discounter bevorzugt, schon berücksichtigen. Auch dass die Käsepalette von Jahr zu Jahr breiter und bunter wird, weil die Verwendung vielseitiger geworden ist. Das kann man an jeder Käsetheke, ob in den Delikatessabteilungen der Warenhäuser, in Spezialgeschäften oder auf Wochenmärkten feststellen. Und da ist unser geliebter Tilsiter doch – fast – immer zu finden!

Warum ich überhaupt diese Zuschrift hier erwähne? Um einmal aufzuzeigen, welche unterschiedlichen Wünsche und Probleme an uns herangetragen werden – und weil sie eben zum Thema „Heimat kann man schmecken“ passt. Wie auch die Frage einer Leserin aus der nachfolgenden Generation, die seit einigen Jahren Familienforschung betreibt. Und da sind wir beim Thema „Keilchen“, plattdeutsch „Kielkes“ genannt. Sie erinnerte sich an einen Spruch ihres Großvaters, mit dem er seine Enkelin zu trösten pflegte: „ Nun griene man nicht, im Ofen steht Kielkes, das weetst du mir nicht!“. Na ja, die Redensart hat in Platt etwas anders gelautet, ich kenne sie jedenfalls so; „Nu jrien man nich, em Oawe stoahn Kielkes, dat weetst du man nich!“ Ein guter, echt heimatlicher Trost!

Auch der Wunsch von Frau **Irene Wendland**, den wir in Folge 3 veröffentlichten, gehörte zu diesem Thema. Sie suchte nach Königsbergern, die sich an die Bäkkerei und Konditorei ihres Großvaters **August Kasprik** in der Hagenstraße erinnerten. Jetzt teilte sie mir mit, dass sie einige Zuschriften erhalten hätte, darunter von einem Herrn, der als kleiner Junge mit seinem Vater öfters die Konditorei besuchte und sich noch gut an sie erinnern könnte, zumal er damals in der Nähe wohnte. Frau Wendland hat sich sehr gefreut und bedankt sich bei allen, die ihr geschrieben haben.

Wie sorgfältig unsere Ostpreußische Familie gelesen wird, konnte der Spandauer „Wurstmaxe“ **Manfred Stahl** feststellen. Ich hatte mich so über seine Glückwünsche zu meinem 95. Geburtstag gefreut, dass ich mich in der letzten Folge dafür bedankte, stellvertretend für alle, die mir gratuliert haben – und es noch immer tun! Und dabei habe ich seinen Stand an den Anhalter Bahnhof versetzt, obgleich der Wurstmaxe in der Spandauer Altstadt an der Charlottenstraße steht. Ergebnis: Einige Kundinnen kamen gleich nach dem Erscheinen der *PAZ* mit der Zeitung in der Hand zu ihm und fragten, ob er denn mit seinem Stand umziehen wolle, Herr Stahl konnte sie beruhigen. Er rief mich sofort an um mir dies mitzuteilen, denn er findet es toll, wie genau unsere Zeitung gelesen wird. Wir auch.




Ruth Geede Bild: Pawlik

In unserm heimatlichen Sprachschatz gibt es Wörter, die nur in manchen Gegenden vorkamen und sonst weitgehend unbekannt waren. Das könnte auch auf die Frage von Frau **Dorothea Blankenagel** zutreffen, die in einem Heimatheft zwei Ausdrücke für Kaninchenfutter fand, die ihr unbekannt sind – mir auch. Nun konnten wir in unserer Königsberger Etagenwohnung keine Karnickel halten, aber Frau Blankenagel, denn sie schreibt, dass i h r e Kaninchen sie auch nicht kannten, das heisst, sie wurden weder mit „Seeblättern“ noch mit „Komfrei“ gefüttert. Wer kennt diese Bezeichnungen und woraus bestand dieses Kleintierfutter? (Dorothea Blakenagel, Heerstr. 59 in 47053 Duisburg)

Zu einem anderen Komplex konnte Frau Blankenagel mit ihrem fundierten Wissen über Neuhausen-Tiergarten noch weitere Informationen beitragen. Es handelt sich um die Gefangenen, die dort während des Krieges eingesetzt waren und die Herr **Manfred Rattay** als Beispiel für das gute Zusammenleben zwischen der deutschen Familie und dem Kriegsgefangenen anführt. Wir hatten seine Erinnerungen, die in Neuhausen-Tiergarten spielten, in Folge 7 gebracht und sie ergänzte seine Ausführungen mit den Angaben: „Der zum Bauer Wiemer gewechselte Gefangene, der die Milchkannen nach Hause holte, hieß Josef. Der bei Schalt den Kohlenhandel deichselte, war Belgier.“ So wird die Vergangenheit durch unsere aufmerksamen Leserinnen und Leser immer transparenter!

Nun stellt auch Frau **Ilse Conrad-Kowalski** aus Lübeck, die uns schon so oft geholfen hat, eine Frage, und sie führt in das alte Königsberg. Etwa um 1914 hatte ihre Großmutter, Emma Fahrun, nach dem frühen Tod ihres Mannes ein Hotel übernommen, das GERMANIA, Frau Conrad-Kowalski weiß nichts Näheres über dieses Hotel, das ihre Großmutter später verkauft hat. Es lag ihrer Erinnerung nach in der Nähe der Altstädtischen Kirche, und da hat sie Recht. Es gibt einen Königsberg-Reiseführer von 1910, den der Verlag Rautenberg 1988 als Reprint herausbrachte, und die darin enthaltenen Angaben müssten auch für die Zeit der Übernahme gelten. Danach lag das GERMANIA in der Tragheimer Kirchenstraße 47 und dürfte mit zu den besten Häusern der Stadt gehört haben, denn die Zimmerpreise – ab 2,50 Mark! – glichen denen der anderen guten Hotels. Es bot neben Table d'hote auch Menüs – für 1,50 Mark, das waren noch Zeiten! Frau Fahrun dürfte das GERMANIA verkauft haben, weil ihre älteste Tochter Elly Schmidt wohl mit ihrer Hilfe 1931 den KAISERHOF in Kahlberg übernahm. Sie müsste also bis zu diesem Zeitpunkt das GERMANIA geführt haben, und es könnte durchaus sein, dass sich noch ältere Königsberger an das Haus in der Tragheimer Kirchenstraße erinnern, in der viele bekannte Hotels wie das HOTEL DE ROME, das KREUTZ und das MONOPOL lagen. Das GERMANIA wurde besonders von Kaufleuten frequentiert. Frau Conrad-Kowalskis Anliegen an unsere Ostpreußische Familie: „Gibt es noch jemand, der sich an das GERMANIA erinnert, vielleicht noch meine Großmutter gekannt hat, durch Einzelheiten und Erlebnisse unsere Familiensage bereichern und damit helfen könnte, die klaffende Lücke in der Erinnerung zu schließen? Das wäre schön!“ (Ilse Conrad-Kowalski, Rademacherstr. 11 in 23556 Lübeck, Telefon: 0451/891818).



Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Zeuge in eigener Sache

In Prenden verstarb der sudetendeutsche Journalist und Politiker Gustav Just im 90. Lebensjahr

Am 23. Februar verstarb im Dorf Prenden, nordöstlich von Berlin, der sudetendeutsche Journalist und Politiker Gustav Just, der am 16. Juni sein 90. Lebensjahr hätte vollenden können. Geboren im Dorf Reinowitz, heute ein Ortsteil von Gablonz, dem Zentrum der deutsch-böhmischen Glasschmuckindustrie, wurde er schon als Oberschüler 1938 begeisterter Anhänger des Nationalsozialismus. Vom „Reich“ erwarteten die Sudetendeutschen damals Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Minderheitenrechte gegen die tschechische Regierung. Gustav Just handelte aber auch aus jugendlicher Opposition gegen seinen Vater, einen Schlosser, der Kommunist war, und meldete sich nach dem 1940 in Gablonz abgelegten Abitur freiwillig zum Kriegsdienst in der Wehrmacht.

Er nahm 1941 am Russlandfeldzug teil, wurde mehrmals verwundet, musste auf Befehl seiner Vorgesetzten am 15. Juli 1941 jüdische Geiseln erschießen, was ihm ein halbes Jahrhundert später zum Verhängnis werden sollte, und heiratete im letzten Kriegsjahr 1944.

Vom Freiwilligen in der Wehrmacht zum SED-Mitglied

Als Verwundeter erlebte er das Kriegsende in einem Feldlazarett in Tetschen-Bodenbach an der Elbe und wurde schließlich im Sommer 1946 nach Bad Schmiedeberg im Landkreis Wittenberg/Elbe, der Stadt Martin Luthers, in Sachsen-Anhalt ausgesiedelt. Hier wurde er zum „Neulehrer“ ausgebildet, was ein von der SED erfundener Berufsweg war, der allen während der Jahre 1933/45 politisch unbelasteten Leuten offenstand, auch solchen ohne Abitur. Mit den „Neulehrern“ sollten die in der Zeit vor 1945 belasteten NS-Pädagogen ersetzt werden, die zu Tausenden aus dem Schuldienst entfernt worden waren. Gustav Just war 1946 der aus SPD und KPD gebildeten SED beigetreten und arbeitete, nachdem er 1948 den „Neulehrer“-Beruf aufgegeben hatte, als Funktionär in der Kulturabteilung des SED-Landesvorstands von Sachsen-Anhalt, in der Kulturabteilung des ZK der SED in Ostberlin und beim „Deutschen Schriftstellerverband“, deren Vorsitzende damals die berühmte Exilschriftstellerin Anna Seghers (1900-1983) war. Bekannt, auch jenseits der DDR-Grenzen, wurde er aber als stellvertretender Chefredakteur des „Sonntag“, der Wochenzeitung des 1945 gegründeten „Kulturbunds zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“. Hier sorgte er dafür, dass das Blatt zum Sprachrohr der literarischen Opposition wurde, die dem Kreis der kritischen DDR-Intellektuellen um Wolfgang Harich, Walter Janka, und Erich Loest nahestand.

Preisgekrönter Übersetzer und SPD-Politiker

Während des Prozesses gegen den in Königsberg/Preußen geborenen und am 29. November 1956 verhafteten Philosophieprofessor Wolfgang Harich (1923-1995), der 1957 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, waren Gustav Just und Heinz Zöger, der Chefredakteur des „Sonntag“, als Zeugen geladen. Im Zeugenstand wurden sie am 8. März 1957 verhaftet und am 26. Juli verurteilt: Gustav Just zu vier, Heinz Zöger zu zweieinhalb Jahren. Nach 45 Monaten Haft im berüchtigten Zuchthaus Bautzen II, wo auch Wolfgang Harich, Walter Janka und Erich Loest einsaßen, wurde Gustav Just am 30. November 1960 entlassen. Er floh aber nicht über die bis zum 13. August 1961 noch offene Grenze nach Westberlin, sondern zog mit seiner Frau Heide 1982 aus Berlin nach Prenden in die märkische Provinz, wo er bis zu seinem Tod als Übersetzer aus dem Tschechischen und Slowakischen tätig war. Für die Leistung, mehr als fünf Dutzend Romane übersetzt zu haben, wurde er 1998 mit dem „Johann-Heinrich-Voß-Preis“ ausgezeichnet. Als die Mauer gefallen war, gründete er im Dezember 1989 in Prenden einen SPD-Ortsverein und war seit 1990 auch SPD-Kreisvorsitzender in Bernau und Mitglied des Kreistages. Bei der Landtagswahl im neuen Bundesland Brandenburg 1990 errang er ein SPD-Mandat und wurde Alterspräsident des Parlaments in Potsdam. Als 1992 durch Walter Janka aufgedeckt wurde, dass er 1941 in Russland an Geiselerschießungen beteiligt war, schied er aus dem Parlament aus. Seine Autobiografie erschien unter dem Titel „Zeuge in eigener Sache. Die fünfziger Jahre in der DDR“ (1990) und in erweiterter Fassung unter dem Titel „Deutsch, Jahrgang 1921“ (2001 und 2007). Seine Frau Heide Draexler-Just, die auf Fürsprache von Anna Seghers beim DDR-Fernsehen bleiben durfte, obwohl sie die Frau eines „Staatsfeindes“ war, hat unter dem Titel „Sprecherlaubnis“ Verhaftung, Prozess und ihre Reisen nach Bautzen 1957/60, wo sie ihren Mann viermal im Jahr besuchen durfte, beschrieben. *J. B. Bilke*

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Pultke, Gerda, geb. **Böhm**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Von-der-Recke-Straße 58, 44809 Bochum, am 14. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Romeike, Pauline, geb. **Riewe**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Seniorenheim Heuwer, Gnäterkuhlenweg 25, 22880 Wedel, am 17. März

Schneider, Gertrud, geb. **Bernoth**, aus Lyck, jetzt Mergelteichstraße 31, 44225 Dortmund, am 16. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Lukas, Ruth, geb. **Thiem**, aus Reichensee, Kreis Lötzen, jetzt Bunte Kuh 3, 59174 Kamen-Methler, am 19. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bloch, Martha, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, jetzt Weilerbachweg 29, 73037 Göppingen, am 17. März

Brozio, Anni, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Ludwig-Jahn-Straße 38, 23611 Bad Schwartau, am 20. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Wenzek, Käte, geb. **Wichmann**, aus Lyck, Danziger Straße 7, jetzt Brunkenwinkel 24, 29664 Walsrode, am 15. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Altkrüger, Gertrud, geb. **Korpies**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, jetzt Donaustraße 21, 30519 Hannover, am 20. März

Enseleit, Erich, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, jetzt 2756 West Avenue, 14108-121 Newfane, N.Y., USA, am 20. März

Kruschenski, Gertrud, aus Großheidekrug, Kreis Samland, jetzt Verdieckstraße 68, 24149 Kiel, am 18. März

Lamottke, Ella, geb. **Adam**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Kraneburgstraße 58, 46240 Bottrop, am 14. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Buchholz, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 28, jetzt Dreieichrung 44, 63067 Offenbach, am 17. März

Kopsch, Karl, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Friedensstraße 35, 04758 Oschatz, am 14. März

Lenz, Johanna, geb. **Grygo**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Münsterstraße 21, 44534 Lünen, am 18. März

Szislo, Liesbeth, geb. **Czerwonka**, aus Aulacken, Kreis Lyck, jetzt Osningstraße 1, 49124 Georgsmarienhütte, am 19. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Barkemeyer, Edeltraut, geb. **Kaslack**, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Ostweg 37, 26135 Oldenburg, am 14. März

Blaukat, Ursula, geb. **Zantop**, aus Radnicken, Kreis Samland, jetzt Rheindorfer Straße 115, 53225 Bonn, am 14. März

Böhmer, Doris, geb. **Putzki**, aus Wehlau, Krumme Grube, Kreis Wehlau, jetzt Stromtal 10, 14822 Brück, am 20. März

Gawlista, Ottilie, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Nordring 20, 44787 Bochum, am 15. März

Kondritz, Friedel, geb. **Mill**, aus Birkenau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Gärtnergrund 21, 18195 Tessin, am 19. März

Martens, Lina, geb. **Amberger**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Wokenbarg 2, 22949 Ammersbek, am 18. März

Rahmel, Meta, geb. **Sulimma**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt Paul-Sorge-Straße 208 A, 22455 Hamburg, am 17. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Banse, Gertrud, geb. **Kaufmann**, aus Ebenrode, jetzt Sonnenweg 24, 21481 Lauenburg, am 16. März

Essmann, Erika, geb. **Godau**, aus Weischkitten, Kreis Samland, jetzt Stegmannstraße 14, 31655 Stadthagen, am 20. März

Gorski, Gustav, aus Auersberg, Kreis Lyck, jetzt Josefa-Laruga-Straße 15, 45772 Marl, am 18. März

Hartmann, Eva, geb. **Gleich**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Kleiner Hundweg 11, 77799 Ortenberg, am 16. März

Hölzner, Frieda, geb. **Duddeck**, aus Lyck, Bismarckstraße 1, jetzt Gartenstraße 14, 58285 Gevelsberg, am 16. März

Kiy, Alfred, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Gorch-Fock-Weg 6, 23774 Heiligenhafen, am 14. März

Kremp, Elfriede, geb. **Brzoska**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, jetzt Wieslaufweg 27, 73614 Schorndorf, am 19. März

Rösler, Elli, geb. **Witt**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Eberhardstraße 85 E, 89073 Ulm, am 16. März

Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, jetzt Anton-Köck-Straße 24, 82049 Pullach, am 14. März

Schmidt, Fritz, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Vizelinstraße 4, 31785 Hameln, am 15. März

Schultz, Lisbeth, geb. **Kamutzki**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Langäcker Straße 3, 96157 Ebrach, am 14. März

Sudau, Ernst, aus Siebenkirchberg bei Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Hasberger Dorfstraße 2, 27751 Delmenhorst, am 3. März

Treppner, Margarete, geb. **Rieck**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, jetzt Negelskamp 15, 32049 Herford, am 17. März

Willumeit, Erna, geb. **Weßlowski**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Sprockstraße 8, 46145 Oberhausen, am 14. März

Wolter, Hilda, geb. **Duschneit**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, jetzt Ahlhorner Straße 55, 27793 Wildeshausen, am 17. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Altenburg, Hildegard, geb. **Guddat**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Lattweg 38, 69207 Sandhausen, am 16. März

Bartels, Dora, geb. **Ruddies**, aus Kringitten, Kreis Samland, jetzt Bützower Straße 50, 18239 Hohen-Luckow, am 16. März

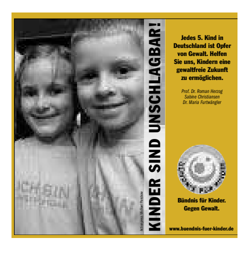
Benson, Hedwig, geb. **Woywad**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Wöllersheimer Weg 7, 31195 Lamspringe, am 16. März

Bielitz, Hans-Joachim, aus Sanditten, Kreis Wehlau, jetzt Wendilaweg 8, 26446 Friedeburg, am 19. März

Bothe, Erika, geb. **Kraft**, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Rosengasse 10, 02694 Klix, am 18. März

Braunstein, Else, geb. **Pentzeck**, aus Lyck, jetzt Hombergsring 44, 45529 Hattingen, am 19. März

Czybulka, Fritz, aus Auersberg, Kreis Lyck, jetzt Am Kämpchen 10, 40885 Ratingen, am 20. März



Daschkey, Paul, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Lessingstraße 16, 59320 Ennigerloh, am 17. März

Falk, Ruth, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Achtern Knick 3, 24539 Neumünster, am 15. März

Fusenig, Hildegard Erna, geb. **Mischkewitz**, aus Lyck, jetzt Hauptstraße 14, 54413 Damflos, am 18. März

Gerlach, Gertrud, geb. **Haack**, aus Lauterbach, jetzt Rangendinger Straße 3, 72414 Rangendingen-Höfendor, am 19. März

Goebel, Erna, geb. **Nowack**, aus Oberalkehnen, Kreis Samland, jetzt Jahnstraße 71, 44575 Castrop-Rauxel, am 15. März

Hoffmann, Hannelore, geb. **Warnat**, aus Lyck, jetzt Mühlstraße 25, 63688 Gedern, am 14. März

Kositzki, Emil, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Lortzingstraße 3, 45699 Herten, am 16. März

Lenz, Siegfried, aus Lyck, jetzt Preußerstraße 4, 22605 Hamburg, am 17. März

Lucas, Helene, geb. **Sandau**, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Residenz Grömitz, Grömitzer Höhe 1, 23743 Grömitz, am 18. März

Mühlbredt, Herbert, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Gersteweg 16, 26125 Oldenburg, am 19. März

Pears, Hertha, geb. **Raufmann**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt 6 Gordon Street, NN146BH Rothwell, Kettering North., Großbritannien, am 15. März

Petroschka, Erich, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Danziger Straße 1, 91301 Forchheim, am 20. März

Rybka, Elfriede, geb. **Dalkowski**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Martin-Buber-Straße 5, 28279 Bremen, am 18. März

Schulz, Kurt, aus Regeln, Kreis Lyck, jetzt Im Meldauer Berg 80, 27283 Verden, am 20. März

Schulz, Margarete, geb. **Freiwald**, aus Lyck, jetzt Am Raspenhaus 11, 42499 Hückeswagen, am 14. März

Tödt, Irmgard, geb. **Niklas**, aus Gusken, Kreis Lyck, jetzt 23845 Itzstedt, am 19. März

Weidlich, Edith, geb. **Vongehr**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenbergstraße 23, 29584 Himbergen, am 14. März

Zielinski, Antoni, aus Lötzen, jetzt Krolowej Jadwigi 11/2, PL-11-500 Gizycko, am 15. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Angenend, Ella, geb. **Kropat**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, jetzt Chemnitzer Straße 32, 40627 Düsseldorf, am 17. März

Barth, Helga, geb. **Majewski**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Dovemoor Straße 29, 28259 Bremen, am 17. März

Bendick, Reinhard, aus Wehlau, Krumme Grube, Kreis Wehlau, jetzt Siebseeweg 57, 68305 Mannheim, am 14. März

Bendlin, Eva, geb. **Woldeit**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Karl-Arnold-Ring 4, 38444 Wolfsburg, am 18. März

Block, Siegfried, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Sternbergstraße 5, 72525 Münsingen, am 18. März

Brötje, Katharina, geb. **Kuhr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Justus-Liebig-Straße 24, 28357 Bremen, am 16. März

Döring, Elfriede, geb. **Lyssewski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Seumestraße 17, 10245 Berlin, am 19. März

Ebeling, Edith, geb. **Götz**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Granitzstraße 14 A, Etage 2 rechts, 13189 Berlin, am 20. März

Enseleit, Siegfried, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Liedbachstraße 28, 59427 Unna, am 15. März

Fröhlich, Ingrid, geb. **Leinert**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, jetzt Edelweißstraße 76, 82178 Puchheim, am 15. März

Gropius, Anna-Maria, geb. **Klimkat**, aus Königsberg-Ballieth, jetzt Damkitzstraße 2, 13503 Berlin, am 3. März

Hein, Hannelore, geb. **Meller**, aus Diewens, Kreis Samland, jetzt Friedrich-Engels-Straße 8, 15537 Grünheide, am 17. März

Hosenberg, Hubert, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Martin-Lange-Straße 21, 44866 Bochum, am 20. März

Huneck, Lieselotte, geb. **Patz**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Kreuzberg 8, 59964 Medebach, am 15. März

Labusch, Lothar, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Burgstraße 44, 51647 Gummersbach, am 14. März

Lührmann, Hildegard, geb. **Weylo**, aus Lyck, jetzt Kirchstraße 147 D, 46539 Dinslaken, am 20. März

Lundell, Inge Anita, geb. **Stuhrmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Dragenvägen 49, 19433 Upplands-Väsby, Schweden, am 14. März

Neumann, Doris, geb. **Neumann**, aus Königsberge, Kreis Neidenburg, jetzt Reschop 8, 45525 Hattingen, am 14. März

Neumann, Gerhard, aus Neidenburg, jetzt Im Schneppenkamp 12, 45525 Hattingen, am 15. März

Reiner, Christel, aus Lyck, jetzt Am Schützenplatz 18, 38170 Schöppenstedt, am 16. März

Stößer, Christel, aus Haffwerder/Agilla, Kreis Labiau, jetzt Bahnhofstraße 53, 21441 Garstedt, am 15. März

Tietz, Gerhard, aus Ortelsburg, jetzt 3848 W 38 4th Ave., Vancouver, B.C. VGN 2Y4, Canada, am 16. März

Waschull, Ferdinand-Willi, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Triehorst 3, 24214 Noer, am 16. März

Weier, Werner, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Vossbäck 47, 17121 Loitz, am 16. März

Wischnat, Gerhard, aus Ebenrode, jetzt Am Kreuzberg 5, 96231 Bad Staffelstein, am 15. März

Wondzinski, Charlotte, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, jetzt Königsberger Straße 28, 23701 Eutin, am 16. März



Böhm, Peter, aus Königsberg, Gebauhrstraße 2 A, und Frau Margarete, geb. **Dziersk**, aus Fröhlichsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Buchenweg 9, 21521 Dassendorf, am 17. März

Platz, Werner, aus Sensburg, und Frau Anneliese, jetzt Merkelsbach 138, 53804 Much, am 23. Februar

Zastran, Erich, und Frau Herta, geb. **Meyer**, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen, jetzt Thalenweg 4, 57258 Freudenberg, am 10. März

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

- **11.–13. März**: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
- **11.–13. April**: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont
- **16./17. April**: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg
- **28./29. Mai**: Deutschlandtreffen in Erfurt
- **10.–13. Juni**: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
- **16. Juli**: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein
- **23.–25 September**: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
- **10.–16. Oktober**: Werkwoche in Bad Pyrmont
- **15.–16. Oktober**: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen
- **28.–30. Oktober**: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont
- **5.–6. November**: OLV in Bad Pyrmont
- **7.–11. November**: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 12. März, 15 Uhr, Phoenix: Die Germanen.

Sonnabend, 12. März, 20.15 Uhr, Vox: Täter Mensch – Das Böse in uns.

Sonntag, 13. März, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 13. März, 14.55 Uhr, arte: Die Auflehnung. TV-Heimatdrama nach dem Roman von Siegfried Lenz.

Sonntag, 13. Februar, 16.30 Uhr, arte: Siegfried Lenz. Schriftsteller und Menschenfreund.

Montag, 14. März, 21 Uhr, hr: Die Flucht (1/2).

Montag, 14. März, 21 Uhr, Das Erste: Fremde Heimat (1/2). Das Schicksal der Vertriebenen nach 1945.

Montag, 14. März, 22.30 Uhr, BR: Hitlers braune Bataillone. Die Geschichte der SA.

Dienstag, 15. März, 20.15 Uhr, RBB: Mein Deutschland (1/3). „Geteilte Heimat“. Prominente erzählen über ihre Erlebnisse in der Zeit von 1949 bis 61.

Dienstag, 15. März, 22.45 Uhr, hr: Als der Osten noch Heimat war (1/3).

Mittwoch, 16. März, 20.15 Uhr, Das Erste: Das Feuerschiff. TV-Drama nach Siegfried Lenz.

Donnerstag, 17. März, 21.45 Uhr, NDR: Der Mann im Strom. TV-Drama nach Siegfried Lenz.

Donnerstag, 17. März, 22.45 Uhr, RBB: Bismarck – Kanzler und Dämon (1/2). Vom Landjunker zum Reichsgründer.

Freitag, 18. März, 14.15 Uhr, Phoenix: Willy Brandt ans Fenster.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 26. März 2011, 4. Ostdeutscher Ostermarkt von 11–17 Uhr im Haus der Heimat, Schloßstr. 92, 70176 Stuttgart. In einer gemeinsamen Aktion von dem Jugendverband DJO-Deutsche Jugend in Europa, dem BdV-Bund der Vertriebenen, dem Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA) und fast allen Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen werden den Tag über an den verschiedenen Ständen im Haus der Heimat kulinarische Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, ostpreußischer Bärenfang, Pillkaller, Mohn- und Streußelkuchen, Raderkuchen und vieles mehr an-

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

geboten. Darüber hinaus bieten die Aussteller verschiedene Literatur ihrer Heimatlandschaften, musikalische Raritäten und eine Ausstellung handwerklicher Kunst an. Für alle Trachtenträger und Volkstanzgruppen wird die Möglichkeit geboten Hemden, Blusen, Strümpfe, Schuhe und anderes Trachtenzubehör käuflich zu erwerben. Eine kleine Cafeteria rundet das Angebot ab. Weitere Informationen von: DJO-Deutsche Jugend in Europa e.V. Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Herr Liebscher, Telefon: 0711-625138, Fax: 0711-625168, e-mail: hartmut@djobw.de

Buchen – Dienstag, 29. März, Fahrt zur Firma Adler in Schaffenburg mit dem Sänger Peter Orloff und anschließendem Besuch einer Firma für Dinkel-Spezialitäten. Bus-Abfahrtszeiten zu erfragen bei R. Winkler unter Telefon (06281) 8137.

Lahr – Sonnabend, 19. März, 18 Uhr, Gasthaus „Zum Zarko“, Schillerstraße 3, Königsberger Klopsessen mit anschließender Jahreshauptversammlung.

Ludwigsburg – Mittwoch, 23. März, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2, Stammtisch.

KREISGRUPPE

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 27. März, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Jahreshauptversammlung. Bitte Termin notieren, es folgt keine weitere Einladung!



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Kitzingen – Freitag, 25. März, 14.30 Uhr, „Deutscher Kaiser“ in Kitzingen: Referat „Aktuelle Fragen des Sozialrechts, (Gustav Patz).

München – Sonnabend, 19. März, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Vorführung des Films „Sommer in Ostpreußen 1942“. Zu Beginn gibt es eine gemeinsame Kaffeetafel.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 13. März, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin. Infos bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.

BREMEN

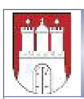
Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

LANDESGRUPPE

Bremen – Donnerstag, 31. März, Hotel zur Post: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totengedenken, 3. Ehrungen, 4. Bericht des Vorsitzenden, 5. Ressortberichte, 6. Kassenbericht, 7. Kassenprüfungsbericht, 8. Aussprache, 9. Entlastung des Vorstandes, 10. Ergänzungswahl (Kassenführer und Kassenprüfer), 11. Wahl eines Ehrenmitgliedes, 12. Verschiedenes. Die Punkte 1–3 der Tagesordnung finden im Rahmen einer geselligen Kaffeetafel statt. Sodann folgen die satzungsgemäßen Regularien der Punkte 4–12. Anträge zur Mitgliederversammlung sind bis zum 24. März an die Geschäftsstelle zu richten! Zum Abschluss wird die Bremer Autorin Truxi Knierim, die bereits im November 2009 einen Vortrag gehalten hatte, erneut mit Sagen und Geschichten aus dem Werk der Danziger Märchenfrau Elsa Faber von Bockelmann, aber auch aus eigenen Werken, vortragen.

Bremen-Lesum-Vegesack – Mittwoch, 23. März: Jahreshauptversammlung. Eine ganz wichtige Veranstaltung ist das Deutschlandtreffen am 28. und 29. Mai in Erfurt. Nähere Infos sind bei Walter Schröder unter der Telefonnummer (0421) 483424 zu erhalten. Hier können Sie sich auch anmelden und Informationen über Ablauf und Preise erhalten, wobei sich der Fahrpreis nach der Beteiligung richtet. Anmeldungen nimmt auch Christel Kunigk, Telefon (0421) 74165, entgegen.

Bremerhaven – Freitag, 25. März, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag.



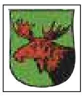
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

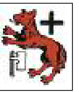
LANDESGRUPPE

Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt vom 27. bis 29. Mai. Es sind ein paar Plätze frei geworden! Die Abfahrt erfolgt am 27. Mai um 7.30 Uhr, Hamburg-Kirchenallee (gegenüber dem Hauptbahnhof). Rückfahrt am Sonntag, 29. Mai, 16 Uhr. Ankunft in Hamburg gegen 21.30 Uhr. Preise: pro Person im DZ 154 Euro, EZ-Zuschlag 40 Euro. Im Preis enthalten: Fahrt in einem Drei-Sterne-Bus, zwei Übernachtungen einschließlich Frühstücksbuffet im Best Western Hotel Excelsior (Vier-Sterne-Hotel) im Stadtzentrum von Erfurt, Kaffee und Kuchen im Hotel am Anreisetag, Altstadtrundgang zu den Sehenswürdigkeiten mit einem Stadtführer oder eine Besichtigung des Mariendoms zu Erfurt unter fachkundiger Führung. Abendbuffet am Anreisetag. Reiserücktrittskosten-Versicherung. Weitere Auskünfte und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

Sonntag, 20. März, **Besuch der Dittchenbühne** in Elmshorn. Gespielt wird die Tragikomödie „Die Ratten“ von Gerhart Hauptmann. Tagesablauf: 13 Uhr, Abfahrt des Busses von Meckelfeld, Höpenstraße 88 (Gasthaus Waldquelle), 14 Uhr Abfahrt Kirchenallee gegenüber dem Hamburger Hauptbahnhof, 15 Uhr Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang, 16 Uhr Theateraufführung, 18.30 Uhr Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040)6933520. – Mittwoch, 23. März, 15 Uhr, Delegiertenversammlung der Landesgruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke). Alle Bezirks- und Gruppenleiter mit ihren Delegierten sind herzlich eingeladen.



Elchniederung – Mittwoch, 6. April, 15 Uhr, ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hoheweide, U-Bahn Christuskirche: Kulturnachmittag. Nach dem Kaffee soll in einer gemütlichen Runde mit Vorträgen, frohen Liedern und Musik der Frühling angelockt werden. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Eintritt: 2 Euro.



Heiligenbeil – Viertägiger Kurzurlaub in der Mitte Deutschlands. Fahrt zum Ostpreußentreffen in Erfurt vom 26. bis 29. Mai. Erleben Sie an zwei Tagen einen der geschichtsträchtigen Teile Deutschlands und als Abschluss dann das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, Übernachtung (3x), Frühstücksbüfett und Abendessen (3x), Stadtrundfahrt und Stadtrundgang in Erfurt, Thüringenrundfahrt, Stadtrundfahrt Weimar, Transferfahrten zum Treffen. Anmeldungen bei Konrad Wien, Telefon und Fax (040) 30067092, es sind nur noch wenige Plätze im Bus verfügbar.



Osterode – Sonnabend, 19. März, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562. Einladung zum gemeinsamen Frühlingssingen mit Musikbegleitung. Eintritt frei. Gäste sind mit oder ohne Kappe herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 15. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Schrebers Café-Restaurant (im Kulturpalast), Öjendorfer Weg 30 a, 22119 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. März, 15 Uhr: Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Motto: „Jetzt fängt das schöne Frühjahr an…“

KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Sonntag, 2. April, 14 Uhr, AWO Seniorentreff am Bauerbergweg 7: Die Heimatkreisgruppe feiert ihr Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen sollen in geselliger Runde einige fröhliche Stunden verbracht werden. Vortrag zur Patienten-Verfügung und Vorsorge-Vollmacht. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt zu erreichen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Vortrag 5 Euro. Anmeldung bei Lm. K. Wien, Telefon

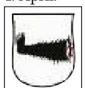
Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

LO-Seminar

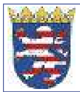
Kulturseminar der LO im Ostheim, Bad Pyrmont
Thema: **Kunst und Kultur in Ostpreußen**
Termin: 15.-17. April 2011
Kosten: 80,00 Euro (Zweibettzimmer, Vollpension)
Anmeldung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040/41 40 08-26, Fax: 040/41 40 08-19, E-Mail: Rinser@ostpreussen.de
Programmpunkte:
Ruth Geede: Lesung
Bertram Faensen: Antikensammlung in Ostpreußen
Dr. Wulf D. Wagner: Zur Bau- und Kulturgeschichte des Königsberger Schlosses (1740-1945)
Munin Brust: Leben und Werk des ostpreußischen Komponisten Herbert Brust
Maja Ehlermann-Mollenhauer: Paradies der Maler. Ernst Mollenhauer und die Künstlerkolonie Nidden
Dr. Monika Potztal: Ludwig Dettmann und die Königsberger Kunstakademie
Dr. Walter T. Rix: Jugendstilbauten im heutigen Königsberg

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

(040)30067092 bis Freitag, 1. April.



Sensburg – Sonnabend, 12. März, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg, Jahreshauptversammlung. Anregungen und Bedenken bitte an K. Budszuhn, Telefon (04141) 72767 richten.

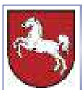


HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 19. März, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus Am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel Hauptversammlung mit Neuwahl des Vorstands und Bericht von Karl Lask über „Pflanzung einer Europaeiche in seiner Heimatstadt Treuburg anlässlich des 450. Stadtjubiläums“. – Die Kreisgruppe fährt vom 27. bis 30. Mai mit dem Bus zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Der Preis für Fahrt, Übernachtung und Halbpension im Vier-Sterne-Hotel Steigenberger „InterCityHotel“ beträgt im DZ 263 Euro, im EZ 315. Anmeldungen bei Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788.

Wetzlar – Montag, 14. März, 18.30 Uhr in den Grillstuben, Stoppelberger Hohl: Gemeinsames Grützwurstessen. Friederike Preuß berichtet über Spezialitäten und Gebräuche beim Essen und Trinken in Ostpreußen. – Während des Februartreffens nahm Joachim Albrecht (Wetzlar) die Mitglieder auf Kanufahrten auf den Flüssen und Seen Ostpreußens mit. Anhand des antiquarisch erworbenen Wasserwanderführers „Ostpreußen – Danzig – Memelland“ von 1935 führte der aus Lötzen stammende Referent seine 30 Zuhörer in Gedanken auf den Wasserwegen der ehemaligen deutschen Ostprovinz durch die wunderschönen Landschaften zwischen Weichsel und Memel. Über 3000 glasklare Seen und Flüsse mit reichen Fischbeständen, naturbelassenem Uferbewuchs und kulturhistorisch bedeutsamen Baudenkmälern im Einzugsbereich der Gewässer hat die seit 1945 zu Polen gehörende Landschaft den Freunden des Wasserwanderns auch heute noch zu bieten. Vor 80 Jahren sei dieses fernab vom Deutschen Reich gelegene Gebiet unter Mitwirkung des Deutschen Kanuverbandes (DKV) und des damaligen Landesverkehrsverbandes des Ost-Westpreußen touristisch erschlossen worden und biete Wasserwanderern auch unter polnischen Namen und Bezeichnungen eine einzigartige Erlebniswelt, führte der im heutigen Ostpreußen reiseerfahrene Referent aus.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22,49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 23. März, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband) Braunschweig, Jasperallee: Jahreshauptversammlung. Der Vorstand freut sich, wenn viele Mitglieder erscheinen!

Göttingen – Mittwoch, 23. März, 15 Uhr, Café „Valentin, Adolf-Elissen-Weg 1a in Göttingen-Weende (die Buslinien 2 und 3 halten direkt vor dem Haus): Kaffeerunde mit Gedankenaustausch und Plaudereien. – Auch dieses Jahr fährt die Gruppe Göttingen e.V. vom 28. bis 29. Mai nach Erfurt zum Ostpreußentreffen. Neben der Übernachtung mit Frühstück in einem Hotel in Erfurt wird es auch eine Stadtführung durch Erfurt geben. Im Preis von 96 Euro ist zudem die Eintrittsplakette zum Ostpreußentreffen enthalten. Da nur noch wenige Zimmer zur Verfügung stehen, bitte schnellstmöglich anmelden. Nähere Informationen bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675, Fax (0551) 6337133. Die Gruppe Göttingen kündigt bereits an, dass am 3. September der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird.

Hannover – Freitag, 25. März: Jahreshauptversammlung im Ruderclub, Ihme-Terrrassen, Roesebeckstraße 1 (Nähe Krankenhaus Siloah). Neuwahlen stehen an. Um Anregungen und Vorschläge wird gebeten.

Osnabrück – Donnerstag, 31. März, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 12. März, 10 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, Oberhausen: Frühjahrs-, Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen, da Wahlen anstehen.

Bad Godesberg – Mittwoch, 16. März, 17.30 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch. – **Bericht von der Jahreshauptversammlung** vom 13. Februar mit Neuwahlen. Anschließend fand die Karnevalsveranstaltung unter dem Motto „Karneval und Fastnacht vom Rhein bis an die Mosel“ in der Stadthalle Bad Godesberg statt. Dies war die Auftaktveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen der Gruppe. Der alte Vorstand ist auch der neue und setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzende: Gisela Noll; 1. Stellvertreter: Eberhard Jung; 2. Stellvertreter: Karl Probst: Schatzmeisterin: Ruth Probst; Kulturwartin: Karin Fleischhacker. Nachdem die Regularien erfolgreich abgeschlossen waren, präsentierte die Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Gruppe Bad Godesberg, Gisela Noll, ein umfangreiches Programm. Sie freute sich, mehr als 100 Besucher begrüßen zu können. Die Karnevalsgesellschaft „Rot-Grüne Senatoren“ mit ihrem Präsidenten Rolf Oettgen und der „Altstadtpräsidentin Marion I.“ eröffnete den turbulenten Teil und brachte das „Tanzmariechen Melanie“ und auch die Tanzgruppe „Funkenartillerie Bonn“ mit. Desweiteren konnten die kostümierten Gäste das Bad Godesberger Prinzenpaar Kurt I. und Godesia Jutta bejubeln. Der Prinz, dessen Großvater aus Ostpreußen stammte, kannte sich recht gut in unserer Heimat und auch mit den hochprozentigen Spezialitäten (Bärenfang) aus. Auch sie hatten eine große Tanzgruppe, die „Fidelen Möhnen“ aus Lannesdorf, mitgebracht. Auch das „Korps der Stadtsoldaten“ und der Besuch des Bad Godesberger Kinderprinzenpaars (Dennis I. und Kindergodesia Julia), begleitet von der Tanzgruppe „Fidele Burggrafen“, bereiteten mit ihrem Besuch Freude. Damit auch die heimatliche Komponente nicht zu kurz kam, stiegen Christel Korsch, Diethelm und Gisela Noll „in die Bütt“. Engelbert untermalte diesen Nachmittag musikalisch mit zahlreichen Tuschs. Die Mitwirkenden der Veranstaltung wurden mit den traditionellen „Holzorden“ dekoriert.

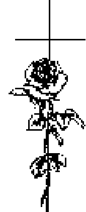
Bielefeld – Sonnabend, 26. März, 15 Uhr, Gaststätte Sprungmann, Osnabrücker Straße 35, 33649 Bielefeld: Jahreshauptversammlung.

Düsseldorf – Sonnabend, 26. März, 10 Uhr, Landesversammlung des BdV-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

Gütersloh – Montag, 14. März, 15–17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis.

Witten – Die Vorsitzende Elisabeth Rohlf begrüßte alle anwesenden Landsleute zur Jahreshauptversammlung in den neuen Räu-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Deine Sonne wird nicht mehr untergehen
und dein Mond nicht den Schein verlieren;
denn der Herr wird dein ewiges Licht sein.
Jesaja 60, 20

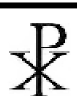
Hildegard Liedtke
geb. Meyer
* 15. Oktober 1921 † 27. Februar 2011
Jorken/Ostpreußen Bäk/Ratzeburg

Behaltet mich so in Erinnerung, wie ich in den schönen Stunden des Lebens bei euch war.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied
Annette und Andreas
mit Philip, Julia und Nina
Andrea mit Christopher
Elisabeth und Matthias
mit Henrik, Inga und Frederik
Georg und Monika
mit Kindern und Enkelkindern

Schulstraße 23, 23909 Bäk/Ratzeburg

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung fand am Dienstag, den 8. März 2011, um 14.00 Uhr im Ratzeburger Dom statt.



Auch die Schöpfung wird frei werden von der Knechtschaft
der Vergänglichkeit zu der herrlichen Freiheit der Kinder Gottes.
Römer 8, 21

Gott, der Herr über Leben und Tod, hat unseren Vater

Günther Kraft
* 28. 5. 1921, Allenstein, Ostpr. † 28. 2. 2011, Hatten

aus der Zeit in die Ewigkeit heimgerufen. Er entschlief fern seiner ostpreußischen Heimat und seinem geliebten Lebensmittelpunkt Berlin. Wir danken ihm für allen Einsatz für seine Familie und seine Kirche. Wir wissen ihn durch die Auferstehung Christi in Gottes Hand geborgen und bitten für alle, die durch seinen Tod betrübt sind, um Gottes Trost und Beistand.

In großer Trauer:
Hermann und Cornelia Wighardt, geb. Kraft
Matthias und Renate Kraft
Dr. Andreas und Viola Helgauer-Kraft
samt aller 10 Enkelkinder
sowie Gerhard und Charlotte Kraft

Traueradresse: Matthias Kraft, Klinsgrund 2, 31688 Nienstädt

Die Beerdigung fand am 11. 3. 2011 im Friedwald statt.
Anstelle von Blumenspenden bitten wir die Kirchengemeinde der Selbständigen Ev. Luth. Kirche Oldenburg OLB Oldenburg, Konto-Nr. 144 375 5200, BLZ 280 200 50



Dein Leben war ein großes Sorgen,
war Arbeit, Liebe und Verstehen,
war wie ein heller Sonnenmorgen –
und dann ein stilles von uns gehen.

Statt Karten

Ohne dich, ohne dich die Welt so leer,
so arm das Herz ohne dich!
Ohne dich, ohne dich keine Heimat mehr
auf der großen Erde für mich.

Gerhard Nowozin
* 9. Oktober 1929 † 1. März 2011
Ostpreußen Lübbecke

In Liebe
Deine Isolde
und deine Kinder Ada, Andrea, Elke
und Mathias mit Familien

32312 Lübbecke, Arndtstraße 28

Die Trauerfeier zur Einäscherung findet am Montag, dem 7. März 2011,
um 12.30 Uhr in der Friedhofskapelle in Lübbecke statt.

Auf Gerhards Wunsch erfolgt die Urnenbeisetzung in aller Stille.



Einer trage des anderen Last

Gerhard Gassewitz
* 1. 7. 1926 † 24. 2. 2011

Alle Zeit gedenken

Edelgard Gassewitz
Martin Gassewitz
Siegfried Gassewitz



Der Königsberg / Lauther – Klaus Schwarz
trauert um seinen Landsmann

Otto Schlicht
* 13. 2. 1920 † 1. 3. 2011
in Königsberg/Lauth in Schönwalde/Holstein

In tiefer Trauer:
Klaus Schwarz, Auf dem Heisen 7, 23717 Kasseedorf

Am Ende des Weges waren seine Lebenskräfte erschöpft.

Nach Jahren still ertragenen Leidens hat uns mein lieber, herzensguter Mann, Schwiegervater, treusorgender Opa und Uropa

Erich Gusewski
geb. 26. 9. 1919 gest. 4. 2. 2011

für immer verlassen, der Kreis seines ereignisreichen Lebens hat sich geschlossen, was bleibt, sind Dank und Erinnerung.

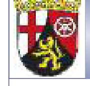
In stiller Trauer
Elfriede Gusewski
Regina Gusewski
Kathrin und Silvio Melzer mit Emelie
Sebastian Gusewski

Die Trauerfeier und Urnenbestattung fand am 11. Februar 2011 auf dem Friedhof in Bornstedt statt.

39343 Bornstedt, Achtstraße 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

men der Evangelisch-Lutherischen Kreuzgemeinde. Der bisherige Vorstand wurde bestätigt. Die Vorsitzende bedankte sich für die gute Mitarbeit im abgelaufenen Jahr 2010. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzende, Elisabeth Rohlf; Stellvertreter, Lothar Bierski; Schatzmeister und Schriftführer, Kurt Tarrach; Kultur, Ulrich Ruhnke und Hildegard Jagodzinski; Kassenprüfer, Kurt Skupch und Walter Brenda; Beisitzerin, Rita Fahrenson; Bewirtung, Gertrud Gabriel und Klaus Fahrenson. Die Vorsitzende dankte allen Mithelfern und schloss den offiziellen Teil der Versammlung. Es folgte ein geselliges Beisammensein mit kulturellen Beiträgen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 19. März, 13 Uhr, Café „Oase“, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 26. März, Einlass 13 Uhr, Beginn 14 Uhr, Begegnungsstätte in der Clausstraße 27: Veranstaltung zum Thema „Juden in Ostpreußen“. Referentin Dr. Leiserowitz. Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 26. März, 14 Uhr, Eschemuseum Limbach-Oberfrohna, Sachsenstraße 3: Heimatnachmittag. Das Thema lautet „Die Kirche von Tharau und die letzten Tage in der Heimat“. Alle Landsleute und Interessenten sind herzlich eingeladen. Hausschlachtene Wurst ist wieder im Angebot.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Montag, 14. März, 15 Uhr, Restaurant Treffpunkt Mürwik, Kielseng 30, Jahreshauptversammlung. Anschließend Gesang mit Gedichtvorträgen. Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen.

Anmeldungen bitte rechtzeitig bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816. – Dienstag, 22. März, 19.30 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde. Ein festliches Essen mit anschließendem Vortrag verschönert den Abend. Anmeldungen bitte an Wolfgang Kanstorf, Telefon (0461) 64847.

Mölln – Am 23. Februar fand um 17 Uhr im Quellenhof die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen statt. Die 1. Vorsitzende Irmingard Alex berichtete nach der Begrüßung über die durchgeführten Veranstaltungen des letzten Jahres. Elf Monatsversammlungen hatten im Quellenhof stattgefunden, außerdem waren zwei Fahrten unternommen worden: eine nach Kappeln an der Schlei und eine zum „Tag der Heimat“ nach Berlin. Danach legte Birgit Baltrusch den Kassenbericht vor, der von Edith Baltrusch geprüft worden war. Anschließend wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Bei den Neuwahlen wurden für zwei weitere Jahre Irmingard Alex als 1. Vorsitzende und Birgit Schumacher als Kassenführerin einstimmig wiedergewählt. Neuer Kassenprüfer wurde Joachim Oelers. Nach der Durchführung der Regularien wurde „Königsberger Klops“ als gemeinsames Essen serviert. Während der Veranstaltung trugen Irmingard Alex und Monika Palis Gedichte und Geschichten vor. Außerdem sang man gemeinsam Volkslieder. Bekannt gegeben wurde, dass am Freitag, dem 25. März um 15 Uhr im Quellenhof eine Versammlung des Bundes der Vertriebenen (BdV) stattfindet.

Donder liest

Sitten und Bräuche in Masuren

Günter Donder beschreibt in seinem Buch „Meine Kinderjahre in Masuren“ nicht nur seine Kindheit mit vielen Facetten des ländlichen Lebens sondern auch Sitten, Bräuche, Jahreszeiten, typische Speisen und vieles mehr, was Ostpreußen bis 1945 auszeichnete. Die Erlebnisse mit dem polnischen Mädchen Genia wurden auch in die Fernsehdokumentation „Damals in Ostpreußen“ aufgenommen, die vielfach im Fernsehen ausgestrahlt wurde. In der Lesung werden Ausschnitte aus dieser Dokumentation gezeigt. Die Lesung findet am Mittwoch, dem 30. März um 19 Uhr im Ostpreußsischen Landesmuseum statt. Eintritt: 4 Euro (ermäßigt: 3 Euro).

Ostpreußisches Landesmuseum
Ritterstr. 10, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131 75995-0
Fax: 04131 75995-11
Email: presse@ol-lg.de
Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Zum Tode von Heinz Bluhm: Wir nehmen Abschied von Heinz Bluhm, der im Alter von zweiundneunzig Jahren am 9. Februar 2011 in Hamburg verstorben ist. Heinz Bluhm wurde am 21. Dezember 1919 in Groß Lenkuk (Zabinken), Kreis Angerburg, geboren. Dem Schulbesuch folgend, erlernte er den Beruf des Schlachters in Heiligenbeil. Nach dem Arbeits- und Militärdienst verschlug es ihn nach dem Krieg nach Hamburg, wo er in Neugraben bei Harburg eine gut gehende Metzgerei betrieb. Diese gab er 1980 aus gesundheitlichen Gründen auf. Verheiratet war Heinz Bluhm mit Erika, geb. Bechert, die leider schon am 2. September 1992 verstorben ist. Aus dieser Ehe lebt Tochter Brigitte, verheirate König, und Enkeltochter Isabell. Heinz Bluhms Verbundenheit mit der Heimat wurde in Hamburg mit den dortigen Heimatvereinen sehr intensiv betrieben. Die Kreistreffen in Rotenburg wurden von Heinz Bluhm immer besucht, ebenfalls die heimatpolitischen Tagungen jeweils im Februar. Er hat seine Verbundenheit mit den Jakunern durch die Gründung einer Dorfgemeinschaft Anfang der 80-er Jahre aufgezeigt, die uns bei den Angerburger Tagen unter anderem jeweils einen Klassenraum, geschmackvoll gestaltet, bescherte. Dazu kam ein schriftlicher Dialog mit vielen Dorfbewohnern sowie seine Spendenbereitschaft. Geldspenden zum Begräbnis wurden auf seinen Wunsch ausnahmslos an die Kreisgemeinschaft Angerburg überwiesen. Erfolgte Ehrungen nahm Heinz Bluhm hin, jedoch gewählte Leitungspositionen standen bei ihm nicht im Vordergrund. Die Besuche in Jakunen, auf dem Abbau in seinem Elternhaus verbrachte er mit Ehefrau Erika, Enkeltochter Isabell und Verwandte. Im Dorf war er gut bekannt. Wenn er mit dem Pferdewagen durch das Dorf fuhr, hatte er nicht nur zu grüßen, sondern es bahnten sich auch Gespräche an, wenn es auch mit der Verständigung haperte. Unvergessen sind auch die abendlichen Treffen am See mit Lagerfeuer, die wir mit unseren Gastgebern erlebten. So hatten wir Heinz gekannt, uns war er ein guter und verlässlicher Freund. Wir werden ihm ein ehrenvolles Gedenken bewahren. Ewald Pofalla





ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Die Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V. trauert um Manfred Grusdt, geboren am 23. September 1929 in Tilsit/Ostpreußen, gestorben am 4. Februar 2011 in Stolberg/Rheinland. Träger des silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen. Manfred Grusdt verstarb nach langer schwerer Krankheit. Viele von uns haben in dieser für ihn schweren Zeit Kontakt zu ihm gehalten, um damit ihre Verbundenheit und ihren Beistand zu bekunden. Bereits 1992 hat er der Kreisgemeinschaft unterstützend zur Seite gestanden. Seit 2002 war er Kirchspielvertreter für Heinrichswalde, nachdem er seit 2000 als Stellvertreter in dieser Funktion tätig war. Gleichzeitig war er Versammlungsleiter und Kassenprüfer für die Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V. Er hat seine ganze Kraft eingebracht, um die Erinnerungen an unsere ostpreußische Heimat zu erhalten. Dazu gehörte auch seine zusätzliche Tätigkeit als Administrator für das Bildarchiv Ostpreußen. Sein Sachwissen über Ostpreußen, besonders zu Heinrichswalde, ist schwer zu ersetzen. Seine ruhige und bedächtige Art mit Problemen umzugehen wird bei künftigen Kreistreffen der Elchniederung sowie des Vorstandes fehlen. Die Kreisgemeinschaft Elchniederung wird Manfred Grusdt ein ehrendes Andenken bewahren. Im Namen des Vorstandes und aller ehrenamtlicher Mitarbeiter. Manfred Romeike, Kreisvertreter.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Komm. 2. stellv. Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Freitag, 18. bis Sonntag, 20. März, Gasthaus an der Schwefelquelle, An der Schwefelquelle 20, 37707 Altenau/Harz: 23. Sondertreffen Kirchspiel Zinten, Leitung: Irmgard Lenz, geb. Wengel. – Sonnabend, 26. bis Sonntag, 27. März: Kreistagssitzung 2011 der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Die Einladung hierzu ist termingerecht erfolgt und inzwischen liegt den Kirchspiel- und Stadtvertretern auch die Tagesordnung vor. Themen werden u. a. die Nachwahlen zum Vorstand (Bernd Schmidt als 2. stellvertretender Kreisvertreter und

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Brunhilde Schulz als Beisitzerin), die Satzungsänderung sowie die Situation der Kreisgemeinschaft sein.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Wahlaufruf: Die Wahlperiode der Ratsversammlung für Insterburg Stadt e.V. und des Kreisausschusses für Insterburg Land e.V. endet mit Ablauf des Dezember 2011. Nach der Satzung ist daher im Jahr 2011 eine Neuwahl für den Zeitraum 2012 – 2015 notwendig. Beide Gremien bestehen jeweils aus neun Mitgliedern. Wir bitten daher um getrennte Wahlvorschläge. Vorschlagsberechtigt und wählbar sind alle ehemaligen Bewohner und deren Nachkommen sowie die jeweiligen Ehepartner der Stadt Insterburg für die Ratsversammlung und alle ehemaligen Bewohner und deren Nachkommen sowie die jeweiligen Ehepartner des Landkreises Insterburg für den Kreisausschuss. Der Wahlvorschlag ist bis Ende März 2011 (31.03.2011) an die Geschäftsstelle in Krefeld einzusenden. Der Wahlvorschlag muss enthalten: Name, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Heimatanschrift und jetzige Anschrift des Vorgeschlagenen und Adresse sowie Heimatadresse des Vorschlagenden. Die Kandidatenliste wird rechtzeitig im Insterburger Brief und im Ostpreußenblatt veröffentlicht. Reiner Buslaps, Ulrich Demke, Insterburg Stadt, Insterburg Land



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Museum Stadt Königsberg – Von April 2010 bis zum Januar 2011 zeigte das Museum Stadt Königsberg in seinem gesamten Ausstellungsraum die Ausstellung **„Kant der Europäer“.** Sie war ein Beitrag zur Kulturhauptstadt Europas „Ruhr 2010.“ Die Ausstellung wurde gut angenommen, ihre Besucher kamen aus ganz Deutschland und aus dem Ausland. Sehr viele Führungen für Gruppen wurden auch in den Abendstunden durchgeführt, die Textdokumentation zur Ausstellung wurde gerne erworben ebenso das Begleitbuch zur Ausstellung „Kant der Europäer“ mit Beiträgen von 16 deutschen und ausländischen Verfassern zur Rezeption der Kantischen Philosophie in den verschiedenen europäischen Ländern. (Im Museum erhältlich!) Nach sechswöchiger Schließung haben die ehrenamtlichen Mitarbeiter eine Ausstellung vorbereitet, die wieder der Stadt Königsberg, ihrer Geschichte und Kultur und ihren großen Persönlichkeiten gewidmet ist. Ein umfangreicher Bereich wurde natürlich Immanuel Kant vorbehalten, zumal das Museum Stadt Duisburg inzwischen die weltweit größte Sammlung zum Philosophen besitzt. Weitere Bereiche sind Vertreter des „Königsberger Jahrhunderts“ wie Johann Christop Gottsched, Johann Georg Hamann, Christian Jakob Krauss, Johann Gottfried Herder, Theodor Gottlieb von Hippel, die „Königsberger Demokraten“ wie Eduard von Simson, Johann Jacoby, Fanny Lewald, Otto Braun und Carl Goerdeler, – Vertreter aus der Naturwissenschaft im 19./20. Jahrhundert wie Friedrich Wilhelm Bessel, Robert Kirchhoff, Carl Gottfried Hagen, Johann Friedrich Dieffenbach, David Hilbert, die drei Königsberger Nobelpreisträger Otto Wallach, Wilhelm Wien und Arnold Sommerfeld. In einem größeren Raumbereich kann man auf vierzehn Platten Wiedergaben bedeutender Königsberger Gebäude nach Stadtteilen geordnet und um einen Stadtplan-Ausschnitt gruppiert, betrachten. Darunter sind sehr seltene Fotos, die von Glasbildern aus dem Besitz des Museums abgenommen wurden. Im geschichtlichen Bereich geht es um die Prussen, den Deutschen Orden und die Gründung der Stadt, um das Schloss, um den Dom und das kirchliche Leben, um den Hafen. Die Reformation ist dabei, die Einwanderungen in Preußen nach der Reformation, der Aufstand gegen Napoleon – eingeleitet durch Yorck von Wartenburg. Natürlich fehlt auch nicht die legendäre Königin Luise. Aufgelockert wird alles durch wunderbares Silber aus eigenem Besitz und durch Leihgaben, durch Porzellan-Teller und Tassen mit Königsberg Motiven von der Königlichen Porzellan Manufaktur (KPM), mit Bernstein, durch verschiedene Modelle und Skulpturen. Käthe Kollwitz ist in einem größeren Bereich vertreten sowie einige Künstler der Königsberger Kunstakademie. Bis Mitte Mai werden auch die Königsberger Dichter, Schriftsteller und bedeutende Musiker in der Ausstellung aufgenommen. Bis dahin zeigt das Museum zwei Wechselausstellungen: **„Heinrich Bromm – ein Maler aus Ostpreußen“**, eine Leihausstellung vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Sie wurde am Sonnabend, 26. Februar 2011 mit einem Vortrag von Dr. Jörn Barfod aus Lüneburg eröffnet. Anwesend war auch eine Tante des hochbegabten, leider mit 31 Jahren im Zweiten Weltkrieg gefallenen Künstlers. Eine zweite Wechselausstellung wurde an diesem Tag der Öffentlichkeit von Lorenz Grimoni vorgestellt: **„Friedrichstein – Das Schloß der Grafen von Dönhoff“**. Sie ist eine Leihausstellung vom Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam. Weitere Vorhaben des Museums in der nächsten Zeit sind am 15. April 2011 beim alljährlichen Kant- Abend ein Gedenken an der Kant-Tafel am Duisburger Rathaus-Turm statt (19.00 Uhr). Schließlich wird am Freitag, den 20. Mai 2011 um 18.00 Uhr eine Ausstellung aus eigenen Beständen eröffnet, die durch, einige Exponate des Preußenmuseums in Wesel ergänzt wird: „Krönungen in Königsberg – Friedrich I. und Wilhelm I.“ Bekanntlich ist es in diesem Jahr 150 Jahr her, dass Wilhelm I. sich wie sein Vorfahr in der Schloss- und Krönungskirche in Königsberg selbst krönte. Ein Besuch in Duisburg ist sehr zu empfehlen, zumal der Bestand der Exponate in den letzten Jahren ständig gewachsen ist und interessante neue Objekte Eigentum der Stiftung Königsberg, der Trägerin des Museums, geworden sind. Die **Öffnungszeiten** sind: Di, Mi, Do und Sa von 10-17 Uhr, Fr von 10- 14 Uhr und So von 10 -18 Uhr über den Eingang des Duisburger Kultur- und Stadtgeschichtlichem Museum, Johannes – Corputius – Platz 1 in unmittelbarer Nähe zum Duisburger Rathaus (Parkgelegenheit) und der Salvatorkirche, einer einst vom Deutschen Orden errichteten Kirche. Man kann sich auch in unserem Büro (Mo/Mi/Fr zwischen 9 – 13 Uhr) über die monatlich an einem Sonntag um 15.00 Uhr stattfindenden Führungen informieren.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St.-Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Vom 18. bis 20. Februar tagte unser **Kreisausschuss** zusammen mit dem Arbeitskreis „Mittlere Generation“ im Ostheim in Bad Pyrmont. Neben den Regularien und Ehrungen befasste sich der Kreisausschuss mit den Beziehungen zum Verein der Deutschen Minderheit und zu den polnischen kommunalen Stellen; man strebt an, diese zu verbessern. Der Kreisausschuss wählte für 068 Königswalde, 084 Lissau und 167 Zeysen neue Ortsvertreter. Ausführlich diskutiert wurde das Programm für unser diesjähriges Haupttreffen, das am 27. und 28. August, wie immer, in unserer Patenstadt Hagen in Westfalen stattfinden wird. Da der Parkplatz an der Stadthalle nicht mehr gebührenfrei ist (er kostet 3 Euro pro Tag), beschloss der Kreisausschuss, den Eintrittspreis für das Treffen von 6 auf 5,00 Euro zu ermäßigen. Bitte, werben Sie für den Besuch unseres Kreistreffens, weil es sonst wegen zu geringer Beteiligung möglicherweise zum letzten Mal im großen Saal der Stadthalle abgehalten werden kann. Angeschnitten wurden auch die personellen Vorstellungen für die im Jahr 2013 stattfindende Wahl des Kreistages. Spätestens zu Beginn des kommenden Jahres muss feststehen, wer von den jetzigen Bezirksvertretern 2013 wieder kandidiert oder nicht. In 2011 finden folgende Treffen statt: 17. April, Regionaltreffen Nord in Lübeck; 5.-8. Mai, Kirchspieltreffen Borschimmen in Bad Pyrmont; 10.-12. Mai, Bezirkstreffen Baitenberg in Bad Pyrmont; 27.-29. Mai, Ortstreffen Steinberg in Schieder-Glashütte; 28.-29. Mai Ortstreffen Gorlau in Oerlinghausen; 28.-29. Mai, Bundestreffen in Erfurt.



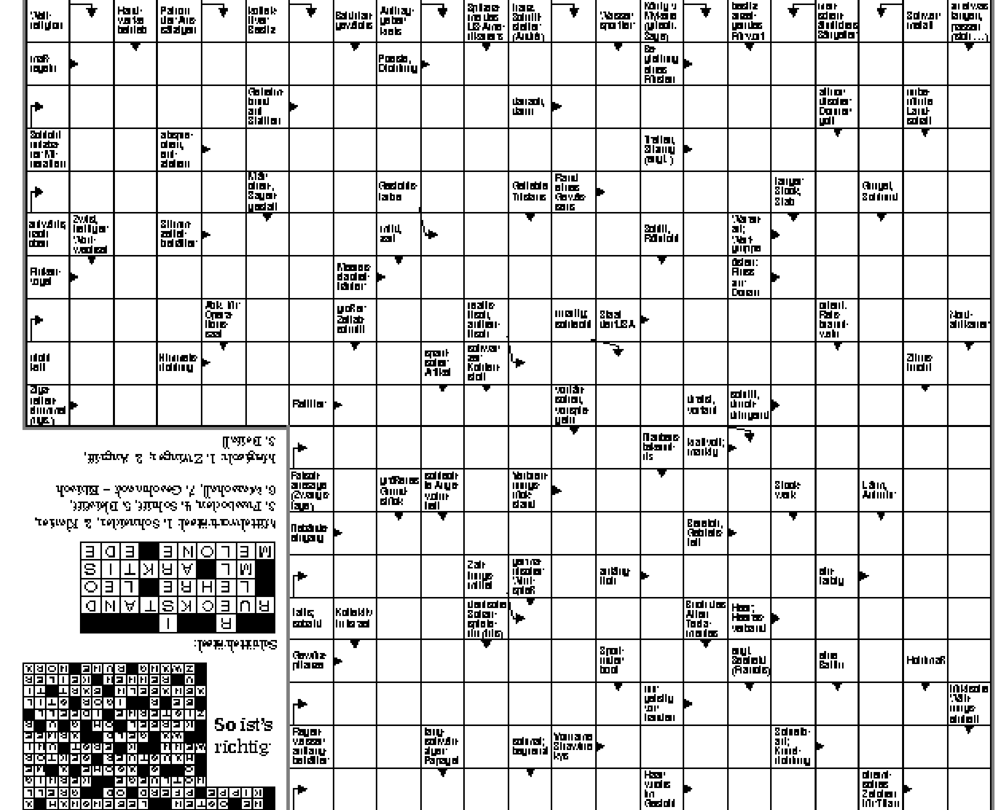
TILSIT–STADT

Stadtvertreter: (komm.) Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Tilsiter Rundbrief Nr. 40 – Von dem im Dezember 2010 erschienenen 40. Rundbrief sind noch Restexemplare erhältlich. Bei Anforderung verschicken wir sie an die angegebene Adresse. Der Versand ist kostenlos. Die Finanzierung erfolgt auf der Basis freiwilliger Spenden (Überweisungsträger liegt bei). Der Rundbrief kann bestellt werden bei Ingolf Koehler, Grasweg 31, 24226 Heikendorf. Telefon und Fax (0431) 242212. Mail: flogni2@freenet.de

Realgymnasium/Oberschule für Jungen – Das diesjährige Schultreffen findet vom 3.-5. September 2011 in Schwerin statt. Austragungsort ist das Intercity-Hotel. Dort stehen uns ein Veranstaltungsraum und ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Schultreffen“ zur Verfügung. Das Hotel befindet sich in Bahnhofsnähe. Es bietet einen idealen Ausgangspunkt für alle Unternehmungen. Besonders reizvoll ist der Schweriner See. Mit seinen 63 qkm ist er nach dem Bodensee, der Müritz und dem Chiemsee der viertgrößte Binnensee Deutschlands. Hier werden wir auch wieder unsere traditionelle Dampferfahrt unternehmen können. Das Hotel bietet ein ansprechendes Ambiente. Das Doppelzimmer kostet 89,90 Euro pro Zimmer und Nacht, das Einzelzimmer 69,90 Euro incl. Mehrwertsteuer. Im Zimmerpreis sind Frühstück und die kostenfreie

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

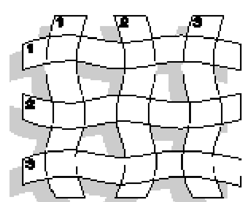
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACDEK HRSTU	EINU		EELNR	AKNR		EERS	AEIT	DEIN	DEOS
EEHLR						ELO			
EEILN NO			AKNR ST						
						DEE			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Nelkengewächs.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	AUF		SITZ
2	SCHIFFER		STUNDE
3	HOLZ		BELAG
4	DRUCK		ZUG
5	DREH		STUMMEL
6	FELD		STAB
7	WOHL		LOS



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Bauwerk in Dresden
2 Attacke
3 Applaus

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

Fahrt mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln enthalten. Zimmerbestellungen sind bis spätestens 31. Mai 2011 zu richten an das IntercityHotel, Runthalplatz 5-7, 19053 Schwerin. Tel. (0385) 59500, Fax (0385) 5950999, E-Mail schwerin@intercityhotel.com. Sie können kurzfristig und kostenfrei bis 24 Stunden vor der Anreise wieder abbestellt werden.



WEHLAU

Kreisvertreter: Hans Schlender, Telefon (040) 20976735, Fax (040) 20973080, Berliner Allee 29 22850 Norderstedt, E-Mail: hans.schlender@free-net.de.

Reise nach Ostpreußen 2011. Auch in diesem Jahr fährt die Kreisgemeinschaft Wehlau nach Ostpreußen. Wegen der guten Erfahrungen und um Zwischenübernachtungen in Polen zu vermeiden, werden wir auf der Hin- und Rükkfahrt die Fähre zwischen Rostock und Gotenhafen/Gdingen benutzen. Die Reise beginnt am Sonnabend, dem 18. Juni, 13 – 15 Uhr mit der Einschiffung im Fährhafen Rostock, Abfahrt der Fähre um 16.30 Uhr. Die Hinfahrt nach Rostock sollte jder Mitreisende selbst organisieren, da die Teilnehmer aus unterschiedlichen Richtungen anreisen und Bahnpreise bei rechtzeitiger Buchung günstig sein können. Die Reise endet am Montag, dem 27. Juni um 7 Uhr mit der Ankunft im Fährhafen Rostock. Dort holt ein Bus die Gruppe vom Schiff ab und fährt zum Hauptbahnhof. Die Rückfahrt in die Wohnorte erfolgt wie auf der Hinfahrt in eigener Regie. Auskunft über den Ablauf der Reise bei unten aufgeführten Anschriften. Es sind noch einige Plätze verfügbar, um schnelle Entscheidung wird gebeten. Reisepreis pro Person im DZ: 998 Euro, EZ-Zuschlag (nur Hotel) 230 Euro. Zuschlag Einzelkabine 98 Euro für Hin- und Rückfahrt. Schnieder Reisen – Cara Tours GmbH, Hellbrookkamp 29, 22177 Hamburg, Telefon (040) 3802060, Telefax (040) 388965. E-Mail: c.okkens@baltikum24.de oder Kreisgemeinschaft Wehlau e.V., Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586. E-Mail: gerd.gohlke@wehlau.net

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ausstellung Deutscher Orden

Über Höhen und Tiefen in der Beziehung deutscher Kaiser und polnischer Könige

Im Regionalmuseum der Stadt Schlochau eröffnete jetzt das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eine zweisprachige deutsch-polnische Ausstellung über die Geschichte des Deutschen Ordens im ehemaligen Deutschordensland.

Von Seiten des Ellinger Kulturzentrums Ostpreußen begrüßte Dr. Wiesław Roman Gogan in Anwesenheit der Direktorin des „Muzeum Regionalne w Człuchowie“, Ewa Homa-Rozek, die Gäste der Ausstellung im ehemaligen Landratsamt. Diese Wanderausstellung wurde zuvor bereits zuvor im Rathaus von Preußisch Stargard und im Schloss Bütow gezeigt und soll danach in weiteren westpreußischen Orten wie Konitz, Schwetz, Neuenburg und Mewe – also den alten Deutschordens-Städten – der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.



Regionalmuseum Schlochau: Besucher erfahren Wissenswertes über Ordensburgen. Bild: mef

Exponate waren zuvor in Westpreußen zu sehen

Die zweisprachige Ausstellung „Die Geschichte des Deutschen Ordens von der Gründung bis zur Gegenwart“ behandelt detailliert die Geschichte der Höhen und Tiefen der Beziehungen zwischen den deutschen Kaisern, den polnischen Königen und dem Papst. Neben den historischen Abriss wird dabei großer Wert auf die Beschreibung der in der Gegend heute noch erhaltenen Bauwerke des Deutschen Ordens gelegt. Mit Hilfe von 48 mit deutsch-polnischem Text versehenen Bildtafeln wird den Besuchern unter anderem die Geschichte der Burg Mewe, der ersten Ordensburg in Pommerellen, sowie der Burgen in Bütow, Schlochau und Schwetz erläutert. Neben der Marienburg sind alte Abbildungen der bischöflichen Burgen in Allenstein und Marienwerder zu sehen. Genauso finden die Burgen in den Landstrichen Pogesanien, Pomesanien und im Kulmer Land wie etwa die Bauwerke in Stuhm, Graudenz und Rheden ihren Eingang in die Bilderschau.

Die Ausstellung im Museum Schlochau wird bis 31. März 2011 zu sehen sein. *mef*

Tief beeindruckend, doch bleiben Fragen offen

Umjubelte Premiere in Elmshorn: Gerhart Hauptmanns Theaterstück »Die Ratten« auf der Dittchenbühne

Wer bei der Premiere dabei sein durfte, wird die Personen des Schauspiels nicht vergessen: Frau John, deren „Albertchen“ vor drei Jahren verstarb, kommt durch die Notlage, in der das polnische Dienstmädchen Pauline sich befindet, auf die Idee, das Neugeborene ihrem Mann, dem Mauerpolier John, der stets für längere Zeit in Altona arbeitet, als eigenes Kind unterzuschieben. „Mutter“ John, hervorragend gespielt von Monika Pohle, zieht gegenüber Pauline alle Register: einschüchtern, drohen, angstmachen, Geld geben. Pauline (Katrin Oder) lässt sich auf das Geschäft ein, was sie später bereut. Da sie die Geburt des Kindes auf dem Standesamt gemeldet und Frau John als Pflegemutter angegeben hat, schiebt diese ihr ein falsches Kind, das vernachlässigte der kokainsüchtigen Nachbarin Knobbe (Melanie Stasinski), unter. Dieses Kind stirbt. Unfreiwillige Zeugen der Szene sind Theaterdirektor Hassenreuter (Ralf Skala), seine Frau (Brigitte von Werder-Geiger), beider Tochter Walburga (Hanna Maack) und Erich Spitta (Malte Sachtleben), der Walburga liebt und Schauspieler werden möchte.

Hervorragend gespielt: parallele Handlungsstränge

Der parallel verlaufende komödiantisch gespielte Handlungsstrang hebt die Wirkung der auf ein tragisches Ende zusteuernden Haupthandlung nicht auf. Im Gegenteil: Er erschwert (oder erleichtert) die Antwort auf die Frage: Wer oder was sind die Ratten? Vater John ahnt, dass seine Frau kein reines Gewissen hat. Ein Hausmeister (Björn Oberhössel) fungiert als Zuträger. Durch den mittellosen Spitta, der mit seinem Vater, einem Theologen, gebrochen hat, kommt ans Licht, dass Frau John „nebenbei“ auch Geldverleiherin ist, und Selma, die minderjährige Tochter der Knobbe (Wiebke Kahns), verstrickt sich in Widersprüche, wenn es um die beiden Säuglinge geht.

Nichts ist wie es zu sein scheint. Auch Theaterdirektor Hassenreuter spielt ein doppeltes Spiel, als ihm die ein Engagement suchende Schauspielerin Rütterbusch (Julia Westedt) begegnet. Zufällig belauscht seine Tochter Walburga diese Szene, erkennt die Doppelmoral und ist erschüttert. Das Idealbild, das ihr Vater ihr war, ist zerbrochen. Die letzte, unerwartete Zuspitzung erfährt die Handlung dadurch, dass Frau John ihren kleinkriminellen Bruder Bruno (Olaf Zywietz) auffordert, Pauline, die wegen ihres Kindes keine Ruhe gibt, einzuschüchtern. Bruno tötet Pauline. Frau John erkennt, was sie getan hat, sieht, dass es kein zweites „Albertchen“ für sie gibt. Sie verflucht ihren Mann und setzt ihrem Leben ein Ende, in dem sie sich vor die Straßenbahn wirft.

Anders als vor 100 Jahren: Schauspieler erhielten viel Applaus

Der Zuschauer verlässt dieses von Vilja Neufeldt inszenierte Stück tief beeindruckt, doch nicht ohne Fragen. Was bezweckt die Regisseurin damit, dass alle Agierenden nackte Füße zeigen?

Anders als bei der Uraufführung von Hauptmanns Theaterstück vor 100 Jahren, die ausgepfiffen wurde, verdiente hier die Ensembleleistung der (Laien-)Schauspieler Applaus. Diese Aufführung macht die Zeitlosigkeit der Handlung und die Aktualität der Thematik deutlich. Die jungen Leute im Publikum verließen die Premiere mit besonderem Gewinn. Ihnen diente der Besuch der „Ratten“ als Vorbereitung auf das Abitur. Die nächsten Vorstellungen an der „Dittchenbühne“ in Elmshorn, dem einzigen ostpreußischen Theater in Deutschland, sind bereits fast ausverkauft. *Ute Eichler*

Wenn die Mixer schnurren ...

... und die Ventilatoren summen – Ein Orchester aus Haushaltsgeräten produziert rhythmische Musik

„Musik wird oft nicht schön gefunden, weil sie stets mit Geräusch verbunden“, reimte Wilhelm Busch 1874 in seinem Gedicht „Der Maulwurf“ und bezog sich auf eine vorbeiziehende Bettelmusikantenkapelle. Dass Musik nicht unbedingt aus wohlklingenden Instrumenten kommen muss, zeigt eine Ausstellung in Hamburg.

Es war still im Museum an diesem grauen Wintertag. Nur von fern drang der Straßenlärm durch die stattlichen Fenster. Die Melodie der Großstadt. Keine Schulklassen, die durch die Räume geführt wurden, keine Kinder, die respektlos Lärm machten, keine Studenten, die vor dem einen oder anderen

> Es ist besetzt wie ein richtiges Sinfonieorchester

Exponat stehenblieben und lebhaft diskutierten. Eine Atmosphäre, die den Museumsbesuch zu einem Genuss machte. Mittlerweile war die Kunstfreundin in einem Raum angelangt, in dem blitzblanke Haushaltsgeräte präsentiert wurden. Blitzblank mussten sie sein, denn schließlich befand man sich in einem Museum, das sich auf Kunstgewerbe und Design spezialisiert hat. Plötzlich: Ringringring. Das Klingeln eines Telefons drang durch diese göttliche Stille. Da hatte doch jemand vergessen, sein Handy auszuschalten. Allerdings war weit und breit kein Mensch zu sehen. Man wandte sich wieder den Schaukästen und Wandbeschriftungen zu. Ringring. Das Telefon wollte keine Ruhe geben. Und noch einmal, geradezu energisch: Ring.

Die Kunstfreundin drehte sich nahezu erbost um und betrachtete die ausgestellten Haushaltsgeräte genauer. Sie standen im Halbkreis aufgereiht, einige auf erhöhten Sockeln, alle sortiert nach Verwendungszweck. Da präsentierten sie sich nun, die Ventilatoren, Heizlüfter, Mixer, Küchenmaschinen, Haarföhne, Trockenhauben, Nähmaschinen, Schneidemesser,



Gleich geht's los: Orchestermitglieder in Wartestellung — Bild: MKG

Rasierapparate, Waschmaschinen und Schleudern. Und mitten unter ihnen – ein weißes Telefon. Der „Übeltäter“ drehte dem Publikum seine Rückseite zu. Fast wie ein Dirigent. Überhaupt sah die Installation aus wie ein Orchester.

Doch halt: Es war ein Orchester. Noch einmal ein Ringring vom Telefon, dann legten sie los. Die Ventilatoren begannen zu surren, die Mixer zu schnurren. Zwischendurch brummte ein Heizlüfter. Es steigerte sich zu einem Crescendo. Es dröhnte und pfiff, als ob ein Orkan über die Zuhörer hinweg tobte. Etwas trommelte rhythmisch in einem geradezu irren Takt. Manches hörte sich nicht „gesund“ an, jede Hausfrau würde sofort einen Techniker rufen. Inzwischen hatten sich mehrere Museumsbesucher eingefunden, um dieses „blöde Orchester“ zu bestaunen. Und nicht nur ganz junge Zuhörer machten große Augen. Zum Schluss des Konzerts gab es kein Verneigen der Künstler, keinen Applaus, aber doch ein leises Schmunzeln bei so manchem Zuhörer.

Der despektierliche Name „Blödes Orchester“ stammt von seinem Schöpfer, dem Cembalisten und Komponisten Michael Petermann. Acht Jahre brauchte er, um seinen Klangkörper zusammenzustellen und rund 150 historische Haushaltsgeräte in Musikinstrumente zu verwandeln. Etwa 35 Minuten zeigen die funktionalen Geräte, was noch in ihnen steckt. Manches Mal fühlt man sich an den Staubsauger des Nachbarn erinnert. Dieses Monstrum hätte noch gefehlt, um den Kollegen die Flötentöne beizubringen, gab der doch gern das „hohe C“.

Petermanns Orchester ist besetzt wie ein richtiges Sinfonieorchester, nur dass die Streicher Elektromesser sind, die Bratschen Nähmaschinen und die Celli ein Haufen Mixer. Die Haartrockner agieren als Föhnorgel. Petermanns „Blödes Orchester“ ist ganz nebenbei auch eine Hommage an das Industriedesign. Da bestaunt man die Küchenmaschine „KM 32“ von Braun oder die Trommelwaschmaschine von Miele mit Kohleofen aus dem Jahr 1955. Alles formschön und stilbildend.

So ganz neu ist die Idee nicht, mit Geräten Geräusche zu erzeugen. Luigi Russolo (1885–1947), ein italienischer futuristischer Maler und Komponist, veröffentlichte 1913 sein musikalisches Manifest „Die Kunst der Geräusche“. Der Geräuschpegel moderner Großstädte und Maschinen beeinflusste und inspirierte ihn, sich mit dem Geräusch in der Musik auseinanderzusetzen. Er entwickelte besondere Geräte und erzeugte damit Musik. Die Uraufführung endete mit Tumulten und Schlägereien. Komponisten des 20. Jahrhunderts wie John Cage und Mauricio Kagel befassten sich ebenfalls mit dieser Thematik.

Silke Osman

Das „Blöde Orchester“ im Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz, Hamburg, ist bis zum 30. April Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr, Donnerstag von 11 bis 21 Uhr zu hören, Spielbeginn immer 15 Minuten nach der vollen Stunde, Eintritt 8 / 5 Euro, Donnerstag ab 17 Uhr immer 5 Euro, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre frei.

Rhythmus statt Roulette

Das Hamburger Casino bietet auch Tanzkurse, Live-Musik und Autorenlesungen an

„Faites vos jeux“, fordert der Croupier am Roulette-Tisch zum Einsatz auf. Die Worte sind den Besuchern des Casino Esplanade vertraut. Ungewöhnlich ist für sie allerdings, dass sie hier nunmehr nicht nur zum Spiel gebeten werden, sondern auch zum Tanz. Das jedoch nicht auf französisch, sondern auf spanisch: „venga bailar“ ruft Cesar Sanchez diejenigen, die sich zum Salsa-Kurs in der RedBlack-Lounge eingefunden haben, mit einladenden Handbewegungen auf die Tanzfläche.

Der Peruaner, der gerade eine Einführung in den aus Lateinamerika stammenden Tanz gibt, ist

> Zwischen 17 und Mitte 60

international sehr gefragt. Heute tritt er mit seiner Tanzgruppe „Latin Dance Education“ im Casino Esplanade der Spielbank Hamburg auf.

„Salsa ist ein moderner Gesellschaftstanz“, erklärt Sanchez. „Wie die Salsa-Musik ist auch der Tanz selbst eine Verbindung afrokaribischer und europäischer Tanzstile. Neben dem religiösen Bezug hatte der Tanz immer auch die Funktion, eine Frau zu erobern. Der kubanische Guaguancó und die kolumbianische Cumbia, deren Elemente hier einfließen, dienen der Werbung. Der Salsa bekommt so eine erotische Note“, führt er das Publikum, das sich später noch selbst auf dem Parkett versuchen soll, in die kulturellen Hintergründe ein. Sanchez, der aus einer bekannten Künstlerfamilie stammt, sog den Rhythmus quasi mit der Muttermilch auf: Bereits mit vier Jahren begann er seine Karriere auf dem Tanzboden. Bis heute wirkt er in etlichen Shows mit, darunter unter anderem auch in den Musicals „Cats“ und „Greese“. Der 31-Jährige begeistert sein Publikum zwischen 17 und Mitte 60. Elegant wiegt er seine Partnerin Janina im 4/4-Takt auf dem Parkett, während nebenan die Jetons am Roulette-Tisch gesetzt werden.



Schwungvoll: Salsa-Tanzen in Hamburg — Bild: Thomas Heier

Im Sommer 2009 begann die Spielbank Hamburg damit, alle 14 Tage Live-Musik anzubieten. „Die Idee war, Songwritern verschiedener Klangfarben eine Plattform zu geben“, erklärt Gunda Windberger, die in der Spielbank Hamburg für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Im Zwei-Wochen-Rhythmus fanden dann am Freitagabend wechselweise Musikveranstaltungen im „Casino Esplanade“ und im „Casino Reeperbahn“ statt. Mittlerweile wurde das Konzept erweitert. „Neben Live-Musik haben wir nun auch Tanz-Workshops und verschiedene andere Veranstaltungen im Programm, allerdings nicht mehr alle 14 Tage, sondern im Vier- bis Sechs-Wochen-Rhythmus und statt am Freitagabend nun am Samstagabend“, sagt Windberger. „Wir sind auch nur Veranstaltungsort, die Künstler präsentieren sich selbst, bringen ihr Publikum großenteils mit“, fährt sie fort. Wie beispielsweise das „Sankt Pauli Mad Pack“, das im vergangenen Dezember die Gäste in der RedBlack-Lounge mit den Stükken legendärer Swing-Größen

> Spieltische oder Automaten

wie Frank Sinatra, Sammy Davis Jr. und Dean Martin bei ihrer „Las Vegas Swing Night“ begeisterte. Die Spielbank Hamburg hat insgesamt vier Standorte. „Die Veranstaltungen finden aber nur im Casino Esplanade statt“, sagt Windberger. Und auch lediglich das „Casino Esplanade“ und das „Casino Reeperbahn“ verfügen über Spieltische. „Die beiden anderen Dependancen sind ausschließlich auf das Automatenspiel ausgelegt“, so Windberger. Insgesamt 140 solcher Geräte befinden sich auch im „Casino Esplanade“ im Erdgeschoss.

Während im Saal nebenan die Kugel am Roulette-Tisch rollt und Karten verteilt werden, geht es in der RedBlack-Lounge nach einer kleinen Pause mit der Salsa-Show weiter; nun führen einige Schülerinnen und Schüler von Cesar Sanchez ihre Tanzkünste vor.

Bis um 4 Uhr morgens ist das „Casino Esplanade“ geöffnet, so lange können sich die Gäste in der RedBlack-Lounge noch mit den eingeübten Tanzschritten auf der anschließenden Salsa-Party versuchen. Zwei Euro kostet der Eintritt pro Person; der Besuch der Spielsäle ist inbegriffen.

„Im März haben wir eine Ü-30-Party“, sagt Windberger, „die wird Kuno Dreysse moderieren.“ Der 65-Jährige, der zum Urgestein der Hamburger Musikszene zählt, führte seinerzeit den legendären „Star Club“, trat mit seiner Band als Vorgruppe der Rolling Stones auf und zog mit den Beatles über die Reeperbahn. „Kuno ist für solche Veranstaltungen in der Szene sehr gefragt“, fährt Windberger fort. Ebenfalls im März findet eine Autorenlesung der Hamburger Autorenvereinigung statt. „Dreimal im Jahr bietet der Verein seinen Autoren unter dem Motto ‚Casino Criminal‘ an, ihr Buch bei uns in der RedBlack-Lounge vorzustellen“, so Windberger. So soll es auch weiterhin nur am Roulette-Tisch „Rien ne va plus“ heißen, denn in der RedBlack-Lounge geht noch jede Menge!

Corinna Weinert

In Kürze

Laboratorium für die Hausfrau

Eine Küche im Museum? Kaum zu glauben. Es müsste schon eine ganz besondere Küche sein, die Aufnahme findet in die „heiligen Hallen“ der Kunst und Kultur. Seit einiger Zeit nun ist eine Küche in der Schausammlung des Berliner Werkbundarchivs – Museum der Dinge zu bestaunen, und sie ist wahrlich etwas Besonderes. Die sogenannte „Frankfurter Küche“ zählt zu den berühmtesten Inneneinrichtungen des Neuen Bauens in den 1920er Jahren und gilt als Urmodell der heutigen Einbauküchen. Es war Margarete Schütte-Lihotzky (1897–2000), Architektin aus Wien, die 1926 diese Küche im Rahmen des Siedlungsbauprojekts „Das Neue Frankfurt“ entwickelte. Als erste Frau in Österreich hatte sie 1919 ihr Architekturstudium an der Wiener Kunstgewerbeschule abgeschlossen. Sie entwarf Kindergärten und spezielle Wohnungstypen für berufstätige Frauen. 1926 berief sie der Architekt Ernst May an das städtische Hochbauamt in Frankfurt am Main. Dort herrschte, wie in allen großen Städten Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, eine große Wohnungsnot. Es galt, mit einem Minimum an Geld ein Maximum an Wohnungen zu errichten.

Auf die Küche, das Reich der Hausfrau, legte man besonderes Augenmerk; eine breite Öffnung mit Schiebetür verband diesen 1,90 Meter breiten und 3,44 Meter langen Raum mit dem Wohn- und Essbereich. „Die Küche“, so erläuterte Margarete Schütte-Lihotzky ihren Entwurf, „ist eigentlich eine kleine Fabrik. Deshalb habe ich jeden Schritt nachgerechnet, den die Hausfrau machen muss, mich daneben gestellt mit der Stoppuhr

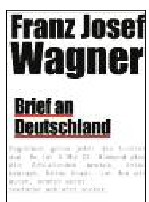


Frankfurter Küche — Bild: Archiv

und jeden Handgriff gemessen. Alles ist genau durchdacht. Die Küche ist fast wie ein Laboratorium. Und aussehen muss sie wie eine Apotheke, wo jedes Fläschchen und jede Kleinigkeit sein bestimmtes Fach oder ihren ganz bestimmten Platz haben, mit genauer Aufschrift ... Aber alles ist am Ende Architektur ...“

Die in Berlin gezeigte Küche stammt aus der Frankfurter Römerstadt-Siedlung, die 1927/28 entstanden ist. Sie ist nicht restauriert worden und trägt noch Gebrauchsspuren. Anders als in der ursprünglichen „Frankfurter Küche“ gibt es keine Schiebetür und Kochkiste. Ergänzend zum Ausstellungsstück wird eine Audio-Video-Installation gezeigt, die Äußerungen von Margarete Schütte-Lihotzky aus einem Interview enthält sowie Positionen zweier Erforscher der „Frankfurter Küche“, Joachim Krausse und Astrid Debus-Steinberg, deutlich macht. *os*

Das Werkbundarchiv – Museum der Dinge, Oranienstraße 25, Berlin, ist freitags bis montags von 12 bis 19 Uhr geöffnet.



Von Mähren zur »Bild«

Vita des Kolumnisten Wagner

Franz Josef Wagner (Spitzname „Gossen-Goethe“) war Kriegsberichterstatter, Chefreporter für „Bild“ und unter anderem Chefredakteur der „Bunten“. Wagner ist bekannt, da er seit 2001 montags bis sonnabends in seiner „Bild“-Kolumne „Post von Wagner“ auf unverwechselbare Weise (s)eine Meinung zu einem aktuellen Thema verkündet entweder polemisch und bissig oder eher philosophisch. Man darf vermuten, dass er dabei zahllosen Lesern des Blattes aus der Seele spricht.

Nun hat er wieder ein Buch geschrieben. Anlässlich der 20 Jahre zurückliegenden deutschen Wiedervereinigung hatte es der Diederichs Verlag vergangenes Jahr bei dem sprachgewandten Autor in Auftrag gegeben. „Brief an Deutschland“ lautet der Titel, obwohl es sich um eine Art Autobiografie im Telegrammstil handelt. Das Buch bündelt die wichtigsten Stationen und Situationen in Wagners Leben, ist getragen von großen Gefühlen und natürlich werden etliche bekannte Namen genannt. Geschrieben unter Zeitdruck ist es ein zeittypisches Produkt. Wie man auch zu Wagners Kolumne stehen mag, sein jüngstes Buch ist tatsächlich auch ein faszinierender Spiegel deutscher Geschichte und eine anregende Lektüre. Eine Unzulänglichkeit hat es allerdings: Das wiedervereinigte Deutschland kommt darin kaum vor und die DDR nur in ihrer letzten Phase ab September 1987, als Honecker auf Staatsbesuch nach Bonn kam und zwei deutsche Flaggen nebeneinander auf dem Flugplatz wehten.

Geboren 1943 in Ölmütz (Mähren) wuchs der Autor in einem Dorf nahe Nürnberg auf, wohin es seine Mutter mit ihren beiden Kindern bei Kriegsende verschlagen hatte. Seiner über alles geliebten Mutter hat Wagner liebevolle Worte gewidmet. Weil die Kinder der Einheimischen ihm „Polack“ hinterher riefen, schämte er sich seiner Flüchtlingseltern aus dem Sudetenland, „die im Wald arbeiteten, hinter Mähdreschern Kornähren aufsammelten“. Bald aber erhielt sein Vater, ein Spätheimkehrer, eine Anstellung als Lehrer und dank eiserner Sparsamkeit konnten sie sich ein Reihenhaus leisten. Für den heranwachsenden jüngeren Sohn Franz Josef verkörperte das Deutschland der 50er Jahre all das, wogegen er aufbegehrte: bürgerliche Norm und Anpassung. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Vater, wobei seine Mutter laut lachte, um das Geschrei zu übertönen – wegen der Nachbarn. Mit 17 lief er von zu Hause weg, lebte ein paar Tage im Wald, danach in Genf und Paris, um 1966 durchzustarten in eine höchst erfolgreiche Karriere beim Axel Springer-Verlag. Von einem Leben als freischaffender Schriftsteller hatte er geträumt, wurde aber Reporter des größten deutschen Verlagshauses und war eng gebunden an dessen konservative Ausrichtung. Ob ihm das Mühe machte? Über diesen Punkt schweigt er. Vom Honorar seines 1978 veröffentlichten ersten Buches „Das Ding“, das sogar verfilmt wurde, kaufte sich der damals 35-Jährige einen Porsche, fuhr damit zu seinen Eltern und stellte den Wagen stolz vor ihrem Haus ab. Seinem Vater war das unangenehm, er bat ihn, den Wagen umzuparken.

Von Einheimischen als »Polack« beschimpft

Am laufenden Band muss ein Reporter publikumswirksame Aufmacher und Artikel über Prominente produzieren und über Menschen, die durch ein schicksalhaftes Ereignis plötzlich im Zentrum des öffentlichen Interesses stehen. Wagner war daran gelegen, fair zu bleiben. Das muss wohl die Quadratur des Kreises sein: Wasch mir den Pelz, doch mach mich nicht nass?

Dagmar Jestrzemski

***Franz Josef Wagner: „Brief an Deutschland“**, Diederichs Verlag, München 2010, geb., 160 Seiten, 17,99 Euro*

Nichts als Fiktion

Europäische Union beruht auf einer unrealistischen Gemeinschaftsidee

Jochen Bittner, „Zeit“-Korrespondent bei Nato und EU in Brüssel, stilisiert seine EU-Kritik „So nicht, Europa!“ journalistisch gekonnt nach drei Gesichtspunkten: „Kleines zu groß und Großes zu klein“, „Weiches zu hart und Hartes zu weich“, „Oben zu schnell und unten zu langsam“. Sein Stil ist locker, manchmal effekthaschend, manchmal von der intelligenten Ironie eines Beobachters gekennzeichnet. Grundsätzlich legt er Wert auf die Feststellung, dass er ein EU-Kritiker und nicht etwa ein EU-Gegner sei. Überhaupt gehe es in Brüssel viel zu harmoniesüchtig zu, wo es doch gerade im Zusammenhang von Familien das Natürlichste sei, sich auch einmal zu streiten. Dazu komme noch, dass in Brüssel ein besonderes Biotop von Integrations-Enthusiasten entstanden sei, die Integration als einen Wert an sich betrachteten und alle, die ihre Auffassungen nicht teilten, geradezu als Häretiker abstempelten und auch dementsprechend behandelten. So komme ein „Raumschiff“ ohne Bodenhaftung zustande. Ein solches Raumschiff mit abgehobener Regierungs-Besatzung an Bord gebe es zwar in anderen wichtigen Metropolen auch, etwa in Paris, London oder Berlin. Doch da bestehe immerhin noch eine nationale Kontrolle, die sich in Wahlen und in kritischer journalistischer Begleitung geltend mache. Aber die Berichterstattung aus Brüssel kämpfe mit einem konstanten Desinteresse des Publikums in den einzelnen Nationalstaaten, weil die EU eben maßlos kompliziert funktioniere, in ihren Regelungsgegenständen „unsexy“ sei, keine griffigen Skandale biete infolge der Harmoniesüchtigkeit ihres bestimmenden Personals und weil im Ernstfall keine Verantwortlichen festgemacht werden könnten. Die Anonymisierung von Verantwortung vermittels des EU-Apparates entmutige sowohl den Willen zur Kontrolle als auch das Interesse überhaupt.

EU-Kritiker über die vielen Fehler im Brüsseler Biotop

Die Aktivitäten der EU würden nur unter dem Gesichtspunkt wahrgenommen, was sie dem einzelnen Mitgliedsstaat nützten, so der Autor. Das sei aber auch in Ordnung so, denn die EU könne sich nur auf diese Weise legitimieren. Die existierenden Nationalstaaten seien als Ordnungsrahmen keinesfalls erledigt, letztlich auch nicht durch die chauvinistischen Exzesse des vergangenen Jahrhunderts delegitimiert, wenn nur die Liebe zur eigenen Nation nicht zum Hass gegen andere Nationen führe. Das ist so einfach und realistisch, dass der Rezensent nicht anders als zustimmen kann.

Damit zeigt der Autor allerdings auch seine Skepsis gegenüber der Integration als einem Wert an sich und befindet dabei: „Der EU-Parlamentarismus stützt sich auf eine politischer Gemeinschaftsidee, die bis auf weiteres nichts als eine Fiktion ist.“ Denn die diversen Fraktionen im EU-Parlament seien äußerst heterogen, weil sie, auch wenn sie sich grundsätzlich als „konservativ“, „liberal“ oder „sozialistisch“ definieren, am Ende doch die ganze Unterschiedlichkeit der politischen Kulturen in ihren Herkunftsländern aushalten müssen. Folgt man dem Autor hier, dann relativiert sich das gängige Argument, das Straßburger Parlament sei ein Motor der Demokratisierung innerhalb der EU, nicht unerheblich. Der Vertrag von Lissabon habe die EU nicht funktionsfähiger gemacht.

Und das „Weimarer Dreieck“, das in diesem Jahr zwischen Paris, Berlin und Warschau wiederbelebt werden soll, könne die EU mehr belasten, als politisch möglich ist, zumal Frankreich im November 2010, wohl erst nach Abschluss der Arbeit an dem hier rezensierten Werk, mit Großbritannien eine umfassende militärische Kooperation eingeleitet hat, die den Historiker in ihrer Dimension schon fast an die „Entente Cordiale“ vor dem Ersten Weltkrieg erinnert. Besonders auf dem militärischen Sektor bewahrheitet sich, dass die „politische Gemeinschaftsidee bis auf weiteres nichts als eine Fiktion ist“.

Noch einmal: Der Tenor des Buches ist nicht die Häme, sondern das Bedauern darüber, das aus der gebotenen realistischen Bestandsaufnahme folgt und das vielfach zum Nachdenken anregt – weshalb das Buch, eben weil es keine Hochglanz-Broschüren-Visionen einer besseren europäischen Welt vorträgt, allen politisch Interessierten nur empfohlen werden kann.

Bernd Rill

***Jochen Bittner: „So nicht, Europa! – Die drei großen Fehler der EU“**, dtv, München 2010, kartoniert, 288 Seiten, 15,40 Euro*



Adelige entdeckt Kommune

Jutta Ditfurth macht ihre Urgroßmutter zur Freiheitskämpferin

Inwieweit darf man sich an der Vita seiner Ahnen vergreifen, um seine eigenen Ideale in einem Roman zu verarbeiten? Jutta Ditfurth jedenfalls war bei „Die Himmelsstürmerin“ ohne jede Hemmung und ließ ihrer Phantasie freien Lauf, als sie 1998 erstmals über ihre Urgroßmutter Gertrud Elisabeth von Beust schrieb. 2010 hat sie nun diesen Roman überarbeitet und sogar von ihrem Verwandten, dem Hamburger Ex-Bürgermeister Ole von Beust, in der Hansestadt präsentieren lassen. Was das Ergebnis liest, fragt sich allerdings, inwieweit sich die Urgroßmutter wohl über das gefreut hätte, was ihre Urenkelin ihr in den Lebenslauf gedichtet hat. So wird die 19-jährige Romanheldin, die offen gegen jeden aufbegehrt (wir schreiben das Jahr 1870), der aus ihrer Sicht Unrecht tut, bei einem Kuraufenthalt mit ihrem Vater in Belgien von französischen Soldaten entführt. Zuvor hatte sie diesen noch ihre deutsche Sicht der Dinge vor aller Augen mitgeteilt. Denn auch wenn die junge Dame von den sozialen Umständen auf deutschem Boden nicht überzeugt ist und empört ist, dass ihr überschuldeter Vater sie zur Adoption an den reichen Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksstadt „verkauft“ hat, so ist sie doch im deutsch-französischem Krieg auf deutscher Seite. Allerdings nur bis sie ihren Entführer inzwischen entkommen in Paris landet. Hier herrscht die Pariser Kommune, die die französische Hauptstadt nach sozialistischen Vorstellungen zu verwalten versucht, aber von der konservativen Regierung von Versailles aus durch Einsatz der Armee daran gehindert wird.

Ditfurth lässt die kleine von Beust lauter engagierte, herzigrührige Kommunarden kennenlernen. Dem Leser geht das Herz auf vor so viel Idealismus und Güte, denn alle helfen der jungen Frau, die ihre ihr inzwischen peinliche adlige Herkunft verheimlicht. Und dann trifft sie in Paris noch den Messerschleifer Albert Lauterjung, dessen Lebensweg der Leser ebenfalls schon verfolgen konnte und der der jungen Gertrud Elisabeth, was für ein Zufall, schon mal begegnet ist, als sie herrschaftlich in einer Kutsche vorbeifuhr und Spenden für die preußische Armee im Krieg gegen Frankreich gesammelt hat. Und der deutsche Bursche führt die junge Gertrud nicht nur in den Freiheitskampf, sondern auch in die Geheimnisse der Liebe ein, doch die Kommune wird blutig niedergerungen, Tausende Pariser sterben dabei, werden exekutiert und das junge Paar wird auseinandergerissen.

Extreme über Extreme bietet hier nicht nur die leider sehr blutige Geschichte, sondern auch Jutta Ditfurth. Sie arbeitet einfach zu sehr mit den ihr zusagenden ideologischen Klischees, die auch ihre umstrittene Ulrike-Meinhof-Biographie von 2007 durchzogen. Obwohl, für die Ex-Grüne sind es ja vermutlich keine Klischees, differenziert denkende Leser dürften jedoch angesichts von so viel Schwarzweißmalerei und Pathos keine Freude an „Die Himmelsstürmerin“ haben.

Bel

***Jutta Ditfurth: „Die Himmelsstürmerin“**, Rotbuch, Berlin 2010, broschiert, 409 Seiten, 12,95 Euro*



Benedikt XVI. und seine Nähe zu Gott

Lektüre des Interview-Buches mit dem Papst auch über die gemachten Schlagzeilen hinaus lesenswert

Schlagzeilen machte das Buch „Licht der Welt“ schon lange bevor es erschien. Es ist das erste Interview-Buch eines Papstes überhaupt. Zudem sorgten ganze 14 Zeilen über den Gebrauch von Kondomen für weltweite Schlagzeilen. Das Buch ist bereits in viele Sprachen übersetzt und wurde über eine Million Mal verkauft.

Der deutsche Journalist Peter Seewald hatte die Ehre, Papst Benedikt zu interviewen. Schon in den 90er Jahren durfte er den damaligen Kardinal Ratzinger und Präfekten der Glaubenskongregation zwei Mal ausführlich befragen. Daraus entstanden zwei Weltbestseller. In der Sommerresidenz des Papstes in San Gandolfo traf nun Seewald vor gut einem halben Jahr auf Benedikt XVI. Weder die Fragen noch die Antworten wurden in irgendeiner Art zensiert, wie Seewald im Vorwort betont.

Hier liegt also ein authentisches Stimmungsbild, wenn auch keine lehramtliche Aussage, vor. Diese Erkenntnis scheint die Medienwelt nur schwer zu verstehen, die eine Meinungsäußerung des Papstes nicht von seinen lehramtlichen Aussagen zu unterscheiden vermag. An einem Meinungsbildungsprozess in wichtigen dogmatischen Fragen sind in der katholischen Kirche in der Regel Tausende von Bischöfen und Theologen beteiligt und nicht nur der Papst allein. So sind die 14 Zeilen über eine vermeintliche Lockerung in der Frage der Verwendung von Präservativen nichts als ein Gedankenanstoß.

Getragen von der Bibel und dem Leben

Die Antworten Benedikts zu den unterschiedlichsten Problemfeldern im gesellschaftlichen, politischen oder kirchlichen Bereich sind fast immer von zweierlei getragen. Einerseits versucht der Papst die Grundlagen der biblischen Lehre zu erklären und andererseits auf die Situation der Menschheit von heute anzuwenden. Anders als gewisse Vertreter der evangelischen Christenheit, die sich in letzter Zeit oftmals leichtfertig von bestimmten Grundsätzen der christlichen Lehre trennten, sucht Benedikt immer das „Maß der Mitte“ zu bewahren. So rückt er von der ursprünglichen Intention der Enzyklika „Humanae Vitae“ seines Vorvorgängers („Pillen-Enzyklika“, 1968) keinen Deut ab. Er betont, wie wichtig eine verantwortungsvolle Sexualität im Rahmen der Ehe ist, die nach biblischem Verständnis nicht von dem Ziel der Zeugung und Erziehung von Kindern abgekoppelt sein kann. Zu lesen ist auch, was neu für manche der Kritiker sein dürfte, dass es für Katholiken durchaus eine erlaubte „natürliche Empfängnisregelung“ gibt.

Die verschiedenen Teile des Buches sind übersichtlich nach Sachthemen geordnet. So findet sich der Leser schnell zurecht. Peter Seewald gibt dem Papst keineswegs nur einige Stichworte, damit dieser seine Meinung kundtun kann, wie einige Rezensenten behauptet haben. Er zeigt sich bei seinen Fragen gut informiert und gibt Benedikt durchaus einige „Nüsse“ zu knacken. In seinen Antworten bleibt der Papst elementar und verständlich. Fanatismus ist ihm offenkundig fremd, manche selbstkritische, ja demütige Äußerungen sind zu lesen. Wer einmal die Innenwelt des geheimnisumwitterten Vatikan näher kennenlernen will, findet hier einiges, was die Neugier befriedigt.

Mehr über die Innenwelt des Vatikan

Für die zahlreichen evangelischen Leser dieses Buches wird wahrscheinlich das ökumenische Kapitel am spannendsten sein. Benedikt weicht hier nicht der im Dokument „Dominus Jesus“ (2000) angestoßenen Frage aus, was eigentlich im biblischen und dogmatischen Sinn eine „Kirche“ ist. Den Begriff der „kirchlichen Gemeinschaft“, den Protestanten oftmals als Herabsetzung empfunden haben, erklärt er als eine Wortschöpfung, die den Intentionen der urlutherischen Kirchendefinition des Augsburger Bekenntnisses (1530) versuchte gerecht zu werden. Dass ausgerechnet Lutheraner sich damit nicht anfreunden können, gehört vielleicht zu den rätselhaften Erscheinungen unserer Zeit.

Peter Seewald wurde bei der Vorstellung des Buches in Rom gefragt, was ihn am meisten während des insgesamt sechsstündigen Interviews beeindruckt habe. Singemäß antwortete er: Die unglaubliche Nähe, die Benedikt zum lebendigen Gott lebe und ausstrahle – „Licht der Welt“ eben, wie Benedikt eigenhändig auf den Buchtitel schrieb.

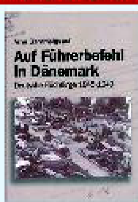
Hinrich E. Bues

***Benedikt XVI.: „Licht der Welt: Der Papst, die Kirche und die Zeichen der Zeit – Ein Gespräch mit Peter Seewald“**, Herder Verlag, Freiburg 2010, geb., 256 Seiten, 19,95 Euro*

Deutsche Flüchtlinge in Dänemark



Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlingslager in Oksbøl 1945–1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95



Arne Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00



Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945–49
Geb., 180 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1: 10.000
aktueller Plan Kaliningrads mit dem gezeichneten Plan von Königsberg im Jahr 1932, beide Pläne des inneren Stadtgebietes von Königsberg/Kaliningrad (Festungsring) in vergleichender Darstellung nebeneinander auf einer Seite.
Russische Straßennamen im Plan Kaliningrad 2010 in Kyrillisch und Lateinischer Umschrift sowie ehemalige deutsche Bezeichnungen
Nebenkarten Amalienau/Ratshof/Mittelhufen und Maraunenhof 2010
Überlagerung beider Pläne mit Darstellung des verschwundenen Stadtgefüges
- Straßenverzeichnisse Russisch – Deutsch sowie Deutsch – Russisch
- Straßenumbenennungen 1933 – 1945
- Verzeichnis der wichtigsten Gebäude Königsbergs im Jahre 1931 und ihrer heutigen Nutzung / Bezeichnung

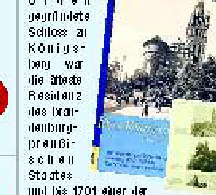




Karte
75 x 90 cm, gefalzt 15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7087

€ 5,95

Wulf D. Wagner, Heinrich Lange
Das Königsberger Schloss, Bd. 2
Eine Bau- und Kulturgeschichte Bd. 2. Von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung (1740–1967/68). Das Schicksal seiner Sammlungen nach 1945. Das 1255 vom Deutschen Orden gegründete Schloss zu Königsberg war die älteste Residenz des brandenburg-preußischen Staates und bis 1701 einer der herausragenden Herrschersitze Nordosteuropas. Band 2 der Gesamtdarstellung zeichnet die Geschichte des Schlosses von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung 1968 nach und dokumentiert das Schicksal der Sammlungen nach 1945. Der Band beginnt mit der Huldigung Friedrichs des Großen 1740. Der weitere Weg der Schlossnutzung etwa als Residenz des russischen Gouverneurs im Siebenjährigen Krieg, als Wohnung der königlichen Familie 1806–1809 oder als Sitz von Behörden, in denen u. a. Heinrich von Kleist und Joseph Freiherr von Eichendorff wirkten, vergegenwärtigt die wechselvolle Geschichte. Das 18. und 19. Jh. sind sowohl durch Verfall wie durch großartige Umbauentwürfe gekennzeichnet, die z. T. erstmals publiziert werden. Die Krönung Wilhelms I. 1861, für die F. A. Stüler das Schloss umbaute, steht im Zentrum der Ereignisse. Nach Ende der Monarchie 1918 diente das Schloss als überregional bedeutendes Museum mit einer hervorragende Sammlung von Expressionisten und Gemälden von Lovis Corinth. Im zweiten Teil des Bandes wird die Zerstörung des Schlosses vom Bombenangriff 1944 bis zur letzten Sprengung 1968 anhand einer einzigartigen Fotodokumentation nachgezeichnet. Ein abschließendes Kapitel gilt dem Schicksal der Sammlungen seit Kriegsbeginn 1939 - Möbel, Gemälde und die berühmte Silberbibliothek haben sich bis heute erhalten. Gesamtdarstellung mit bisher unveröffentlichtem Bildmaterial.
Geb., Großformat, 608 Seiten, Farbabbildungen: 71, S/W-Abbildungen: 671
Best.-Nr.: 7075, € 89,00





Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6824,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Michael Grandt, Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte
Europa vor dem Crash
Gebunden, 336 Seiten
Best.-Nr.: 7061, € 19,95



Marion & Michael Grandt
Das Handbuch der Selbstversorgung
Überleben in der Krise
Geb., 312 Seiten, durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr.: 7073, € 19,95



Ingo von Münch
„Frau komm!“
Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847, € 19,90

JÜRGEN FRITSCHE
Die Schlacht im Teutoburger Wald
Das Hörbuch "Arminius und die Varusschlacht" behandelt in Form einer Geschichte, die historische Fakten und Fiktion miteinander verbindet, die Zeit kurz vor der Schlacht unter Führung des Arminius bis zu seinem bitteren Tode – durch seine eigenen Landsleute. Spannender und unterhaltsamer Geschichtsunterricht – mit einem Augenzwinkern!!!

Hörbuch — 2 CDs

2 CDs, Laufzeit ca. 130 Minuten
Best.: 7079

€ 14,95





lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Alfred de Zayas
Völkermord als Staatsgeheimnis
Vom Wissen über die „Endlösung der Judenfrage“ im Dritten Reich
Der Massenmord an den Juden war ein ungeheures Verbrechen und gilt immer noch als historisches Ereignis von einzigartiger Tragweite. Bereits mit den Nürnberger Prozessen begann die wissenschaftliche Auseinandersetzung, jedoch erweist sich die Erforschung mancher Teilgebiete als mangelhaft. Es bleiben nach wie vor wesentliche Lücken und Fragen, die nicht gestellt, oberflächlich behandelt oder willkürlich interpretiert werden. Vor allem aber bleiben die entscheidenden Fragen: Was hat der Durchschnittsdeutsche, der Beamte, der Soldat über den Holocaust erfahren, wann und wie viel? Der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred de Zayas identifiziert in diesem Buch die Rolle der Geheimhaltung im Dritten Reich, insbesondere des Führerbefehls Nr. 1 vom 11. Januar 1940 als entscheidend für die Durchführung des Völkermordes. In jüngster Zeit wird von einigen Historikern behauptet, dass der Holocaust ein offenes Geheimnis gewesen sei. Den Beweis haben sie nicht erbracht, denn Mosaiksteine – Gerüchte, Feldpostbriefe, Auslandssender – sind kein Wissen. Mit Verallgemeinerungen und Pauschalurteilen wird jedes die Kollektivschuldthese gestützt, die stets eine ernste Verletzung der Menschenrechte darstellt. Der Autor würdigt nicht zuletzt auch die Motive der Mitglieder des deutschen Widerstandes, die in vielen Fällen wegen ihres Teilwissens über den Holocaust den Staatsstreich wagten. Dieses Buch ist das Ergebnis von mehr als 35 Jahren Forschung in amerikanischen, britischen, deutschen und schweizerischen Archiven sowie Hunderten von Interviews mit Zeitzeugen. De Zayas setzt sich mit den Forschungsergebnissen anderer Wissenschaftler bis Ende 2010 kritisch auseinander.
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7082

€ 26,90

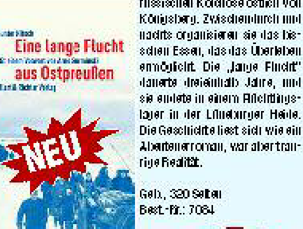
Heinz Erhardt
Was bin ich doch wieder für ein Schelm
Heinz Erhardt – was ein Komiker vor dem Herrn! Was ein Schelm, der im Radio oder im TV der 50er und 60er Jahre zu den erfolgreichsten freien humorvollen Unterhaltern zählte. Seine erfolgreichen gesungenen Geschichten waren beliebt und mit Raffinesse interpretiert.
10 Titel
Best.-Nr.: 7080

€ 9,95

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Marlene Dietrich, Joseph Schmidt, Lilian Harvey, Gustav Gründgens, Ilse Werner, u.v.a
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund, Ich bin die fesche Lola, Was kann der Sigismund dafür, dass er so schön ist, Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, Adieu, mein kleiner Gardeoffizier, Das gibt's nur einmal, Flieger, grüß mir die Sonne, Hoppla, jetzt komm ich, Es ist doch nicht zu fassen, Ein Lied geht um die Welt, Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau'n, Wenn die Sonne hinter den Dächern versinkt, Das Herz eines Boxers Schmeling, Ich wollt, ich wär ein Huhn, Sag beim Abschied leise Servus, Kann denn Liebe Sünde sein? Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da, Man müsste Klavier spielen können Heesters, Heimat, Deine Sterne, Wir machen Musik, u.v.a
38 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074

€ 12,95

Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Arno Surminski führt in diesem anrührenden Lebensbericht eines ostpreußischen Jungen ein. Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht, um dann doch nicht in den Westen zu gelangen, sondern in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände zu fallen. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Doch dann brach eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Den ganzen Tag schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Zwischendurch und nachts organisieren sie das bisschen Essen, das das Überleben ermöglicht. Die „lange Flucht“ dauerte dreieinhalb Jahre, und sie endete in einem Flüchtlingslager in der Lüneburger Heide. Die Geschichte liest sich wie ein Abenteuerroman, war aber traurige Realität.
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084



€ 19,95

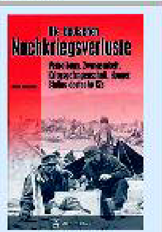


General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb., 160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 16,80



Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 16,80

Josef Wimmer
Ich war dabei...
...das ist eine von vielen Fragen, die sich Josef Wimmer im Laufe seiner Militärzeit stellte. In seiner spannenden Autobiographie gibt er freimütig und in ungeschönter Offenheit tiefen Einblick in sein ungewöhnliches Soldatenschicksal und bietet gleichzeitig ein sehr breites Spektrum höchst interessanter Informationen. Im Alter von nur 17 Jahren meldete sich Josef Wimmer freiwillig zum Militär – und wurde als Pionier mit einer unmenschlichen, brutalen Realität konfrontiert. Als einer der ältesten deutschen Soldaten, die am 1. September 1939 in Polen einmarschierten, war er auch einer der letzten Heimatfront-Kämpfer bis kurz vor dem Ende des Krieges – dazwischen lagen noch Einsätze an sieben weiteren Fronten: Polen, Nordfrankreich, Krim, Stalingrad, Kuban, Italien, Normandie, Ardennen und die Heimatfront waren die ungewöhnlich vielen Stationen des Josef Wimmer. Glaube, Hoffnung, Kampf, Erfolg, Elend, Hunger, Kälte, Krankheit, Schmerz, Gefangenschaft, Verzweiflung und eine große Liebe sind sein Resümee aus fünf Kriegsjahren. In Zusammenarbeit mit dem international bekannten Schriftsteller für Militärhistorie, Helmut Konrad Frhr. von Keusgen, entstand ein vielseitig ausgerichtetes Buch, das gleichermaßen eine Autobiographie darstellt, wie auch - mit Ausnahme der ungewöhnlich vielen Frontseinsätze - ein "ganz normales" Soldatenleben in der Wehrmacht reflektiert und gleichzeitig Einblick in das alltägliche Leben in Deutschland bietet. Wie derzeitige Nachrichtenmeldungen wird immer wieder, parallel zu Josef Wimmers Erlebnissen, die aktuelle Kriegslage "eingeblendet" und somit fast der gesamte Kriegsverlauf im europäischen Raum sehr anschaulich vermittelt sowie Hintergründe und Zusammenhänge leicht verständlich erklärt.
Geb., 15 x 21,5 cm, 352 Seiten, 120 S/w-Fotos & Abbildungen sowie 1 Generalplan
Best.-Nr.: 7083



€ 25,00

Heinz Nawratil
Die deutschen Nachkriegsverluste
Geb., 144 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6833, € 14,95

Erich Murawski
Der Kampf um Pommern
Die letzten Abwehrschlachten im Osten
Diese umfangreiche und detaillierte Dokumentation behandelt die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee von Januar 1945 bis zur Kapitulation im Mai 1945. Murawski gelingt es, die verzweifelten, erbittert harten und außerordentlich verlustreichen Abwehrkämpfe der deutschen Truppen anschaulich darzustellen. Vom Zusammenbruch der deutschen Ostfront an der Weichsel bis zu den letzten Abwehrbewegungen der zerschlagenen deutschen Truppen nach Mecklenburg und über die Ostsee werden alle wesentlichen militärischen Aktionen beschrieben. Der Autor konnte dazu neben deutschen auch polnische und sowjetische Quellen auswerten. Ein wissenschaftlich fundiertes Werk von großem militär- und landesgeschichtlichen Bedeutung!
Geb., 512 Seiten, gebunden, Hardcover, 16 Seiten Bilder, zahlreiche militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7078

€ 24,80

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6820, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6825, € 5,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6763, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger





Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler. Emailierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

PMD
Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an Preußischer Mediendienst · 10/11
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Tel. 040 / 41 40 08 27 · Fax 040 / 41 40 08 58
Lieferung gegen Rechnung. Auslandsversand: Versandkostenpauschale beträgt bis € 2.500,– Warenwert € 8,00, ab einem Bestellwert von € 70,00 frei. Lieferung solange der Vorrat reicht. Anderslautende Bestellungen bitte vermerken. Rückgaberecht: Bücher, Hörbücher und Schallplatten sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Wolffsohn steht zu Sarrazin

Halberstadt – Weil Thilo Sarrazin von einem Gesprächsabend evangelischer Christen in Halberstadt ausgeladen wurde, hat der Historiker Michael Wolffsohn seine Teilnahme an einem anderen Gesprächsabend des selben Kreises abgesagt. Sie konnten dem „unerträglich gewordenen“ Druck der Magdeburger Bischöfin Ilse Junkermann nicht länger standhalten, bedauerten die Christen ihre Ausladung Sarrazins. *H.H.*

Diktatorensohn zahlt selbst

Malabo – Teodrin Obiang, Sohn des Diktators von Äquatorialguinea, werde die mit 380 Millionen Euro zweitteuerste Yacht der Welt nicht kaufen, hieß es aus dem dortigen Presseamt. Ihm habe der 342 000 Dollar teure Entwurf nicht zugesagt und zudem hätte er den Kauf aus Privateinkünften und nicht mit Geldern aus Korruption bezahlt. Die britische Nicht-Regierungsorganisation Global Witness hatte die Pläne des Diktatorensohns vermeldet und die deutsche Werft, die den Entwurf gefertigt hatte, wegen ihrer Kundenwahl kritisiert. *Bel*

ZUR PERSON

Britisches »Gaddafi-Opfer«

Es war eine beachtliche Karriere: Der heute 60-jährige **Howard Davies** studierte an der Universität Oxford und danach an der renommierten kalifornischen Stanford Graduate School of Business, wo er als Master of Science in Betriebswirtschaftslehre graduierte. Er war unter anderem für die Unternehmensberatung McKinsey und für den britischen Arbeitgeberverband (CBI) tätig, wurde stellvertretender Gouverneur der Bank of England und schließlich Vorsitzender der britischen Entsprechung zum Bundesrechnungshof. In dieser Funktion wurde er im Jahr 2000 geadelt. 2003 stieg er, nun Sir Howard Davies, zum Direktor der weltbekannten London School of Economics (LSE) auf – doch vorige Woche ist er zurückgetreten.

Wie das? Gaddafis zweitältester Sohn Saif-al-Islam hatte 2008 an dieser Universität die Doktorwürde erhalten – jetzt kam heraus, dass er ein Jahr danach der LSE 1,5 Millionen Pfund gespendet hatte. Prompt tauchte bei der Doktorarbeit des Gaddafi-Sprösslings Plagiatsverdacht auf, und es kamen sogar Vorwürfe, er habe sie von einem „Ghostwriter“ schreiben lassen.



Beides wird jetzt von der LSE offiziell untersucht. Die LSE hat aber noch weitere 2,2 Millionen von Gaddafi angenommen, um künftige Stützen des Regimes auszubilden. Die besondere Beziehung der LSE zu Gaddafi steht in engem Zusammenhang mit der Libyen-Politik des damaligen Premierministers Tony Blair, der mit der Wiederannäherung an das Regime der britischen Wirtschaft lukrative Aufträge zu verschaffen wusste. Saif-al-Islam selbst hatte übrigens auch beste Kontakte zu Prinz Andrew, Ex-Wirtschaftsminister Peter Mandelson und anderen. *RGK*



Zeichnung: Mohr

Abschied vom Volk

Wie uns die Türken kalt überraschen, wie wir zum Betreuungsobjekt geschrumpft sind, und wie Röttgen uns die Ehrlichkeit zurückbringt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Daran gewöhnen wir uns ja langsam: Deutschland ist laut einer weltweiten BBC-Umfrage das beliebteste Land der Welt. In 27 Ländern aller Kontinente fragten die Briten Anfang des Jahres 28 600 Menschen, wie sie den Einfluss von 16 Ländern auf das Weltgeschehen bewerten. Das machen sie schon seit einigen Jahren. Zum vierten Mal in Folge errang Deutschland nun die beste Note von allen.

Am meisten schätzen uns danach die Italiener, gefolgt von den Franzosen. Bei den Deutschen selbst erreicht Deutschland nur den dritten Platz. Wundert uns nicht. Viel interessanter ist die teils heftige Veränderung der Popularität Germaniens in einigen Staaten. Und die Frage, was die plötzlichen Schübe bewirkt haben mag.

Welche Resonanz hat beispielsweise die Sarrazin-Debatte im Ausland erzeugt? Wenn gegen den Autor schon sachlich kein Kraut gefunden wurde, so leuchtete doch allen ein Einwand gegen den Störenfried doch allen ein: Unser Ansehen bei den Türken dürfte nach dem „Skandal-Buch“ im Keller landen. Mit großen Lettern und giftigen Attacken hatten die türkischen Medien den deutschen Streit verfolgt. Dabei hoben sie besonders die breite Unterstützung hervor, welche der Ex-Politiker bei seinen Landsleuten gefunden hatte. Die Vertreter türkischer Organisationen in Deutschland malten darauf das stockfinstere Bild einer nicht wieder gutzumachenden Entfremdung zwischen der Türkei und Deutschland. Auch deutsche Experten der Völkerverständigung geißelten uns auf das Härteste: Bei den Türken sind wir unten durch, selber schuld.

Das aber waren alles nur Mutmaßungen, wenn auch sehr plausible. Heute können wir dank der britischen Umfrage die türkische Reaktion auf unser abscheuliches Benehmen in harten Zahlen betrachten. Schnallen Sie sich bitte an: In keinem der 27 Länder hat das Ansehen Deutschlands einen derart rasanten Sprung nach oben gemacht wie in der Türkei. Der Anteil der Türken, die Deutschlands Einfluss in der Welt positiv sehen, schnellte Anfang 2011 gegenüber Anfang 2010 von 30 auf 53 Prozent nach oben.

Da erinnert man sich wieder, warum wir von „harten“ Fakten reden, wenn messbare Zahlen auf dem Tisch landen. Die aus der Türkei dürften für einige Leute wirklich schwer zu verdauen sein. Wenn schon die Fußball-WM 2006 die deutschen Deutschenfeinde überkam wie ein Eimer kaltes Wasser, so ist diese alljährliche BBC-Untersuchung so etwas wie Tröpfchenfolter. Gerade erst durften sie nach der „blamablen Selbstdarstellung der Deutschen in der Integrationsdebatte“ darauf hoffen, dass das Ausland nun endlich die wahre, die hässliche Fratze der Teutonen entlarvt hat, da küren sie uns erneut zum Liebling der Völker.

> Wenn das mit dem Deutschenhass noch was werden soll, dann müssen jetzt Fachleute ran

Kein Zweifel, wenn es noch etwas werden soll mit dem weltweiten Deutschenhass, dann müssen jetzt Fachleute ran. In Berlin-Kreuzberg nehmen sich Linksalternative dieser wichtigen Aufgabe an und machen gegen Touristen mobil: Fremde raus! Was sie genau planen, ist noch nicht rum. Aber es wird gewiss nicht bei ein paar harmlosen Pöbeleien bleiben.

Mit ein wenig Glück werden ausländische Medien auf die Attacken aufmerksam und bringen Gruselgeschichten über die fremdenfeindlichen Deutschen. Die Berichte könnte man in der linken Szene dann gut als Heißmacher für die nächste „Deutschland verrecke!“-Demo verwenden. So befruchten sich alle gegenseitig. Das nennt man „Nachhaltigkeit“.

Auf die setzt auch Norbert Röttgen, und zwar mit aller Gewalt. Der Bundesumweltminister baut sich drohend hinter uns auf, wenn wir missmutig vor der E 10-Zapfsäule stehen: „Tank das, oder ich zieh dir mit der Kostenschraube eins über!“

So hatten wir Marktwirtschaft noch nie erlebt: Der Staat verdonnert die Industrie, ein neues Produkt auf den Markt zu bringen. Und uns, das Produkt zu kaufen. Und wenn wir nicht wollen? Dann werden die Ölkonzerne mit Strafen belegt, die sie „leider an die Verbraucher weitergeben müssen“, wie sie bereits angekündigt haben. Also werden wir bestraft, wenn wir nicht kaufen wollen, was uns auf Geheiß des Staates angedreht werden soll.

So weit war nicht einmal die DDR gegangen. Da gab es höchstens das Problem, dass alles Mögliche nicht zu kriegen war. Doch dass die SED Geldstrafen verhängt hätte, weil das mürrische Volk einen ihrer sozialistischen Ladenhüter verschmähte, das ist nicht überliefert.

Dafür hat uns der Arbeiter- und Bauernstaat zentralwirtschaftliche Grunderkenntnisse vererbt, die noch heute den Geist mancher Politiker erleuchten. Wie den von Winfried Hermann, dem grünen Vorsitzenden des Bundesverkehrsausschusses. Zum Thema E 10 ließ er verlauten: „Wenn man der Wirtschaft nicht sagt, was sie zu tun hat, dann tut sie gar nichts!“ Mit „man“ ist natürlich die Politik gemeint. So erklärt uns Herr Hermann ganz nebenbei, aus welcher ideologischen Quelle unsere „Klimapolitik“ schöpft. Die Politik macht den Plan, die Wirtschaft hat zu spuren und die blöden, weil nicht ausreichend klimabewussten Verbraucher haben den Mist dann zu tanken, sonst gibt's Dresche.

Die dreiste Offenheit hat durchaus ihr Gutes: Nach der Enttäuschung über zu Guttenberg zieht mit Hermann und Röttgen endlich wieder Ehrlichkeit in die Politik ein. Zwar war in uns längst die Erkenntnis gekeimt, dass sich in unserem politischen Gebälk eine „politische Klasse“ eingenistet hat, die sich einen Dreck schert um das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Nur haben die Politiker das bislang nie so direkt zugegeben wie jetzt Röttgen oder Hermann. Wir mussten uns die Wahrheit aus scheinbaren Kleinigkeiten herausklauben.

Etwa aus dem Wandel des Sprachgebrauchs. In den 90ern wurde eine regelrechte Kampagne gegen den Begriff „Volk“ gefahren. Höhepunkt war die Installation des Schriftzugs „Der Bevölkerung“ im Innenhof des Reichstags. Sie sollte einen Kontrapunkt bilden zu der „problematischen“ Inschrift „Dem Deutschen Volke“ am Portal des Gebäudes.

Warum „problematisch“? Na, ist doch klar: Das „Volk“, das ist der Souverän, der Herrscher und Eigentümer des Staates aus eigenem Recht, von dem „alle Macht ausgeht“, wie das Grundgesetz fahrlässigerweise preisgibt – wenn das nicht problematisch ist! Das Wort „Bevölkerung“ hingegen meint bloß den Menschenbesatz eines Gebietes, gestaltlos und ohne Verfassungsrang. Vorm Volk könnten die Regierenden also Angst bekommen; eine Bevölkerung müssen sie nur hinlänglich „betreuen“, damit sie die Schnauze hält. Wenn nicht, gibt's eins drauf. Notfalls an der Zapfsäule.

So hat uns das natürlich niemand gesagt. Es hieß stattdessen, „Volk“ schließe die „ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger“ aus und sei „völkisch“ verseucht. „Bevölkerung“ zu sagen zeuge dagegen von Weltoffenheit und davon, dass wir unsere Lektion aus der Geschichte gelernt haben. So betrachtet erschien uns der Abschied von unserem Volksein als echter Fortschritt. Und mittlerweile haben wir uns in die neue Existenzform als Betreuungsobjekt mit Recht aufs Motzen („Wutbürger“) auch ganz gut eingelebt.

Davon profitiert nicht allein unser Land, also seine politische Klasse, sondern auch und vor allem die europäische Idee. Kein souveränes Volk würde nur atemlos zusehen, wie sein Reichtum in die Siele einer unfassbar gewordenen „europäischen Solidarität“ gespült wird. Eine „Bevölkerung“ handelt da viel besonnener, sprich: gar nicht.

Was heißt denn auch „unser“ Reichtum. Wir müssen da viel gemeinschaftlicher denken. Bei der EU tut man das schon und begreift das Eigentum der europäischen Bevölkerungen längst als frei verfügbare Verschiebemasse, mit welcher die Herrscher in Brüssel (die kaum einer kennt, da sie sowieso keiner wählen darf) den ganzen Kontinent auf Gleichmaß bügeln können.

MEINUNGEN

__Wolfgang Böhmer__, scheidender Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt (CDU) und zu DDR-Zeiten Chefarzt, im „Stern“ vom 3. März über __Kontinuitäten__ über den __Fall der Mauer__ hinaus:

„Wenn man der offiziellen SED-Linie nicht folgte, hieß es in der DDR schnell: ‚Du zeigst mangelnde Parteilichkeit.‘ Dann beginnen Sie im vereinigten Deutschland Politik zu machen, und das Merkwürdige ist: Dieser Begriff begegnet Ihnen wieder! ‚Mangelnde Verbundenheit zur eigenen Partei.‘ Natürlich in einem anderen Zusammenhang.“

Der Schriftsteller __Hans Magnus Enzensberger__ kommentiert im „Spiegel“ vom 28. Februar das __„sanfte Monster Brüssel“__:

„Europa hat schon ganz andere Versuche überstanden, den Kontinent zu uniformieren. Allen gemeinsam war die Hybris, und keinem von ihnen war ein dauerhafter Erfolg beschieden. Auch der gewaltlosen Version eines solchen Projekts kann man keine günstige Prognose stellen. Allen Imperien der Geschichte blühte nur eine begrenzte Halbwertszeit, bis sie an ihrer Überdehnung und an ihren inneren Widersprüchen gescheitert sind.“

Die Verneuerbarer

„E“ wie „Euro“ – welch ein Omen
doch E10 im Namen trägt!
Wird bei Klimaschutz-Phantomen
sowas gar nicht überlegt?

Aber endlich dämmert's vielen:
Undank ist der Umwelt Lohn,
und E 10-Mäzen zu spielen
bringt nur Kosten, Spott und Hohn!

Oder hab' ich's missverstanden?
Habt auch ihr schon was geahnt,
und es war in Euro-Landen
a priori so geplant?

Klar! – Denn wenn wir's übersetzen
aus dem Funktionärs-Latein,
wird's zu neuen Arbeitsplätzen,
eher teuren obendrein:

Anfangs all das Debattieren,
Expertisen hin und her,
selektives Kalkulieren,
Reisen, Dinner und noch mehr.

Dann ist manches umzustellen
bei Erzeugung und Vertrieb,
ferner in diversen Fällen
auch am Auto, allen lieb.

Geht des neuen Treibstoffs wegen
das Vehikel früher drauf,
kommt's der Werkstatt recht gelegen
oder gar dem Neuverkauf.

Und das alles bringt daneben
heimlich mehr an Steuern rein,
ohne Sätze anzuheben –
kann das bloßer Zufall sein?

Weiters steigt ja allerorten
durch den Biosprit der Preis
sämtlicher Getreidesorten
und von Zucker, Öl und Mais.

Drum heißt's Hilfsprogramme starten,
für die Dritte Welt zumal,
und auf den Nobelpreis warten –
also einfach genial!

Pannonicus